

«DER EINZIGE MANN,  
DER DIE SACHE  
AUF SICH NEHMEN  
KÖNNTE ...»

---

ZUR ROLLE VON DR. ALOIS VOGT IN DEN  
LIECHTENSTEINISCH-DEUTSCHEN BEZIEHUNGEN  
1938 BIS 1945

JÜRGEN SCHREMSER

# Inhalt

VORWORT	53	DIE REICHSDEUTSCHEN VERBINDUNGEN VON ALOIS VOGT 1938 BIS 1945	68
VOR 1938: ALOIS VOGTS ENGAGEMENT IM LIECHTENSTEINER HEIMATDIENST UND IN DER VATERLÄNDISCHEN UNION	55	Vogts deutsche Verbindungen im Überblick	68
Ständestaatsidee und Antisemitismus	55	Umstände der Verbindungsaufnahme: Geheimdiplomatie und Nachrichtendienste	75
Alois Vogts Studien in Wien: Deutschnationale und antisemitische Bewegungen auf Universitätsboden	57	Abstimmung von Vogts Verbindungen mit Regierungschef Hoop und Fürst Franz Josef II.?	78
Machtkompromisse und soziale Quer- verbindungen	58	KONTAKTNAHMEN ALOIS VOGTS ZUR ZEIT DER DEUTSCHEN SIEGE 1940 UND 1941	80
ALOIS VOGTS EINTRITT IN DIE REGIERUNG HOOP 1938: WEICHENSTELLUNGEN UND ZUSAMMEN- ARBEIT	60	Alois Vogts Kontaktvorstösse in den deutschen Quellen	80
Erste Weichenstellung 1938: Vorgaben Hoops und Einbindung Vogts	60	Zwiespältiger Eindruck der Kontaktdiplomatie der Jahre 1940 und 1941	81
Zweite Weichenstellung 1938: Selbstverpflichtung der VU – Distanzierung von der Volksdeutschen Bewegung in Liechtenstein (VDBL)	63	Das Gedächtnisprotokoll vom 14. Oktober 1940 als Nachrichtenvorgang	82
Wahrnehmung Alois Vogts im Deutschen Reich: Erwartungen und Unsicherheiten	64	Das Gedächtnisprotokoll vom 14. Oktober 1940 als politisches Verhandlungsdokument: Rücksichten auf das Deutsche Reich und die VDBL	84
Der Putschversuch 1939: Testfall und Muster für die Zusammenarbeit Hoop – Vogt	66	IM VORFELD UND NACHGANG ZUR BESPRECHUNG VON FRIEDRICHSHAFEN AM 13. UND 14. MÄRZ 1943	87
		Kontaktvorstösse Alois Vogts in den Jahren 1940 und 1941: Vorsprachen im Auswärtigen Amt und bei der Volksdeutschen Mittelstelle (VOMI)	87
		Kooperationspläne VU – VDBL: Deutsche Divergenzen und Alois Vogts Lavieren	88
		Disposition, Verlauf und Folgen der Friedrichshafner Besprechung vom 13. und 14. März 1943	90

ALOIS VOGTS INVOLVIERUNG IN DEUT- SCHE GEHEIMDIENSTUNTERNEHMEN 1942 BIS 1944	93
Verhaftung des deutschen Devisenhändlers Rudolf Blaschke: Ein schweizerisch-liechtensteinischer Kriminalfall	93
Gestapo Feldkirch: «Weil uns die liechtensteinische Regierung tatsächlich hilft wie sie nur kann»	95
«Der Fall ist einer der delikatesten über- haupt»	97
Zwei Anfragen des SD-Auslandsgeheim- dienstes an Alois Vogt: Aktion Rosl und Steimle	99
RESÜMEE: ZU UMSTÄNDEN UND INTERESSENLAGEN DER REICHSDEUTSCHEN KONTAKTE ALOIS VOGTS	102
Quellenverzeichnis	105
Verwendete Literatur	105
Abkürzungen	107



Unsicherheiten und Zu-  
trauen in der Koalitions-  
regierung nach 1938  
(v. l. n. r.): Vizeregierun-  
gchef Alois Vogt (VU), VU-  
Parteichef Otto Schaedler,  
Regierungschef Josef Hoop  
(FBP). Mit abgenomme-  
nem Hut: Dr. Ludwig  
Marxer (FBP), Regierung-  
schef-Stellvertreter 1928  
bis 1933

## Vorwort

Im Herbst des Jahres 1996 wurde der Verfasser dieses Forschungsberichts von den Nachkommen des liechtensteinischen Juristen und Politikers Dr. Alois Vogt (1906–1988)<sup>1</sup> beauftragt, Nachforschungen zur politischen Biographie ihres Vaters anzustellen. Der Verfasser übernahm diese Aufgabe als ausgebildeter Fachhistoriker. Abzuklären war die politische Tätigkeit Vogts in den Jahren 1933 bis 1945, insbesondere die Phase seiner Regierungsmitarbeit während des Zweiten Weltkrieges. Alois Vogt bekleidete damals neben dem liechtensteinischen Regierungschef Dr. Josef Hoop das Amt des Regierungschef-Stellvertreters.

Vor Beginn dieser Arbeit und hinsichtlich ihrer möglichen Publikation war die Wissenschaftlichkeit des Unterfangens abzusichern: die quellenmässige Nachvollziehbarkeit der Forschungsergebnisse und die Unparteilichkeit des Erkenntnisinteresses. Diesen Anforderungen des Verfassers entsprachen die Auftraggeber in dreifacher Hinsicht: Erstens konnten die Nachforschungen ohne Rücksicht auf eine familiär «günstige» Einschätzung Alois Vogts durchgeführt und kommuniziert werden. Dem Verfasser wurde zweitens ein zeitlich offener Horizont für die ihm notwendig erscheinenden Abklärungen gewährt. Schliesslich ermöglichten die Auftraggeber die Auswertung der Privatakten ihres Vaters. Diese Quelle wird in der vorliegenden Arbeit als PAAV (Privatakten Alois Vogt) gekennzeichnet und stellt eine wertvolle Ergänzung zum öffentlichen Archivmaterial dar.<sup>2</sup>

Die Recherchen unterstellten einen umfassenden Begriff der «politischen Tätigkeit». Von Interesse waren alle parteilichen und amtlichen Handlungen Vogts sowie damit verknüpfte, diesen vorgelagerte oder daraus erwachsende persönliche Beziehungen. Demgegenüber legt die vorliegende Darstellung den Schwerpunkt auf Vogts Regierungsmitarbeit 1938 bis 1945. Es interessieren vor allem die informellen Beziehungen mit Stellen und Personen im Deutschen Reich.

Drei Gründe sind für diese Einschränkung massgeblich:

– In der zeitgeschichtlichen Literatur zu Liechtensteins Aussenbeziehungen ist die generelle Aus-

richtung «freundlich nicht-provokativer Diplomatie gegenüber Hitlerdeutschland» (Geiger) wenig umstritten.<sup>3</sup> Bezüglich der einzelnen Hauptakteure werden unterschiedliche Akzente gesetzt.<sup>4</sup> Fürst Franz Josef II., Regierungschef Dr. Josef Hoop und Dr. Alois Vogt unterhielten jeder für sich persönliche und diskrete Beziehungen ins Reich, unter Umgehung, teils unter Brückierung der schweizerischen Vertretungen.<sup>5</sup> Wurden dabei Sonderinteressen geltend gemacht, wurde zur Wahrung der Eigenstaatlichkeit (zu) weitgehendes Entgegenkommen signalisiert, gar konspiriert? Alois Vogt nimmt in den liechtensteinisch-reichsdeutschen Beziehungen eine ambivalente Stellung ein. Der Historiker Peter Geiger weist auf Vogts Sympathien für das nationalsozialistische Deutschland hin,

---

1) Alois Vogt, geb. 19. Juli 1906 in Balzers, gest. 23. März 1988 in Vaduz, seit 1933 Advokaturbüro in Vaduz, 1938–1945 stellvertretender Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein. Nach 1945 in zahlreichen parteilichen und amtlichen Funktionen tätig.

2) Nicht verwendet wurden die Akten aus dem fürstlichen Hausarchiv. Betreffend Dr. Alois Vogt konnten die abzuklärenden Vorgänge durch andere Quellen und die bisherige Literatur erfasst werden. Solches betrifft den Putschversuch 1939, die Überführung fürstlicher Gemälde nach Liechtenstein und den Konflikt zwischen Fürst Franz Josef II. und der liechtensteinischen Regierung um die Errichtung der Berner Gesandtschaft 1944.

3) Zur freundlich-nichtprovokativen Politik gegenüber dem Deutschen Reich und der beibehaltenen Anlehnung an die Schweiz siehe Horst Carl: Liechtenstein und das Dritte Reich. Krise und Selbstbehauptung des Kleinstaates. In: Liechtenstein-Fürstliches Haus und staatliche Ordnung. Hrsg. Volker Press. Dieter Willoweit. Vaduz/München/Wien, 1987, S. 419–464; zur angesprochenen Frage der auswärtigen Politik siehe S. 442 f.

Kurzbeleg: Carl: Liechtenstein und das Dritte Reich. – Peter Geiger: Anschlussgefahren und Anschluss Tendenzen in der liechtensteinischen Geschichte. In: Liechtenstein. Kleinheit und Interdependenz (LPS 14). Hrsg. Peter Geiger. Arno Waschkuhn. Vaduz, 1990, S. 83.

4) In Bezug auf Alois Vogt bei Carl: Liechtenstein und das Dritte Reich, S. 436; auch bei Gerhard Krebs: Zwischen Fürst und Führer. Liechtensteins Beziehungen zum «Dritten Reich». In: GWU 9 (1988), S. 548–567. In dieser Frage siehe S. 559.

Kurzbeleg: Krebs: Zwischen Fürst und Führer.

5) Die Schweiz besorgte die diplomatische Vertretung Liechtensteins im Ausland. Diese wurde bei der Vorbereitung und Durchführung des offiziellen Berlin-Besuchs 1939 umgangen; siehe Peter Geiger: Krisenzeit. Liechtenstein in den Dreissigerjahren 1938–1939, 2 Bde. Vaduz/Zürich, 1997, S. 338–340 (Bd. 2).

Kurzbeleg: Geiger: Krisenzeit 1 (2).

konstatiert andererseits: «Vogt stellte sich der Verantwortung und arbeitete in der Koalitionsregierung loyal zusammen.»<sup>6</sup> Es ist aufschlussreich zu sehen, unter welchen Bedingungen diese Loyalität herausgefordert wurde.

– Nach dem Krieg begannen die Behörden in Liechtenstein und der Schweiz mit Abklärungen zu nachrichtendienstlich oder nationalsozialistisch verdächtigen Personen. Alois Vogt wurde Gegenstand entsprechender Erhebungen. In Liechtenstein führten sie zur Erwägung einer Ministeranklage,<sup>7</sup> in der Schweiz zur Verhängung einer Einreisesperre gegen Alois Vogt vom April 1946 bis zum Dezember 1947.<sup>8</sup> Alois Vogt wurde ausführlich zu seiner Rolle in den deutsch-liechtensteinischen Beziehungen befragt. Die protokollierten Aussagen Vogts beleuchten Motive und Umstände der liechtensteinischen Beschwichtigungsdiplomatie und sind eine wichtige Ergänzung der zeitgenössischen Quellen.

– Schliesslich war Vogts Ernennung zum stellvertretenden Regierungschef im März 1938 für die politische Laufbahn des jungen Juristen sowohl retro- wie prospektiv eine Zäsur. Vogts Regierungseintritt bedeutete für dessen Partei, die Vaterländische Union (VU), die Besetzung ihrer bis dahin einflussreichsten landespolitischen Position. Zugleich hatte sich die VU als Koalitionspartner zu bewähren; Vogt zählte zusammen mit dem Parteipräsidenten Dr. Otto Schaedler zum rechten deutsch-völkischen Lager der einstigen Oppositionspartei. Was an ihrer Spitze vor 1938 ideologisch und taktisch erwogen wurde, Allianzen mit dem Dritten Reich, konnte nach dem Anschluss des Nachbarlandes Österreich verbindlich und riskant werden. Der Krieg verschärfte diese Situation, gerade für Vogt. Der Bestand einer liechtensteinischen Staatlichkeit war nach 1939 elementar mit einer funktionierenden Landesversorgung und dem Wohlergehen der deutschen Kriegsmacht verknüpft. Alois Vogt stand als wirtschaftszuständiger Regierungsrat an zentraler Stelle der liechtensteinischen Kriegsvorsorge und zusehends auch der reichsbezogenen Kontaktdiplomatie. An ihn, das «deutschfreundliche» Regierungsmitglied, waren von an-

schlusswilligen Gruppen in Liechtenstein und im Deutschen Reich Erwartungen geknüpft. Der Hintergrund dieser Erwartungen, Alois Vogts Einsatz in rechtsgerichteten Oppositionsgruppen der Dreissigerjahre, ist eingangs dieses Forschungsberichts kurz zu beleuchten.

Dennoch bleibt der Darstellungsanspruch eingeschränkt. Von Vogt lagen dem Verfasser keine intentionalen Quellen: keine persönlichen Aufzeichnungen, kein «Kriegstagebuch» vor. Absichten und Motive des Handelnden müssen aus Amtsdokumenten, Protokollen und Einschätzungen von Gesprächspartnern erschlossen werden. Zahlreiche Kontaktnahmen Vogts sind zudem allein durch deutsche Quellen überliefert,<sup>9</sup> hier sind Kontexte abzuklären, Verbindungen zwischen scheinbar isolierten Dokumenten aufzuweisen und Fragen an die Involvierung Vogts zu stellen. Schliesslich wird keine zusammenhängende Darstellung der Kriegszeit, auch keine Biographie des Politikers und Juristen Alois Vogt vorgelegt. Durchsichtiger werden soll Vogts Einbindung in die Kriegsdiplomatie, damit – so hofft der Verfasser – auch deren kleinstaatliche Voraussetzungen und «ungewöhnliche Mittel».<sup>10</sup>

## Vor 1938: Alois Vogts Engagement im Liechtensteiner Heimatdienst und in der Vaterländischen Union

Vor Eintritt in die Regierung Hoop hatte sich Vogt fünf Jahre politisch exponiert. Er gehörte am 1. Oktober 1933 zu den Mitbegründern der oppositionellen Gruppierung Liechtensteiner Heimatdienst (LHD). Deren anfänglich reformerische Bekenntnisse wurden bald durch völkische und autoritäre Positionen überlagert. Zahlreiche Gründungsmitglieder trennten sich deshalb vom LHD. Alois Vogt blieb, neben Otto Schaedler und Carl von Vogelsang, in der Landesleitung. Nach Zusammenschluss des LHD mit der christlich-sozialen Volkspartei (VP) zur Vaterländischen Union (VU) auf den Jahreswechsel 1935/36 gehörte Vogt erneut als Sekretär dem Parteivorstand an. Zusammen mit Otto Schaedler und Carl von Vogelsang zählte er zum einflussreichen «rechten» Flügel der erweiterten Opposition. Vogelsang war wie zuvor im LHD leitender Redaktor der Parteizeitung, des nunmehrigen «Liechtensteiner Vaterland».

Politische Praxis und personelle Zusammensetzung des LHD als rechtsgerichtete liechtensteinische Oppositionsbewegung sind andernorts ausführlich dargestellt.<sup>11</sup> In Bezug auf Alois Vogt sollen zwei Eigentümlichkeiten des LHD kurz beleuchtet werden. Von Belang sind erstens die ideologische Annäherung an völkische, antiliberale und autoritäre Positionen in der europäischen Rechten der Dreissigerjahre, zum zweiten die organisatorische Verbindung mit Stellen und Personen im nationalsozialistischen Deutschland. Für die politische Prägung Vogts und für seine spätere Zusammenarbeit mit Regierungschef Dr. Josef Hoop sind weitere Hintergründe benennbar: Vogts Studienzeit in Österreich und soziale Querverbindungen in der liechtensteinischen Kleingesellschaft.

### STÄNDESTAATSIDEE UND ANTISEMITISMUS

Der LHD hatte kaum eigenes ideologisches Profil. Er bediente sich ausländischer Modelle. In Rhetorik und organisatorischer Selbstdarstellung wurden Elemente des deutschen Nationalsozialismus und italienischen Faschismus, der österreichischen Ständestaatsidee und der schweizerischen Erneue-

rung übernommen. Ausdrücklich lehnte man sich an die katholische Gesellschaftslehre an. Die kirchliche Kritik an wirtschaftlicher und kultureller Modernisierung traf sich mit dem Wunsch nach einer konservativ-autoritären Wende. Auch die antisemitischen Ausfälle des LHD konnten an eine katholische Tradition anknüpfen und fanden über die Grenzen der Organisation Gehör.<sup>12</sup>

Ideologisch exponierte sich Alois Vogt von Anfang an. Er verfasste zahlreiche Leitartikel in der LHD-Zeitung und trat an den LHD-Versammlungen neben Otto Schaedler als Redner auf. Zentral in Vogts Texten ist die Propagierung eines liechtensteinischen Ständestaates zur Überwindung von Parteienstreit und Wirtschaftskrise. Vogt beschwor den Gemeinnutz und die «religiösen und kulturellen Güter» Liechtensteins, die es gegen Atheismus

6) Geiger: Krisenzeit 2, S. 180.

7) In den liechtensteinischen Landtagsakten 1946 finden sich die staatsanwaltschaftlichen Grundlagen zu dieser Überlegung: LLA LTA 1946 L 26.

8) Dokumentiert im Bundesarchiv Bern (BAB): BAB E 2001 (E) 1969/262 Bd. 40 sowie ebenda E 4320 (B) 1990/133 Bd. 52.

9) Zu dieser Quellenproblematik ergab sich eine Kontroverse zwischen den deutschen «Liechtenstein-Historikern» Horst Carl und Gerhard Krebs. Siehe Horst Carl: *Vom Handlungsspielraum eines Kleinstaates – zu Gerhard Krebs: Zwischen Fürst und Führer. Liechtensteins Beziehungen zum «Dritten Reich»*. In: GWU 8 (1989), S. 486–493.

Kurzbeleg: Carl: *Vom Handlungsspielraum eines Kleinstaates*.

10) Formulierung von Alois Vogt in einem Schreiben an Dr. Alfred Zehnder (EPD) vom 8. Juli 1946. Siehe BAB E 4320 (B) 1990/133 Bd. 52.

11) Ich stütze mich auf folgende Arbeiten: Joseph Walk: *Liechtenstein 1933–1945. Nationalsozialismus im Mikrokosmos*. In: *Das Unrechtsregime*. Hrsg. Ursula Büttner. Hamburg 1986, Bd. 1, S. 376–425. Kurzbeleg: Walk: *Liechtenstein 1933–1945*. Klaus Biedermann: *Der Liechtensteiner Heimatdienst 1933–1935. Drei Jahre Kampf gegen den Parteienstaat für eine berufsständische Ordnung*. Seminararbeit Univ. Bern. 1991. Geiger: *Krisenzeit 1*, S. 365–413.

12) Antisemitismus artikuliert sich im Liechtenstein der Zwanziger- bis Vierzigerjahre in der Presse, bei den Pfadfindern, in Landtagsdebatten und – bürokratisch kanalisiert – im Nachvollzug deutscher Vertreibungs- und schweizerischer Einwanderungspolitik gegenüber jüdischen Personen ab 1938. Siehe Walk: *Liechtenstein 1933–1945*, S. 379–384, sowie Geiger: *Antisemitismus und Liechtenstein*, öffentlicher Vortrag 26. Mai 1997. Derselbe: *Krisenzeit 2*, S. 427–467.

und Bolschewismus zu verteidigen gelte.<sup>13</sup> Auf den Modellcharakter rechter europäischer Bewegungen wies Vogt hin, ohne ihn näher zu untersuchen.<sup>14</sup> Vogts Texte tragen stark rhetorische Züge, sie sind im LHD-Jargon appellativ und behauptend, Differenzierungen finden sich bei der Ständestaatsidee. Ein berufsständischer Staatsaufbau sei gerade dem kleinen kulturell, religiös und wirtschaftlich «ziemlich gleichförmigen» Liechtenstein angemessen.<sup>15</sup> Antisemitisches wurde in Vogts LHD-Artikeln, so es dort überhaupt eine Rolle spielt, indirekt ange-tönt.<sup>16</sup> In der Praxis machte Vogt einen zwiespältigen Eindruck. Er assistierte in den Jahren 1936 bis 1938 in der VU-Kampagne gegen den landesansässigen deutsch-jüdischen Sally Isenberg dem Kampagnenführer Carl von Vogelsang rechtlich und in der Materialbeschaffung.<sup>17</sup> Vogt trug die antisemitisch versetzte Einbürgerungskritik mit, ebenso die Assoziierung des Jüdischen mit übermächtigen Finanzkräften. In persönlichen und geschäftlichen Beziehungen relativierten sich Vogts antisemitische Einstellungen. In Unterredungen mit Isenberg verhielt sich Vogt ausweichend, distanzierte er sich vom Rassenantisemitismus.<sup>18</sup> 1936 vertrat er die jüdische Mandantin eines österreichischen Kollegen in einer Einbürgerungsfrage.<sup>19</sup> Während des Krieges sollte Alois Vogt die Regierungspolitik gegenüber jüdischen Personen mittragen, die Abweisung zahlreicher Aufenthaltsgesuche nach 1938 wie die deutscherseits beargwöhnte Duldung einer jüdischen Kolonie in Liechtenstein während des Krieges.

Auch in persönliche LHD-Verbindungen mit Stellen im Deutschen Reich war Alois Vogt einbezogen. Die Kontakte bestanden vor allem zum nationalsozialistisch geprägten deutschen Auslandsinstitut in Stuttgart und dem damit verbundenen Volksbund für das Deutschtum im Ausland (VDA). Sie wurden vom rechten VU-Flügel nach 1936 aufrechterhalten. Es kam zu gegenseitigen Besuchen, zur Einrichtung eines deutschvölkischen Fremdenverkehrs und zur Belieferung des LHD mit Propagandamaterial.<sup>20</sup> Ein VDA-Mitarbeiter datierte die Verbindungsaufnahme ins Frühjahr 1934,<sup>21</sup> Vogt selbst gab nach dem Krieg an, anlässlich einer

LHD-Reise nach Stuttgart VDA-Vertreter persönlich kennengelernt zu haben.<sup>22</sup> Für den LHD-Exponenten Vogt erwiesen sich die Kontakte ins Reich als zweischneidig: Sie bedeuteten einerseits eine Aufwertung der eigenen ausserparlamentarischen Bewegung. Indem man sich auf Staatlichkeit und Aufbau-«Leistungen» der NSDAP bezog, machte man die eigene Organisation wichtiger, ihre vagen Reformideen und Einflusschwäche überspielend. In dieser Hinsicht wurde die Anlehnung auch im Vokabular, über den LHD-Besuchsverkehr<sup>23</sup> und in den antisemitischen, durch das Dritte Reich «autorisierten», Spitzen der Einbürgerungskritik offengelegt. Dennoch gestalteten sich die deutschen Verbindungen nicht problemlos. Dies lag einerseits an Einschätzungen im Deutschen Reich, aber auch an unterschiedlichen Ambitionen der LHD-Exponenten. Der LHD wurde als zu schwach oder als zu wenig profiliert eingeschätzt.<sup>24</sup> Skeptisch wurde der umtriebige Carl von Vogelsang beurteilt,<sup>25</sup> der sich Meriten im Reich erhoffte und weitgehende Kooperationsideen nährte.<sup>26</sup> Vogt und Schaedler andererseits, laut Vogelsang «zwei junge CVer»,<sup>27</sup> bekannten sich zu ihren Sympathien für Elemente des Nationalsozialismus, teilten aber weder den Eifer noch die Ziele ihres Redaktors. Ihr Augenmerk galt der Landespolitik. Den engeren VDA-Kontakt behandelte wohl auch Vogt diskret.<sup>28</sup> Vogelsang liess man gewähren, als nützlicher Fanatiker, wohl auch, da man vermeinte, die deutschen Linien kontrollieren zu können,<sup>29</sup> permanent um sie gekümmert hat man sich nicht. In Vogelsangs umfangreicher, nach Deutschland gerichteter Korrespondenz taucht Vogt nur sporadisch auf, eine für Kooperationsfragen anberaumte Neujahrsbesprechung mit dem Stuttgarter Kontaktmann Dr. Frank liess er 1936 platzen.<sup>30</sup>

Als die Spitzeltätigkeit Vogelsangs für Reichsstellen im Januar 1937 aufflog, kippte die Nützlichkeit der deutschen Verbindungen. Vogelsangs Aktivitäten überraschten nicht in ihrem Bestehen, aber in ihrem Ausmass den VU-Parteivorstand unter Otto Schaedler, Alois Ritter und Alois Vogt. 1937 stand der innenpolitische Kredit, die Machtbeteiligung in Liechtenstein auf dem Spiel. Vogelsang



wurde ausser Landes geschafft,<sup>31</sup> die deutschen Linien in eigener Regie aufrechterhalten. Im März 1938, nach der Eingliederung Österreichs ins Deutsche Reich, erwiesen sie sich als innenpolitisches Druckmittel, institutionelle Macht zu erlangen.

### **ALOIS VOGTS STUDIEN IN WIEN: DEUTSCHNATIONALE UND ANTISEMITISCHE BEWEGUNGEN AUF UNIVERSITÄTSDEN**

Alois Vogts Vertretung der ständischen Idee verdankte sich einer österreichischen Prägung. Vogt studierte in den Jahren 1928 bis 1933 in Innsbruck und Wien Rechtswissenschaften.<sup>32</sup> Bei Professor Othmar Spann, dem prominentesten Theoretiker eines ständisch-organischen Gesellschaftsaufbaus in Österreich, belegte Vogt Volkswirtschaftslehre. Über Vogts Zugehörigkeit zur katholischen Studentenschaft Österreichs ergab sich eine weitere Nähe zum österreichischen Ständeregime. Auch antisemitische und völkische Haltungen hatten einen Hintergrund in Vogts Studienzeit in Wien.<sup>33</sup> Dort ereignete sich verbale und tätliche Judenhetze in Hörsälen, ein einflussreicher deutschnationaler Teil der Professorenschaft stützte dies. Der prononciert deutschvölkische Wenzel Gleispach war Vogts Strafrechtsprofessor. Gleispach forderte eine Unterteilung der Studentenschaft nach Volks- und Sprachgruppen. Vogts deutschnationale und antisemitische Beeinflussung im Umkreis der Wiener Universität ergeht aus knappen Eintragungen in den Inskriptionsbüchern; dort gibt Vogt unter der Rubrik Volkszugehörigkeit einmal «deutsch», ein ander Mal «deutsch-arisch» an.<sup>34</sup> Welche genaue politische Zuordnung diese Kürzel einschlossen, ist schwieriger zu bestimmen. Zu Vogts Studienzeit und bis zum Anschluss 1938 war das deutschna-

17) Geiger: Krisenzeit 1, S. 441–449.

18) PAAV/340, 23. Juni 1936; LLA RF 180/309, 25. Mai 1938.

19) LLA RF 161/041.

20) LLA RE 169/170 Korrespondenz Carl v. Vogelsang, Briefe Nr. 117–119.

21) AA, PA Politisches 1922–1936, 19. September 1935: Walther Reusch (VDA) an AA.

22) BAB E 4320 (B) 1990/133 Bd. 52, Vernehmungsprotokolle Alois Vogt der schweizerischen Bundespolizei (Bupo) vom 24./25. September 1946 und 21. August 1947.  
Kurzbeleg: BAB Bupo-Vernehmung Alois Vogt 1946 (1947).

23) Bericht über LHD-Reisegesellschaft beim deutschen Auslandsinstitut in LHD-Zeitung 23. November 1935.

24) AA, PA Polit. Schriftstücke 1923–1938, 29. November 1935: Konsul Voigt an AA. Siehe auch Walk: Liechtenstein 1933–1945, S. 388, über einen Bericht der Landesleitung LHD vom 22. Dezember 1934.

25) AA, PA Polit. Schriftstücke 1923–1938, 17. Juni 1935: Schäfer-Rümelin (Konsulat Zürich) an AA; ebenda Politisches 1922–1936, 15. August 1935: Steinacher (VDA) an Promi. Das Generalkonsulat Zürich riet bei AA und Promi von einer Zusammenarbeit mit Vogelsang ab. Dies wurde dem VDA mit Schreiben vom 5. August 1935 mitgeteilt.

26) LLA RE 169/170, Nr. 48–53, Nr. 117–119, Lageberichte aus Liechtenstein und Vorschläge zur Zusammenarbeit mit LHD bzw. VU.

27) LLA RE 169/170, Nr. 24, 19. Juni 1935.

28) LLA RE 169/170, Nr. 34–35, 8. November 1935: Dr. Frank ersucht um «allerstrengstes Stillschweigen» über Arbeitsdienstpläne, «nur der engste Führerrat des LHD» solle davon Kenntnis haben.

29) AA, PA Politisches 1922–1936, 15. August 1935: Steinacher (VDA) an Promi.

30) LLA RE 169/170, Nr. 36, 7. Januar 1936.

31) Siehe die dramatische Schilderung bei Geiger: Krisenzeit 1, S. 456–460.

32) Das Sommersemester 1931 verbrachte er in Freiburg in der Schweiz. Alois Vogt begann mit dem Wintersemester 1928/29 in Innsbruck, wechselte im Wintersemester 1930/31 nach Wien über und schloss dort seine Studien im März 1933, knapp 27-jährig, mit der Promotion zum Dr. jur. ab.

33) Siehe hierzu Oliver Rathkolb: Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Wien zwischen Antisemitismus, Deutschnationalismus und Nationalsozialismus 1938, davor und danach. In: Willfähige Wissenschaft: die Universität Wien 1938–1945. Hrsg. Heiss, Matl, Meisl et al. Wien, 1989, S. 197–232.

34) UAW «Nationale» Juristen: Wintersemester 1931/32, Sommersemester 1932.

13) LHD-Zeitung 14. Oktober 1933.

14) LHD-Zeitung 28. Oktober 1933; 13. Januar 1934.

15) LHD-Zeitung 14. Februar 1934.

16) Etwa bei einer öffentlichen Verteidigung Vogelsangs in der LHD-Zeitung 18. April 1934.

tionale Lager in Österreich gespalten. Vogt gehörte einer Studentenverbindung des Katholischen Cartellverbands (CV) an.<sup>35</sup> Der CV sah sich im Gegensatz zu «schlagenden Verbindungen», das heisst Duellwaffen tragenden und zusehends nationalsozialistisch gesinnten Burschenschaften. Mit wachsendem Einfluss des Nationalsozialismus auf österreichischem Universitätsboden und mit Hitlers Machtübernahme 1933 rückte der CV von seiner Anschlussorientierung ab und bekannte sich, zumal offiziell, zum österreichischen Ständeregime.<sup>36</sup> Zu Vogts Haltung in diesen Fragen fanden sich keine Dokumente, allerdings blieb er auch nach seiner Studienzeit dem CV verbunden. Eine Deutschland-kritische Zeitung dieser Provenienz hatte Vogt bei sich aufliegen.<sup>37</sup>

## **MACHTKOMPROMISSE UND SOZIALE QUERVERBINDUNGEN**

Die Wende von der lärmigen Radikalopposition des LHD zur Selbsteinbindung ins bekämpfte Parteiensystem Liechtensteins machte Alois Vogt mit, in leitender Position, zugleich taktisch moderierend und verhandlungsbereit.

1935 zählte Vogt zu den Befürwortern einer Zusammenarbeit von LHD und VP mit der Regierungspartei FBP.<sup>38</sup> Vogt nahm an den entsprechenden «Friedensverhandlungen» zwischen Oktober und Weihnachten 1935 teil. Die 1938 durchgesetzte Regierungs-, Landtags- und Behördenbeteiligung wurde bereits in Vorschlag gebracht. Als es im Gefolge des Anschlusses Österreichs zur liechtensteinischen «Märzkrise»<sup>39</sup> und zum Abschluss eines Parteienfriedens kam, war Alois Vogt in dessen Aushandlung einbezogen, zusammen mit Dr. Alois Ritter und im Kontakt mit dem vermittelnden, wirtschaftlich argumentierenden Holdingunternehmer Guido Feger. Schaedler trat als Hardliner auf: mit rigorosen Forderungen und über den nicht ungefährlichen, eigenmächtigen Umweg in Berlin.<sup>40</sup> Am 29. März 1938 wurde Alois Vogt durch den VU-Landesausschuss als Regierungschef-Stellvertreter nominiert.<sup>41</sup>

Vogts Beteiligung an der Regierungsmacht 1938 ist nicht allein mit Blick auf einen parteilich gestützten Ehrgeiz zu beurteilen. Seiner «Anpassungsfähigkeit» lagen überparteiliche Werthaltungen und Beziehungen zugrunde.<sup>42</sup> Bereits hinter der rhetorischen Kraftmeierei und Neuerungsgeste des LHD fand sich ein breiter Konsens mit dem ländlich-katholischen Liechtenstein. An kulturellen Grundstrukturen wie Geschlechterrollen, Besitzverhältnissen und Machthierarchien rührte die «Radikalopposition» nicht.<sup>43</sup> Die liechtensteinische Kleingesellschaft funktioniert(e) schliesslich über Beziehungen, die quer zu den parteilichen Einflusssphären und amtlichen Abstufungen verlaufen. Alois Vogt war diesbezüglich gut verknüpft: geboren 1906, in eine Zeit vor der Parteiengründung, erfolgte seine politische Sozialisierung über verwandtschaftliche Nähe, männerbündische Protektions- und Allianzbeziehungen. Der ältere Cousin Otto Schaedler und die Verbindung zur entfernt verwandten Familie Rheinberger standen beim Eintritt Vogts in den LHD Pate.<sup>44</sup> Die Rheinbergers hatten kulturelle und familiäre Beziehungen nach Deutschland. Sie wohnten auf Schloss Gutenberg in Balzers, der Geburtsgemeinde von Alois Vogt. Schliesslich kam der Student Vogt bereits vor Eintritt in den LHD enger mit Regierungschef Dr. Josef Hoop zusammen.

Aus den Jahren 1931 bis 1933 ist uns im liechtensteinischen Landesarchiv eine Korrespondenz zwischen dem Jus-Studenten Alois Vogt und Josef Hoop überliefert.<sup>45</sup> In den Briefen herrscht der Ton studentischer Kameraderie, Vogt schreibt «Lieber Alter Herr», Hoop begrüsst mit «Lieber Cartellbruder».<sup>46</sup>

Im gesamten Briefwechsel schlägt sich auch ein Protektionsverhältnis Hoops gegenüber dem elf Jahre jüngeren Vogt nieder. Dieser überarbeitete für den Regierungschef Korrekturabzüge neuer Gesetzesregister. Hoop vermittelte ausserdem Studienstipendien und verwandte sich für eine Anstellung Vogts bei der Landesverwaltung. Aus Anrede und Briefform spricht oft der Respekt des jungen, von allerlei Geld- und Prüfungssorgen geplagten Vogt gegenüber dem korrekt-väterlich auftretenden

Regierungschef Hoop. Letzterer hatte seine Studien ebenfalls in Österreich absolviert.<sup>47</sup>

Anders als viele Anhänger des LHD und der nachmaligen VU, aufgrund der politischen Majorisierung durch die FBP verbittert, durch die Wirtschaftskrise getroffen, anders auch als der «politisch naive Eiferer»<sup>48</sup> Vogelsang war Alois Vogt ein integrierter Landesbewohner. Er war verwandtschaftlich weitläufig eingebettet, als Jurist mit dem Treuhandpionier und VU-Mitglied Guido Feger früh geschäftlich verbunden.<sup>49</sup> Alois Vogt war politisch ambitioniert, zur Erreichung konkreter Machtziele aber auch kompromissfähig. Schliesslich dürfte er kein Hasardeur gewesen sein, die Entwicklung Hitlerdeutschlands, anfänglich mit Sympathie und Geltungsdrang begrüsst, rückte 1938 und danach in ein anderes Licht.

45) LLA RF 117/066.

46) Alois Vogt und Josef Hoop gehörten zu den Gründern der ersten liechtensteinischen Studentenverbindungen. Hoop war Mitbegründer der Rhenania 1916, Vogt der Rheinmark 1925.

47) Dr. Josef Hoop, 1895–1959, studierte orientalische Sprachen an der Universität Innsbruck und promovierte dort 1920. Von 1928–1945 war er Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein.

48) Geiger: Krisenzeit 1, S. 460.

49) PAAV/180. Alois Vogt hatte bereits 1933 eine Bürogemeinschaft mit Guido Feger und war Prokurist von dessen Allgemeiner Treuhand AG. Peter Geiger bemerkt, dass Alois Vogt «als Rechtsanwalt noch wenig erfolgreich» war. Siehe Geiger: Krisenzeit 2, S. 180. Diese Einschätzung wird man für den Verlauf der Dreissigerjahre differenzieren müssen. Im PAAV finden sich Hinweise auf zahlreiche zivilrechtliche und notarielle Mandate. Alois Vogt erklärte 1946, dass er vor dem Regierungseintritt vermöglicher gewesen sei als danach: BAB E 4320 (B) 1990/133 Bd. 52, 2. Mai 1946: Vogt an Vizeregierungschef Nigg.

---

35) Siehe Korrespondenz Hoop-Vogt in LLA RF 117/066; RE 169/170, Nr. 24, 19. Juni 1935, sowie PAAV/325, Oktober 1937: Briefwechsel Alois Vogt mit der katholischen Korporation Raeto-Bavaria.

36) Zu dieser Thematik: Markus Juen: Waffenstudenten und katholische Korporationen an der Universität Wien 1918–1938. Versuch einer Bestandesaufnahme. Diplomarbeit Univ. Wien 1994 sowie Michael Gehler: Studenten und Politik. Der Kampf um die Vorherrschaft an der Universität Innsbruck 1918–1938 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte. Hrsg. Rolf Steininger, Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck. Bd.6, 1990).

37) LLA RE 169/170, Nr. 10, 9. Juni 1934: Vogelsang schreibt, dass er den «Christlichen Ständestaat» öfters «bei Dr. Vogt» sehe und beklagt sich über die Publikation, sie «glaubt nur in Form von Hetze über Deutschland schreiben zu sollen.»

38) Geiger: Krisenzeit 1, S. 421.

39) Siehe die ausführliche Darstellung in Geiger: Krisenzeit 2, S. 108–186.

40) Ebenda, S. 163–167.

41) PAAV/467, 29. März 1938: Protokoll VU-Landesausschusssitzung.

42) Peter Geiger bemerkt, dass sich Alois Vogt veränderten politischen Situationen rasch anpasste, mit Regierungseintritt 1938 sei sein Ehrgeiz befriedigt gewesen. Siehe Geiger: Krisenzeit 2, S. 180.

43) Peter Geiger weist auf den «rückwärtsgewandten» Zug von Organisation und Programm des LHD hin; siehe Geiger: Krisenzeit 1, S. 379.

44) Interviews mit Rudolf Rheinberger, 27. Januar 1997, und Emanuel Vogt, 9. Dezember 1996.

# Alois Vogts Eintritt in die Regierung Hoop 1938: Weichenstellungen und Zusammenarbeit

Die Koalition zwischen FBP und VU vom März 1938 band ungleiche, bislang gegnerische politische Kräfte ein. Sie hatte Kompromisscharakter und musste sich als Entscheidungsstruktur erst bewähren. Regierungschef Dr. Josef Hoop und sein Stellvertreter Dr. Alois Vogt traten ihrerseits unter diesen Vorzeichen an. Hoop hatte die auswärtigen Beziehungen über Jahre geprägt, Vogt kam als Neuling, mit deutschvölkischem Hintergrund und einer Rückbindung an seine Partei, die VU. Deren Präsident, Otto Schaedler, hatte eine eigene reichsdeutsche Allianz noch nicht aus den Augen verloren. Wie wirkte sich diese Konstellation in den deutsch-liechtensteinischen Beziehungen aus, wie in Rücksicht auf die Schweiz?

Die kleinstaatliche Aussenpolitik blieb ein besonders sensibler Bereich. Sie war nach dem Anschluss Österreichs durch eine duale Ausrichtung bestimmt. Nach wie vor galt die enge Anbindung Liechtensteins an den Zollvertragspartner Schweiz. Sie sollte während des Krieges noch vertieft werden. Andererseits wuchs der Einfluss Deutschlands. Faktisch über die militärische Zugriffsmöglichkeit und das deutsche Wirtschaftspotential: Beschäftigungschancen und Handelsverbindungen. Die deutsche Vormacht beeinflusste auch den Bereich spekulativer Erwartungen, die Befürchtungen und Hoffnungen der Bevölkerung und der Behörden Liechtensteins. Abhängigkeiten und Erwartungen sind aufeinander verwiesen. Beide Hinsichten gelten auch bezüglich der Rolle Alois Vogts. Einzuschätzen ist seine amtlich-diplomatische Einbindung in den vorgegebenen aussenpolitischen Rahmen und seine Ansprechbarkeit für Dienststellen im nationalsozialistischen Deutschland. Für das Gelingen des ersteren können einige Umstände benannt werden, für letzteres gilt es auf Signale und Details zu achten, Vorkehrungen und Kontaktversuche. In den Dokumenten klingen Spannungsmomente im Regierungsgremium an, aber auch gegenseitiges Zutrauen.

Fragmentarisch ist die Quellenlage bezüglich der von der VU-Spitze weitergeführten deutschen Kontakte. Immerhin sind sie belegt. Belege dafür, dass die Zusammenarbeit Hoop-Vogt vor Kriegsbeginn

eine persönliche Vertrauensbasis schuf, ergeben sich nachträglich durch die gemeinsame Putschabwehr im März 1939. Sie gelang, während Vogt de facto Chef der liechtensteinischen Exekutive war, über Rückversicherung in Bern und durch wirksamen Einsatz der jeweiligen Sonderlinien ins Reich.

## **ERSTE WEICHENSTELLUNG 1938: VORGABEN HOOPS UND EINBINDUNG VOGTS**

Die ersten Verhandlungsschritte im zweiseitigen Verhältnis Liechtensteins gegenüber der Schweiz und dem neuen Nachbarn Deutschland setzte Regierungschef Dr. Josef Hoop. Die Visiten Hoops in Bern und Berlin erfolgten vor Alois Vogts Vereidigung in Vaduz am 1. April und vor dem Regenttschaftsantritt des nachmaligen Fürsten Franz Josef II. am 25. Juli. Hoop beschwichtigte nach aussen angesichts der innenpolitischen «Märzkrise». Sie hatte sich in den durch den VU-Präsidenten Otto Schaedler vermittelten Vorbehalten zur Eigenstaatlichkeit zugespitzt. Zugleich suchte Hoop die Haltung der für Liechtensteins Souveränität massgeblichen Nachbarstaaten abzuklären. Solches erfolgte nicht ohne gewagte Annäherungssignale während des Berlinbesuchs vom 20. bis 24. März.<sup>50</sup>

Als die Behörden- und Regierungsbeteiligung der VU verbindlich wurde, drängte die Partei auch auf aussenpolitische Mitwirkung. Gleichzeitig mit der Bestellung Vogts zum Stellvertreterkandidaten forderte der VU-Landesausschuss am 29. März dessen Beizug zu den Verhandlungen mit ausländischen Vertretern, ehestens solle Vogt den schweizerischen Behörden vorgestellt werden.<sup>51</sup> Dieses Ersuchen, welches auch an den Thronfolger Franz Josef erging,<sup>52</sup> zielte vorerst auf den Antrittsbesuch in Bern am 4. April 1938. Er wurde noch in «kleiner» Besetzung vom Thronfolger und Hoop, ohne

50) Geiger: Krisenzeit 2, S. 171 f.

51) PAAV/467, 29. März 1938: Protokoll VU-Landesausschuss-sitzung.

52) Ebenda, 2. April 1938: VU-Vorstand an Prinz Franz Josef.



Ein Monat nach Vereidi-  
gung Alois Vogts zum  
Regierungschef-Stellver-  
treter (unter dem Tor-  
bogen v.l.n.r.): Regie-  
rungschef Josef Hoop,  
Thronfolger Franz Josef  
und Alois Vogt in Balzers,  
8. Mai 1938. Im Vorder-  
grund rechts Gemein-  
devorsteher Georg Vogt



Hauptakteure der liechten-  
steinischen Staatsführung  
während des Krieges  
(v.l.n.r.): Dr. Josef Hoop  
(abgewendet), Fürst Franz  
Josef II., Dr. Alois Vogt  
und Regierungsrat Pfarrer  
Anton Frommelt an  
der Huldigungsfeier am  
29. Mai 1939

den Vizeregierungschef, eilends durchgeführt. Vom erwünschten Einbezug Vogts in die offizielle Aussenvertretung war schliesslich auch die Volksdeutsche Mittelstelle (VOMI) unterrichtet.<sup>53</sup>

Hoop reagierte drei Tage nach den Besprechungen in Bern auf das Drängen der VU, er notierte: «Mit H. [Herrn, d. Verf.] Dr. Vogt vereinbart, fallweise sich über die Unterhandlungspartner zu einigen», hiervon werde der VU-Parteiausschuss von Vogt verständigt.<sup>54</sup> Hoops Notiz ist für das Mitwirken Vogts in der Aussenvertretung eigentümlich. Beide, Hoop wie Vogt, hatten sich auf ihre aussenpolitischen Auftritte zu einigen. Hier kam das koalitionsfähige Moment zur Geltung. Hoops knapper Vermerk deutet andererseits auf informelle Spielräume in der auswärtigen Interessenwahrung. Hier bestand keine feste Ressortordnung, sie konnte «fallweise» nötig werden, mit wechselnden «Unterhandlungspartnern». Hoop selbst war mit dem improvisierten Charakter der liechtensteinischen Diplomatie vertraut. Auch in den Kontakten mit dem Deutschen Reich griff er ohne eigene aussenpolitische Bürokratie und Vertretung auf persönliche Beziehungen zurück. Einer dieser informellen Drähte ins Reich war der liechtensteinische Briefmarkenberater und NSDAP-Funktionär Hermann Sieger.<sup>55</sup>

Sieger war Hoop bei dessen Berlinreise während der Märzkrise behilflich. Dieser Besuch erfolgte noch in Rücksprache mit Bern,<sup>56</sup> der zweite, «offizielle» Staatsbesuch vom 2./3. März 1939 wurde unter Umgehung der schweizerischen Diplomatie von Hoop und Fürst Franz Josef II. vorbereitet.<sup>57</sup> Im Inland verteidigte Hoop die informelle Kontaktpflege mit dem Deutschen Reich. In seiner Eschner Rede vom 11. Dezember 1938<sup>58</sup> meinte Hoop, dass er mit «hohen Persönlichkeiten» im Reich verkehre, er werde dabei nicht «wie ein Elefant in einem Porzellanladen» auftreten, sondern «klug und überlegend» handeln.<sup>59</sup> Dieses Rechtfertigungsmuster der Beschwichtigungspolitik – das Wohlwollen des Reiches durch persönliche Kontaktpflege zu erhalten – wird im Laufe des Krieges beibehalten, von Hoop und Vogt.<sup>60</sup>

In der Literatur wird darauf hingewiesen, dass Hoop trotz Bevorzugung der schweizerischen Anbindung Liechtensteins an einer grundsätzlichen Abklärung der eigenen Handlungsspielräume interessiert war. Angeführt werden Hoops Erörterungen eines allfälligen Zollanschlusses an das Deutsche Reich<sup>61</sup> und der Wunsch des Regierungschefs nach einer Absicherung der liechtensteinischen Neutralität. Eine entsprechende Anfrage wurde nach Bern gerichtet.<sup>62</sup> Rechtliche Abklärungen erfolgten aber auch an anderer Stelle. Die anschlussfreundige VOMI berichtete dem Auswärtigen Amt über ein Gutachten, dass Hoop zur Frage der Neutralität Liechtensteins und der Schweiz ausfertigen liess.<sup>63</sup> Die Rechtsauskunft an Hoop deckte sich im Resümee mit der offiziellen Sprachregelung der Reichsführung, die von einer weiteren Anlehnung Liechtensteins an die Schweiz abriet.<sup>64</sup> Der liechtensteinischen Souveränität wäre es demgegenüber dienlicher, «wenn sich das Fürstentum die Pflege seiner diplomatischen Beziehungen zu Staaten gleichfalls deutschen Volkstums gegebenenfalls selber vorbehält.»<sup>65</sup> Schliesslich wurde ein Spielraum für fallweise, völkerrechtliche Abmachungen durch Staatschefs, Chiefs der Regierung oder Bevollmächtigte eingeräumt.<sup>66</sup> Im auswärtigen Verkehr nach dem 30. März 1938 waren damit Regierungschef Dr. Josef Hoop, Thronfolger beziehungsweise Fürst Franz Josef und der Regierungschef-Stellvertreter Dr. Alois Vogt bezeichnet.

In die praktische Aussenvertretung Liechtensteins wurde Alois Vogt von Regierungschef Hoop im Laufe der ersten Regierungsmonate einbezogen. Eine erste gemeinsame Besprechung mit deutschen Unterhändlern am 18. Juli 1938 betraf die Durchführung eines HJ-Lagers in Liechtenstein.<sup>67</sup> Das Vorhaben wurde nach Rücksprache mit Bern abgeblasen. Als die Frage der Errichtung einer liechtensteinischen Vertretung aufgeworfen wurde, verständigte Hoop den Fürsten darüber, dass allenfalls sowohl in Bern wie in Berlin anzufragen wäre. Dies teilte er auch Vogt mit.<sup>68</sup> Später, während des Krieges, sollte Vogt diesen Standpunkt im Deutschen Reich erneuern.<sup>69</sup>

Schliesslich verhandelte der Vizeregierungschef auch hinsichtlich der Beschäftigung liechtensteiner Arbeiter in Deutschland. Die entsprechende Initiative war bereits 1936 von Hoop eingeleitet worden,<sup>70</sup> nun wurde Vogt als Wirtschaftszuständiger damit betraut.<sup>71</sup> Alle drei Bereiche erforderten Rücksichten auf das zweiseitige Verhältnis Liechtensteins zur Schweiz und zum Reich, direkt beim HJ-Lager und in der Gesandtschaftsfrage, indirekt bei der Arbeitsmarktpolitik, die sich aufgrund erschwerten Zugangs in die Schweiz auf Deutschland richtete. Dafür, dass Vogt in den angesprochenen Fragen einen deutschfreundlicheren Kurs als Hoop steuerte, finden sich keine Hinweise. In der zitierten Eschner Rede resümierte Hoop Ende 1938, dass die Zusammenarbeit mit den neuen Regierungsräten «eine korrekte, verständnisvolle, kollegiale und angenehme ist.»<sup>72</sup>

Hoop ist der diplomatische Routinier und Taktierer, auf dessen Verhandlungsvorgaben der Neuling Vogt zunächst verwiesen war.<sup>73</sup> Vogt habe während des Krieges gegenüber dem SD-Offizier Klaus Huegel geäussert, dass er Hoop nicht gewachsen sei, der sei «ein viel zu raffinierter Fuchs», er, Vogt, sei nur ein «Bauernbub».<sup>74</sup> Das Drängen der VU, Alois Vogt ehestens in der Schweiz vorzustellen, signalisierte nicht nur Einflussicherung, sondern auch den Nachholbedarf des Juniorpartners.

## **ZWEITE WEICHENSTELLUNG 1938: SELBSTVERPFLICHTUNG DER VU – DISTANZIERUNG VON DER VOLKSDEUTSCHEN BEWEGUNG IN LIECHTENSTEIN (VDBL)**

Unbesehen der diplomatischen Vorgaben Hoops hatte die VU durch Eintritt in die Landesbehörden Liechtensteins selbst eine Weichenstellung im Verhältnis zum Deutschen Reich eingeleitet. Die Bekenntnisse der VU zur Wahrung von Souveränität, Dynastie und Zollvertragsgemeinschaft Liechtensteins verpflichteten insbesondere den Heimatdienstflügel der Partei. Die entsprechende Zustimmung hatte nicht nur symbolisches Gewicht, sie

53) AA, PA Polit. Abt. II 1936–1939, 3. April 1938: VOMI-Bericht.

54) LLA RF 179/360, rückseitiger Vermerk.

55) Zu weiteren Kontaktleuten Hoops siehe Carl: Liechtenstein und das Dritte Reich, S. 437; Geiger: Krisenzeit 2, S. 117 f. oder 167 f.

56) Geiger: Krisenzeit 2, S. 168.

57) Ebenda, S. 338–340.

58) Wiedergegeben in AA, PA Polit. Abt. II 1936–1939, Rede Josef Hoop, 11. Dezember 1938.

59) Ebenda, Rede Josef Hoop, 11. Dezember 1938, S. 3, 9.

60) Siehe LLA LTP 10, Oktober 1940, 23. April 1941, 7. Dezember 1944.

61) Carl: Vom Handlungsspielraum eines Kleinstaates. In: GWU 8 (1989) S. 489; Geiger: Krisenzeit 2, S. 171 f.; 391 f.

62) Geiger: Krisenzeit 2, S. 240.

63) AA, PA Politisches II, 28. März 1938: VOMI an Rintelen (AA, Polit. Abt. Westeuropa).

64) Siehe ADAP D V, 511., 18. März 1938: Weizsäcker an Köcher (deutsche Gesandtschaft Bern) sowie AA, PA Polit. Abt. II 1936–1939, 25. März 1938: Rintelen für Weizsäcker.

65) Siehe Anm. 63.

66) Falls dies nicht ausdrücklich in dem Abkommen über Liechtensteins laufende diplomatische Vertretung durch die Schweiz ausgeschlossen sei. Für Hoop, der um Abstimmung mit Bern bemüht war, dürfte gerade diese Präzisierung wichtig gewesen sein.

67) LLA RF 179/332: Akten PK NSDAP Teil II Reg. Bd. 3, Dok. Nr. 022436-022444.

68) AA, PA Polit. Schriftstücke 1923–1938, 12. Mai 1938: Voigt (Generalkonsulat Zürich) an AA.

69) LLA O. S. Sammelakt NS, Dok. Nr. 192037/38, 24. November 1942 und Dok. Nr. 192048, 27. Juni 1944. Dass, in AA, PA Büro des Staatssekretärs.

70) Geiger: Krisenzeit 1, S. 244–249.

71) PAAV/606, 15. April 1947: Schreiben Dr. Max Knözinger betr. 21. Oktober 1938: Verhandlungen mit den Arbeitsämtern Lindau und Kempten.

72) AA, PA Polit. Abt. II 1936–1939, Rede Josef Hoop, 11. Dezember 1938, S. 5.

73) Laut liechtensteinischer Verfassung von 1921 vertritt der Landesfürst den Staat nach aussen «unbeschadet der erforderlichen Mitwirkung seiner Regierung». Der laufende Behördenkontakt in Bern und Berlin wurde de facto von der Regierungsspitze unterhalten, nach 1938 in Absprache und Abstimmung mit Fürst Franz Josef II.

74) Interview mit Klaus Huegel, 1. Mai 1997. Alois Vogt entstammte bäuerlichen Verhältnissen.

blieb fortan kritische<sup>75</sup> Voraussetzung der Machtbeteiligung.

Zwei Umstände trieben die Einbindung der VU in den liechtensteinischen Verfassungsbogen voran: die zustimmende Haltung der Reichsführung zur Frage der liechtensteinischen Eigenstaatlichkeit und die Formierung einer anschlussorientierten politischen Kraft im Fürstentum, der Volksdeutschen Bewegung in Liechtenstein (VDBL).

Die in den Märztagen grundlegende Nichteinmischungspolitik der deutschen Entscheidungsspitzen<sup>76</sup> stabilisierte den liechtensteinischen Parteienkompromiss. Sie entsprach Hoops Bemühen um die Erhaltung des zweiseitigen Status quo, die deutscherseits geschonte liechtensteinische Staatlichkeit in der schweizerischen Zollunion. Sie stützte andererseits den legalen, am administrativen Einflussgewinn orientierten Kurs der VU-Spitze.

Mit dem organisierten Auftreten einer nationalsozialistischen Anschlussbewegung wurde eine Spaltung im deutschfreundlichen Lager der VU eingeleitet. Alois Vogt trug ihre Konsequenzen mit, als Amtsträger und als ehemaliger Heimatdienst-Exponent. Eine gemeinsame politische Linie der VU mit der VDBL sollte sich nicht ergeben.<sup>77</sup> Es gibt keinen Hinweis, dass Vogt den Bruch mit den «radikalen Gefolgsleuten der Vaterländischen Union»<sup>78</sup> nach innen, d. h. durch politische Konzessionen, überbrückt hätte, im Gegenteil. Als Amtsträger vollzog Alois Vogt die behördlichen Einschränkungen der VDBL-Tätigkeiten mit. Nach aussen versuchte er schliesslich über Reichsstellen die VDBL als namhafte liechtensteinische Stimme auszusprechen.<sup>79</sup>

### **WAHRNEHMUNG ALOIS VOGTS IM DEUTSCHEN REICH: ERWARTUNGEN UND UNSICHERHEITEN**

Die Regierungspartner Hoop und Vogt wurden von deutschen Stellen, namentlich der VOMI und dem Auswärtigen Amt, unterschiedlich wahrgenommen. Hoop galt als «katholisch-monarchisch-konservativ»,<sup>80</sup> 1940 gar als «liberal»<sup>81</sup>. In solchen

Kürzeln wurde Hoops ideologische Distanz zum deutschen Regime wie sein Interesse an der bestehenden liechtensteinischen Staatlichkeit kommuniziert. Demgegenüber figurierte Vogt als Vertreter des deutschorientierten Lagers der VU. Alois Vogt wurde vor Kriegsbeginn von der VOMI als «Vertrauensmann»<sup>82</sup> geführt, eine Einschätzung, die 1940/41 vom deutschen SD, dem Geheimdienst der SS, und von der Deutschlandabteilung im Auswärtigen Amt geteilt wurde.<sup>83</sup>

Erste Einschränkungen einer stereotypen Kooperationserwartung an Vogt tauchen erst im Laufe des Krieges auf, als sich der Regierungschef-Stellvertreter allein und mit unterschiedlichen Dienststellen im Deutschen Reich besprach.

Worauf konnten sich die Einschätzungen anfänglich stützen?

Bei der kritischen Beurteilung Hoops wird in deutschen Quellen dessen Taktieren und Anpassungsdiplomatie angeführt.<sup>84</sup> Für deutsche Vorbehalte lieferte Hoop auch inhaltliche Anhaltspunkte, etwa in jenen Passagen seiner Eschner Rede 1938, die auf kleinstaatliches Selbstbewusstsein zielten. Vogt entwickelte für die deutsche Wahrnehmung 1938 kein mit Hoop vergleichbares individuelles Profil; die Quellen zeichnen ein widersprüchliches Bild des Partei- und Regierungsmannes Alois Vogt. Die deutschvölkische Charakterisierung Vogts durch die VOMI gründete zunächst in dessen LHD-Engagement. Die dortige Annäherung an den Nationalsozialismus und die damals aufgebauten VDA-Kontakte wirkten in der deutschen Wahrnehmung fort. Und diese wurde – trotz der aufgedeckten Spitzeltätigkeit des Vaterland-Redaktors Carl von Vogelsang – weiterhin bedient.

Ein Gesprächspartner aus dem Reich erinnert im Juli 1938 sein Bekanntwerden mit Alois Vogt im Herbst 1937; zu Weihnachten habe er Vogt eine Aufsatzsammlung aus der SS-Zeitschrift «Das Schwarze Korps» zukommen lassen.<sup>85</sup> Ein SS-Bericht vom 21. März 1938 resümierte, dass die VU gegen die «Verjudung Liechtensteins» gegründet worden sei.<sup>86</sup> Auch während und nach der Märzkrise 1938 blieb die rechte VU-Spitze an eigenen Linien ins Deutsche Reich interessiert. In den



diesbezüglichen Dokumenten tritt Parteipräsident Dr. Otto Schaedler massgebend auf. Gegenüber der VOMI vermittelte Schaedler im März 1938 den Eindruck, die VU halte eine nicht umsturzorientierte und zugleich völkische Position inne. Der Regierungseinsatz Vogts bedeute eine innenpolitische Einflussssicherung.<sup>87</sup> Ein Moment aussenpolitischer Einfluss-Rivalität<sup>88</sup> klingt bei einem späteren Kontaktversuch an, der Schaedler und Vogt mit den Spitzen von SS und Auswärtigem Amt zusammenführen sollte. Der Vorstoss erfolgte im Oktober 1938. Der in den Quellen<sup>89</sup> aufscheinende Wunsch der VU-Leute, mit dem Reichsführer SS Himmler, dem Aussenminister Ribbentrop oder einem seiner Vertreter zu sprechen, ist nur durch deutsche Korrespondenz und hier wiederum durch eine anonyme Vermittlungsinstanz überliefert. Dies erschwert, wie bereits Geiger bemerkt, eine Deutung der massgeblichen Motive und Absichten. Problematisch und riskant erscheint der Kontaktversuch gerade durch die Beteiligung des stellvertretenden Regierungschefs Vogt – vermutlich ohne Rücksprache mit Hoop – und ob der angezielten Personen in der deutschen Reichsführung. Geiger schliesst Wünsche auf Änderung des bisherigen, regierungsloyalen VU-Kurses ebensowenig aus wie das Interesse, den Status quo zu festigen.<sup>90</sup> Andere Momente sprechen unseres Erachtens für eine ehrgeizige, riskante, gleichwohl nicht anschlusswillige<sup>91</sup> Gelegenheitsdiplomatie der VU-Spitzen: Der Vorstoss erscheint singulär und ohne deutsche Interessen begründende Vorverständigung. Das gewünschte Treffen hat den Dokumenten nach zu schliessen nicht stattgefunden. In einem Schreiben des Auswärtigen Amtes wird schliesslich auf eine vorgängige Vorsprache von Otto Schaedler, vermutlich jene bei der VOMI in den kritischen Märztagen, verwiesen. Anscheinend, so schliesst auch Geiger, bestand für das Reich kein Grund, die im März 1938 festgehaltene Nichteinmischungspolitik gegenüber Liechtenstein zu ändern.<sup>92</sup>

Die Anbindung Vogts an Schaedler stützte bei Reichsstellen das herkömmliche Bild der Heimatdienst-Vertrauten. Aus anderer Quelle<sup>93</sup> ergeht, dass Alois Vogt als Amtsträger seine Verbindungen

75) «Kritisch» im Doppelsinne der Kontrolle und der Kondition: 1. Die Verbindlichkeiten galten gegenüber interessierten Adressaten: eidgenössischen Behörden, dem Landesfürsten und der überwiegend schweizerorientierten Parteibasis der VU. 2. Die Verletzung des Machtkompromisses hätte einen jahrelang angestrebten landespolitischen Einfluss und damit konkrete Amtspositionen – etwa jene Alois Vogts – aufs Spiel gesetzt.

76) Geiger: Krisenzeit 2, S. 140–146.

77) Weder in der Anschlussfrage noch in der antisemitischen Hetze, noch in der öffentlichen Verherrlichung des Dritten Reichs im Kriege.

78) Formulierung von Alois Vogt in PAAV/639, Rede Alois Vogt, 15. Juli 1945, S. 3.

79) Siehe S. 84–86, 90–92.

80) AA, PA, Büro RAM, 21. März 1938: Heydrich (SD) an Kordt (AA).

81) LLA O. S. Sammelakt NS, Dok. Nr. 484852. Dass. in AA, PA Inland II g 409, Herbst 1940. Notiz im AA.

82) ADAP D VI 141., 31. März 1939: Bericht Lorenz (VOMI).

83) LLA O. S. Sammelakt NS, Dok. Nr. 484855, 24. Oktober 1940: Schreiben Jost (SD); ebenda Dok. Nr. 484872 f., 14. Mai 1941: Handnotiz Neuwirth (AA). Dass. in AA, PA Inland II g 409.

84) AA, PA Büro RAM, 19. März 1938: Notiz Stahmer für Ribbentrop; ebenda Bern Polit. Schriftstücke 1923–1938, 1. Juli 1938: Voigt an Köcher; ebenda Polit. Abt. II 1936–1939, 24. September 1938: Kreisleiter Hammerbacher (Feldkirch) an AA.

85) Akten PK NSDAP, siehe Anm. 67; Geiger: Krisenzeit 2, S. 250.

86) AA, PA Büro RAM, 21. März 1938: Heydrich (SD) an Kordt (AA).

87) AA, PA Polit. Abt. II 1936–1939, 25. März 1938: Rintelen (AA) an Gesandtschaft Bern.

88) AA, PA Büro RAM, 19. März 1938: Stier (VOMI) an Ribbentrop: Hoop habe auf Schaedlers völkisch-antisemitische Forderungen hin seine eigenen «Beziehungen zu höchsten Nationalsozialisten» angeführt. «Was Sie vorhaben, kann ich auch» soll Hoop geäussert haben.

89) LLA O. S. Sammelakt NS, Dok. Nr. 117397–117401. Dass. AA, PA Büro RAM.

90) Geiger: Krisenzeit 2, S. 251.

91) Laut Bericht des VOMI-Leiters Lorenz sei die «radikale Gruppe» der volksdeutschen Bewegung von der VU-Leitung bis zum Putschversuch 1939 zurückgehalten worden, siehe ADAP D VI 141., 31. März 1939: Bericht Lorenz (VOMI). Zeitzeugen erinnern, dass Vogt vom Anschlussgedanken grundsätzlich Abstand genommen hatte: Interviews mit Rudolf Rheinberger, 23. Januar 1997, und Klaus Huegel, 1. Mai 1997.

92) Geiger: Krisenzeit 2, S. 251.

93) PAAV/325, 1. April 1938: Schreiben Alois Vogt an Dr. Eberharter, Berlin.

ins Reich einer Neubewertung unterzog. Zu möglichen deutschen Auskunfts-erwartungen räumte er sich Distanz ein: In einem Schreiben einen Tag nach Bestellung zum Vizeregierungschef bat Vogt den Adressaten, Dr. Eberharter in Berlin, um Entschuldigung «wegen der Zurückhaltung, die ich anlässlich unseres letzten Telephongesprächs in der Frage Liechtenstein zeigte». Erklärend führte Vogt an, dass er Telefonüberwachung befürchte, und er schloss vorsorglich: «Ich werde auch zukünftig als Regierungschef-Stellvertreter mich nicht anders einstellen können.»<sup>94</sup>

### **DER PUTSCHVERSUCH 1939: TESTFALL UND MUSTER FÜR DIE ZUSAMMEN- ARBEIT HOOP – VOGT**

Am 24. März 1939 unternahm die nationalsozialistische VDBL den Versuch eines Anschlussputsches in Liechtenstein, mit Unterstützung von Parteiformationen in Vorarlberg und in der Hoffnung auf Rückendeckung durch Berlin. Die Abwehr dieses Putschversuchs erfolgte koordiniert: im Zusammenwirken der liechtensteinischen Regierungsmitglieder, in Rücksprache mit dem Eidgenössischen Politischen Departement (EPD) in Bern und unter Aktivierung deutscher Verbindungen durch Regierungschef Hoop und seinen Stellvertreter Vogt. Letzterer war mittlerweile ein Jahr im Amt, die zentrale Forderung seiner Partei nach einem Verhältniswahlrecht war gesetzlich umgesetzt, in die Aussenvertretungen Liechtensteins war Vogt eingebunden. In welchem Masse solches galt, wird mit Blick auf den Putschversuch und seine erfolgreiche Abwehr deutlicher. Peter Geiger hat die bislang gründlichste Untersuchung der Putschvorgänge vorgelegt.<sup>95</sup> Hinsichtlich der Rolle von Alois Vogt lassen sich ein paar Ergänzungen anbringen.

Alois Vogt tritt vor, während und nach den Ereignissen vom 24. März 1939 als einer der zentralen Akteure auf. Als mitentscheidend für das Misslingen des lokalen Putschversuchs erwies sich der fehlende Rückhalt in den Führungsstellen des Deutschen Reiches. Während der Putsch im Rollen

war, intervenierten sowohl Vogt wie Hoop in der Vermutung, dass die Entscheidungsspitzen in Berlin die lokalen Nationalsozialisten nicht decken würden. Vogts wiederholter Hinweis gegenüber den Vorarlberger Behörden, notfalls Bern und Berlin einzuschalten, zeigte Wirkung.<sup>96</sup> Auf welche Auskünfte konnten sich die Liechtensteiner stützen? Geiger weist darauf hin, dass sich Vogt durch Besprechung mit Dr. Ernst Peter, dem damaligen Leiter des Ausland-Nachrichtendienstes des SD in Stuttgart, einer deutscherseits nicht drohenden Aktion versicherte. Dies geschah Tage vor dem 24. März. Hoop hatte, durch Gerüchte beunruhigt, seinerseits vorgefühlt. Zu Kommissar Josef Schreieder von der Grenzpolizei Bregenz bestand «engerer Kontakt». Schreieder sicherte Hoop zu, allfällige Putschbestrebungen in Vorarlberg zu verhindern.<sup>97</sup> Geiger bemerkt, dass die vorgängige Besprechung Vogts mit dem SD-Mann Peter nur Parteifreund Schaedler bekannt war. Während der turbulenten Ereignisse sei dies der Grund gewesen, dass Vogt den Putschführern und den Behörden in Vorarlberg «so sicher» entgegengetreten konnte.<sup>98</sup> Wusste Vogt von Hoops Kontakten mit Kommissar Schreieder? Wusste der Fürst um die Sonderlinien seiner Regierungsspitze? Für eine laufende gegenseitige Unterrichtung gibt es keine Hinweise. Aufschlussreich ist demgegenüber, wie trotz Kommunikationslücken und Verunsicherung während des Ablaufs des Putschversuches Zutrauen beansprucht und eng kooperiert wurde. Letzteres galt auch für die politische Bereinigung der Folgen des 24. März.

Während des Putschtages lag der Fürst krank in Zürich, Hoop weilte mit seiner Frau in Lugano. Vogt handelte in Liechtenstein und Feldkirch gleichsam als «Chef vom Dienst», durch Bern gedeckt, aber durch die konkreten Ereignisse verunsichert,<sup>99</sup> durch die drängenden VDBL-Führer in seinem Büro wurde er hautnah mit dem Anschlusswunsch konfrontiert. Die Besprechung mit dem SD-Mann Peter hatte ihn bezüglich der deutschen Haltung beruhigt, doch wie weit war auf vermittelte Signale der Reichsführung Verlass? Verbindliche Zusagen hatten die Liechtensteiner keine. Im Oktober 1938 hatte Vogt von einem deutschen

Arbeitsamtsfunktionär auf Anfrage erfahren, dass Hitler nach dessen Erachten an «traumatischer Neurose» leide.<sup>100</sup> Der Führer stehe angeblich unter psychiatrischer Beobachtung.

Alle mit dem Putschversuch konfrontierten Entscheidungsträger in Bern, Berlin, Vaduz und im Gau Vorarlberg-Tirol waren an einer möglichst unauffälligen Abwicklung der Vorgänge vom 24. März interessiert. Die publizistische, rechtliche und politische Durchführung dieses diplomatischen Vorsatzes dauerte in einer ersten Phase bis in den April 1939. Die deutschen Stellen hielten sich hierbei an zwei liechtensteinische Gesprächspartner, an Regierungschef Hoop und dessen Stellvertreter Vogt. In einer deutschen Darstellung der Putschereignisse, dem Bericht des VOMI-Leiters, SS-Obergruppenführer Werner Lorenz,<sup>101</sup> erscheint Vogt als jener Vertrauensmann, der seinem Gesprächspartner Günther Stier, dem VOMI-Referenten für Liechtenstein, Zusagen machte. Vogt, so der Lorenz-Bericht, werde sich für die rechtliche Schonung der Putschbeteiligten einsetzen. Beim Fürsten bestünde Amnestiemöglichkeit. «Verhandlungen durch Mittelsleute schweben noch», bemerkte Lorenz. Zu einer dieser Verhandlungen ist uns im Vorarlberger Landesarchiv (VLA) ein Dokument überliefert.<sup>102</sup> Es handelt sich um die Aufzeichnung eines deutschen Unterhändlers, welche dieser nach Besprechung mit «Reg. Chef Dr. Hob» an seine vorgesetzte Stelle in Berlin sandte. Hoop wurde ähnlich Vogt vom deutschen Wunsch verständigt, die Strafverfahren gegen die Putschisten niederzuschlagen und auch die nach Vorarlberg geflüchteten Beteiligten unbehelligt zu lassen. Hoop erwiderte, dass ihm und «einem grössten Teil der Regierungsmitglieder» daran gelegen sei, dass die Angelegenheit in der gewünschten Form bereinigt werde. Der Regierungschef präzisierte, dass er dies nicht allein verfügen könne, auch Regierungsrat Pfarrer Anton Frommelt müsse zustimmen, ansonsten, so wird nach Berlin berichtet, drohe «schwere Hetze gegen Hob und Vogt» durch Frommelt, der «überhaupt der Scharfmacher gegen die Nationalsozialisten» sei. Hoop schlug dem deutschen Gesprächspartner vor, ihn in Vaduz zu besuchen, «wo wir zusammen

mit dem Richter über die Möglichkeiten einer Niederschlagung der eingeleiteten Strafverfahren reden könnten.»<sup>103</sup>

Hoop und Vogt blieben mit der stillen Abwicklung der Putschereignisse weiterhin befasst, beschwichtigten bezüglich der Rechtsfolgen, verhielten andererseits die Vorarlberger Behörden zur Unterbindung künftiger Übergriffe.<sup>104</sup> Der Fürst zog mit, sprach im Mai 1939 von der Verzögerung und schliesslich Niederschlagung des Verfahrens, für die Untersuchungen stellte er einen entsprechend verschwiegenen Richter in Aussicht.<sup>105</sup> Im Dezember 1939 wurden die Klageschrift gegen die liechtensteinischen Putschistenführer abgemildert und – mit Rücksicht auf Hitlerdeutschland – der Prozess suspendiert.<sup>106</sup> Die Weichen hierzu waren freilich schon bald nach dem 24. März gestellt worden.

Regierungschef Dr. Josef Hoop und sein Stellvertreter Dr. Alois Vogt rücken in den Quellen zum Putschversuch 1939 näher zusammen: im Rückgriff

94) Ebenda.

95) Geiger: Krisenzeit 2. S. 346–408.

96) VLA Präs. 373/39, 25. März 1939; Bericht Landrat Dr. Ignaz Tschöfen an Gauleitung Innsbruck, u. a. über die Vorsprache Vogts und die darauffolgende Warnung der SA-Leitung Feldkirch.

97) LLA O. S. Sammelakt NS, Manuskript Schreieder, 17. Juni 1968. Der Deutsche Josef Schreieder war nach dem Anschluss Österreichs bei der Grenzpolizei (Gestapo) in Vorarlberg tätig. Im August 1940 wurde er zum SD in den Niederlanden versetzt, wo er an der Zerschlagung niederländischer Widerstandsgruppen gegen die deutsche Besatzung mitwirkte.

98) Geiger: Krisenzeit 2. S. 390.

99) Vogt fuhr nachts ein zweites Mal nach Feldkirch, um sich zu vergewissern, dass die Zusage der Vorarlberger Behörden, nationalsozialistische Grenzübergriffe zu verhindern, wirksam wurde; siehe PAAV/523 Zeugenaussage Alois Vogt, 15. Januar 1946, S. 14 f.

100) PAAV/606, 15. April 1947; Schreiben Dr. Max Knözinger betr. 21. Oktober 1938.

101) ADAP D VI 141., 31. März 1939; Bericht Lorenz (VOMI).

102) VLA Präs. 373/39 undat. Aufzeichnung nach 27. März 1939.

103) Ebenda.

104) Weitere Akten in VLA Präs. 373/39.

105) Akten PK NSDAP Teil II Reg. Bd. 3, Dok. Nr. 022149 f.

106) Geiger: Krisenzeit 2. S. 404–408.

## Die reichsdeutschen Verbindungen von Alois Vogt 1938 bis 1945

auf die Kontaktdiplomatie, der punktuellen Kooperationsbereitschaft gegenüber deutschen Wünschen und in grundsätzlichen Vorbehalten zu einer liechtensteinischen Integration ins militarisierte Reich.

In den Verbindungen der liechtensteinischen Regierungsspitze mit deutschen Unterhändlern griff ein pragmatisches Raisonement, das Anpassung und gelegentliches Entgegenkommen einschloss. Ein unbedingter moralischer Patriotismus, wie ihn Regierungsrat Frommelt verkörperte, hätte dieses Vorgehen nicht zugelassen. Nach innen rechtfertigte Hoop seine Verbindungen mit deutschen Persönlichkeiten bereits 1938,<sup>107</sup> im Laufe des Krieges verteidigten beide, Hoop und Vogt, vor dem Landtag das Mittel der Kontaktdiplomatie im Deutschen Reich.<sup>108</sup>

Die nach Berlin gerichteten Interventionen am 24. März, die Vorabgespräche und Nachverhandlungen mit Reichsstellen wurden von Hoop und Vogt getragen, Frommelt erscheint in der Putschvereinbarung als diplomatisch nicht involvierte, aber auch ungeeignete Person.<sup>109</sup>

Vogt machte sich im Zuge der Putschereignisse ein Argument gegen den Anschluss zu eigen, das einige Monate zuvor Regierungschef Hoop vertrat. Hoop wies auf die von Hitler geforderte Opferbereitschaft und die Militanz des deutschen Staates hin, Umstände, welche sich mit der liechtensteinischen Lebensweise nicht vertrügen.<sup>110</sup> Als ihn die Putschführer persönlich konfrontierten, verdeutlichte ihnen Vogt diesen Gewalthintergrund. Zum VDBL-Führer Theodor Schädler meinte Vogt, «es werde sich in der ganzen Regierung niemand finden, der die Verantwortung dafür übernehme, dass Liechtensteiner in den Krieg gehen müssen.»<sup>111</sup>

Die Verbindungsaufnahme und Zusammenarbeit Alois Vogts mit deutschen Dienststellen hat sich in zahlreichen Akten niedergeschlagen. Der grösste Bestand stammt dabei aus dem deutschen Dienstverkehr selber. Er kann durch einige zeitgenössische Unterlagen aus Liechtenstein ergänzt werden. Nach dem Krieg gaben sowohl Vogt wie ehemalige Mitarbeiter deutscher Nachrichtendienste Auskunft zu den inoffiziellen deutsch-liechtensteinischen Verbindungen. Als zentrale Quelle darf die wichtigste Kontaktperson Vogts, der SD-Offizier Dr. Klaus Huegel<sup>112</sup>, gelten. Huegel wurde nach dem Krieg von der schweizerischen Bundespolizei einvernommen und auch zu seiner Verbindung mit Alois Vogt befragt. Der Verfasser konnte Klaus Huegel aufgrund dieser Dokumente im Jahre 1997 als Zeitzeugen befragen. Der vergleichende Zusammenschau aller genannter Quellen erlaubt Präzisierungen zu Zeiträumen, Ablauf und Zielsetzung von Vogts Kontaktnahmen im Deutschen Reich. Sie sollen zunächst in ihrem Umfang umrissen werden. Einige Aspekte werden herausgehoben: die Umstände der Kontaktaufnahme, die damit verbundenen gegenseitigen Erwartungen und die Verankerung solcher Sonderlinien im auswärtigen Verkehr von Regierung und Fürst.

### **VOGTS DEUTSCHE VERBINDUNGEN IM ÜBERBLICK**

Als wichtigste Adressen für Vogts reichsdeutschen Verkehr erwiesen sich während des Krieges Abteilungen des Auswärtigen Amtes und zwei Ämter der SS, namentlich der Auslandsnachrichtendienst des SD, der in den Dokumenten unter der Kennziffer römisch VI aufscheint, und das Hauptamt Volksdeutsche Mittelstelle (VOMI). Beide hatten ihre Befehlszentralen in Berlin,<sup>113</sup> der SD verfügte über zahlreiche Dienststellen im Reichsgebiet, deren Mitarbeiterstäbe Vorgänge im In- und Ausland überwachten.

In VOMI-Berichten zu Liechtenstein wurde Vogt seit 1938 als zugewandte Vertrauensperson geführt. Eine erste persönliche Absprache ergab sich

bei der Bereinigung des Putschversuches vom 24. März 1939.<sup>114</sup> Die VOMI wurde vom SS-Führer Werner Lorenz<sup>115</sup> geleitet. Der für Liechtenstein zuständige VOMI-Mann war 1940 Dr. Günther Stier. Im Juni 1941 wurde er vom SS-Offizier Dr. Hans Sichelschmidt abgelöst. Mit beiden stand Vogt im Kontakt, mit Sichelschmidt ergaben sich bezüglich der VDBL mehrere Besprechungen in den Jahren 1941 bis 1943.

In wiederholter Verbindung stand Alois Vogt mit Vertretern des SD. Die wichtigste Kontaktperson



Dr. Klaus Huegel, SD-Offizier und wichtigster Kontaktmann Alois Vogts. Aufnahme um 1939

107) AA, PA Polit. Abt. II 1936–1939, Rede Josef Hoop, 11. Dezember 1938.

108) LLA LTP 10. Oktober 1940 und 23. April 1941.

109) Dies betrifft Frommelts Verhältnis zu deutschen Dienststellen. Mit Alois Vogt war der ehemalige politische Gegner sehr wohl in Verhandlungen eingebunden, etwa 1939 in der Schweiz zur Ellhorn-Frage und im Falle eines Industrieprojekts. Siehe Geiger: Krisenzeit 2, S. 305–308 sowie LLA LTP 5. Juli 1939.

110) AA, PA Polit. Abt. II 1936–1939, Rede Josef Hoop, 11. Dezember 1938, S. 7: «... morgen schon kann ein Krieg auflodern, der Europa in Brand steckt.»

111) PAAV/523 Zeugenaussage Alois Vogt, 15. Januar 1946, S. 13.

112) Klaus Huegel, geb. 30. Januar 1912 in Freiburg i. Br., 1937 Promotion zum Dr. jur., ab 1938 Verwaltungsausbildung in der Abteilung VI, dem Auslandsnachrichtendienst des SD Stuttgart unter Dr. Ernst Peter, seit 1. August 1940 in Personalunion Leiter des Auslandsnachrichtendienstes und des Alemannischen Arbeitskreises (AAK), seit März 1943 Beauftragter für Volkstumspolitik der VOMI in Liechtenstein, ab 15. April 1943 im RSHA, Amt VI, in Berlin, seit 21. Juni 1943 im Rang eines SS-Sturmbannführers (militär. Majorsrang), am 6. März 1944 nach Verona versetzt, am 28. April 1945 in englische Kriegsgefangenschaft geraten, danach von den Alliierten und der Bupo einvernommen, Ende der Vierzigerjahre aus dem Entnazifizierungsverfahren als «minderbelastet» entlassen. – Angaben bei Hans Rudolf Fuhrer: Spionage gegen die Schweiz. Die geheimen deutschen Nachrichtendienste gegen die Schweiz im Zweiten Weltkrieg. Frauenfeld, 1982, S. 119 (Kurzbeleg: Fuhrer: Spionage gegen die Schweiz.) und Interview mit Klaus Huegel, 1. Mai 1997.

113) Der SD war im RSHA integriert, welches seit September 1939 die Gestapo, Kripo und die politischen Überwachungsdienste der SS (SD Inland, SD Ausland) umfasste. Leiter des RSHA waren bis 1942 Reinhard Heydrich; nach dessen Ermordung im Juni 1942 für einige Monate Himmler selbst, ab Januar 1943 Ernst Kaltenbrunner.

114) Siehe S. 67.

115) Werner Lorenz, 1891–1974, seit 1937 Leiter der VOMI, Bevollmächtigter für internationale Beziehungen im SS-Hauptamt, organisierte während des Krieges im Rasse- und Siedlungshauptamt Umsiedlungen von Volksdeutschen, 1948 zu 20 Jahren Haft verurteilt.

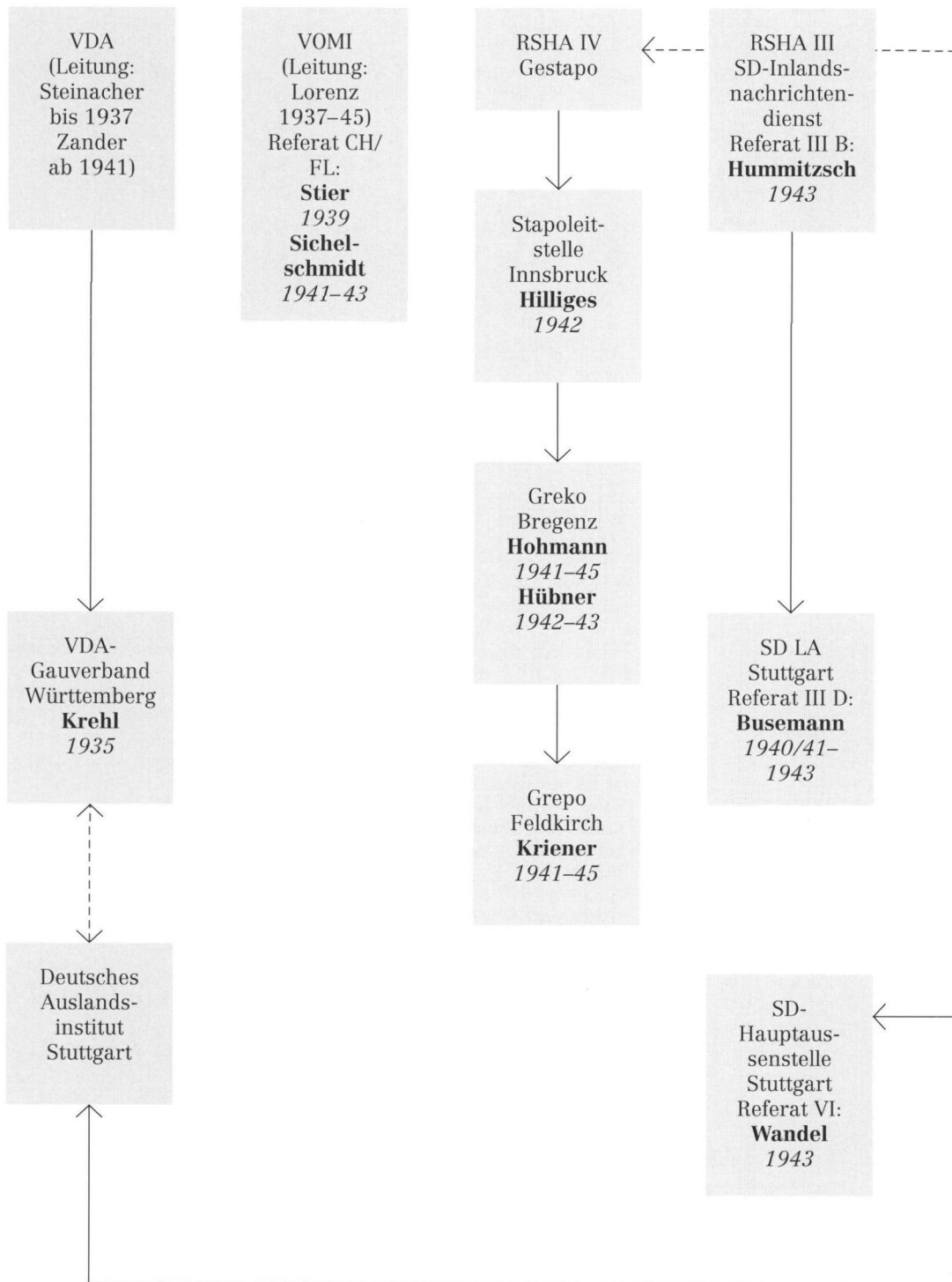
Schaubild zu den reichsdeutschen Stellen, mit denen Alois Vogt Verbindung hatte, zu **Personen**, die kontaktiert wurden und zum ungefähren *Zeitraum der Kontaktnahmen* gemäss verwendeter Quellen.

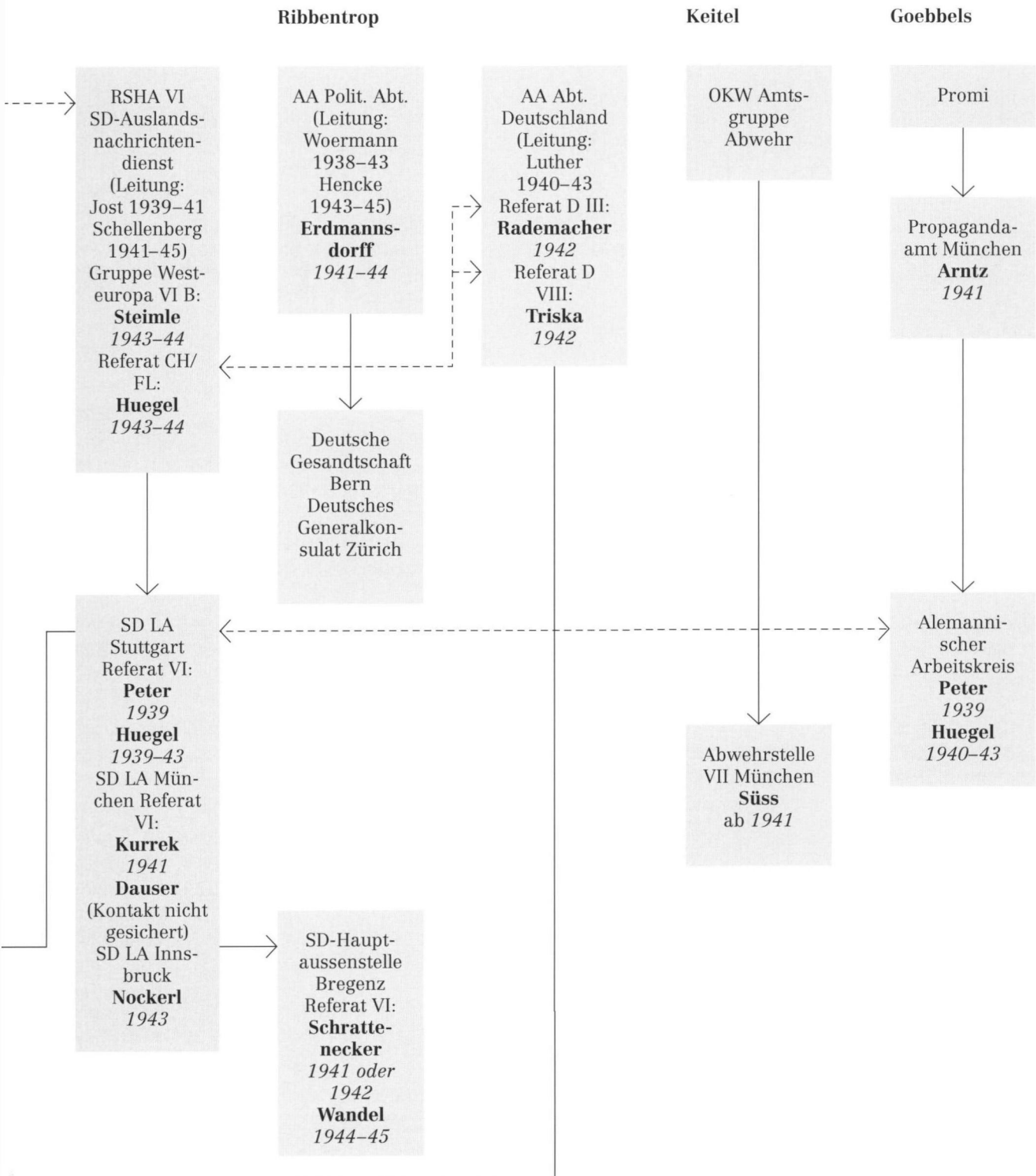
(Schema in Anlehnung an Führer: Spionage gegen die Schweiz, S. 67)

OKW Oberkommando der Wehrmacht  
 ———> Unterstellung  
 - - - -> Zusammenarbeit

Andere Abkürzungen siehe Abkürzungsverzeichnis

**Himmler**





wurde Dr. Klaus Huegel, seit 1938 Mitarbeiter, ab 1. August 1940 Leiter des Auslandsnachrichtendienstes des SD-Leitabschnitts Stuttgart. Mit Huegel baute Vogt eine vertrauliche und freundschaftliche Verbindung auf.<sup>116</sup>

Huegel war Vogt noch vor dem Putschversuch 1939 als «Mitarbeiter des VDA und des Auslandsinstitutes in Stuttgart» bekannt geworden.<sup>117</sup> Als Nachrichtenoffizier der SS vermittelte er Vogt nach 1940 weitere Verbindungen zu deutschen Dienststellen und war seinerseits an Hilfestellungen des Regierungschef-Stellvertreters interessiert. Huegel wurde im April 1943 Leiter des Schweiz/Liechtenstein-Referates im Amt VI des Reichssicherheitshauptamts (RSHA) Berlin. Vogt wusste, dass Huegel Angehöriger der SS beziehungsweise des SD war, über dessen genaue Stellung habe er sich nicht ins Bild gesetzt.<sup>118</sup>

Im Auswärtigen Amt wurde Alois Vogt lange vor konkreten Begegnungen in Berlin registriert. Zu den VDA-Verbindungen und zur LHD-Tätigkeit war unter anderem vom Generalkonsulat Zürich nach Berlin berichtet worden.<sup>119</sup>

Mehrere Abteilungen im Auswärtigen Amt befassten sich nach 1938 mit Liechtenstein-Fragen: das Büro des Reichsaussenministers Ribbentrop, hier hatten der Fürst und Hoop wohlgesinnte Mittelsmänner; die politische Abteilung, ab April 1938 bis April 1943 von Ernst Woermann geleitet, und das Büro des Staatssekretärs, dies war 1938 bis 1943 Ernst von Weizsäcker. Woermanns Nachfolger wurde im April 1943 Andor Hencke, auf Weizsäcker folgte im März 1943 Gustav Adolf Steengracht von Moyland. Schliesslich agierte noch die sogenannte Deutschlandabteilung, von Mai 1940 bis April 1943 Martin Luther unterstellt. Obwohl der 1938 formulierte Kurs der vorläufigen Schonung Liechtensteins während des Krieges vom Aussenministerium beibehalten wurde, war er zwischen dessen Untergliederungen nicht unumstritten. Insbesondere Luthers Abteilung verfolgte die Umsetzung von Volkstums- und Rassenpolitik mit Ehrgeiz. Vogt nahm seine Kriegsverbindungen zum Auswärtigen Amt in diesem Spannungsfeld auf. Sein wiederholter Gesprächspartner in der politi-

schen Abteilung war seit 1941 der Ministerialdirigent Otto von Erdmannsdorff. Die Abteilung Luthers hatte Liechtenstein-Berichte und Fühlungen Vogts mit deutschen Stellen seit Juli 1940 registriert.<sup>120</sup> Zu einer persönlichen Vorsprache kam es erst im Sommer 1942, auf Empfehlung Erdmannsdorffs.

Alois Vogt unterhielt aus eigener Initiative oder infolge des regionalen Behördenverkehrs zahlreiche weitere Kontakte mit Stellen im Reich. Deutsche Dokumente belegen einen Kontaktversuch Vogts mit dem SD München,<sup>121</sup> Vogt bestätigte dies nach dem Krieg für die Jahre 1940 und 1941.<sup>122</sup> Der SD-Leitabschnitt München war neben den Leitabschnitten Stuttgart und Innsbruck für den politischen Nachrichtendienst der SS im Raum Schweiz/Liechtenstein zuständig.<sup>123</sup> Nach dem Herbst 1940 habe München die nachrichtendienstliche Arbeit von Stuttgart übernommen, also kurz nachdem dort Klaus Huegel Leiter des äusseren Geheimdienstes wurde.<sup>124</sup> Alois Vogt versuchte mit Hilfe Peter Rheinbergers, der für die SD-Stellen Stuttgart und München arbeitete, Verbindung zu letzterer aufzunehmen. Ebenfalls über Rheinberger konnte Vogt die Bekanntschaft von Hauptmann Süss machen, einem Offizier der Abwehr, des militärischen Nachrichtendienstes in München. Anders als mit dem Münchner SD ergaben sich mit dem Abwehrmann Süss weitere persönliche Besprechungen.<sup>125</sup>

Mit den Leitern der SD-Aussenstelle Bregenz, Anton Schrattenecker und Gottlob Wandel, hatte Vogt nach eigener Angabe nur wenig Verbindung. Die Stelle Bregenz war dem SD Innsbruck unterstellt. Wandel wurde Vogt im Winter 1943 von Huegel vorgestellt, 1944 besorgte er Schlafwagenkarten für eine Zugreise Vogts nach Berlin. Der Vizeregierungschef besprach sich dort wegen der Ausfuhr fürstlicher Gemälde.<sup>126</sup>

Wichtiger als die SD-Filialen waren für Vogt im Grenzbereich Liechtenstein/Vorarlberg die Gestapo-Stellen, insbesondere die Gestapo Feldkirch unter Karl Kriener und das Grenzpolizeikommissariat Bregenz mit den Kommissaren Hohmann und Hübner. Übliche Besprechungen erfolgten bis Ende



des Krieges im Zusammenhang mit Fragen des Grenz- und Wirtschaftsverkehrs. Für übergeordnete Gestapo- und SD-Ämter waren Feldkirch und Bregenz zudem verlängerte Auskunfts- und Kurierstellen zu Vorgängen in Liechtenstein. Als Passierposten und Kurier zu Alois Vogt war Kriener für den SD-Offizier Huegel nützlich.<sup>127</sup> Der Putschversuch 1939 hatte gezeigt, dass untergeordnete Gestapostellen auch für lokale Absprachen im Interesse Berlins eingesetzt wurden.<sup>128</sup> 1942 sollten Kriener und Hübner vom RSHA für die Bereinigung einer missglückten Geheimdienstoperation eingespannt werden. Ähnlich 1939 erfolgte dies in enger Zusammenarbeit mit der liechtensteinischen Regierungsspitze.<sup>129</sup> Schliesslich erforderten auch der Gemäldetransfer und Flüchtlingsbewegungen bei Kriegsende Rücksprachen mit der Grenz-Gestapo.



Ehrgeiziger Leiter der Rassen- und Volkstumspolitik im Auswärtigen Amt: Unterstaatssekretär Martin Luther

---

116) BAB E 4320 (B) 1984/29 Bd. 57, 5. Dezember 1942: Karl Kriener (Gestapo Feldkirch) an Kommissar Hübner (Gestapo Bregenz): «Das RSHA soll doch den Dr. Huegel von Stuttgart nach Liechtenstein schicken. Dieser Mann verkehrt seit Jahren ganz intim mit Dr. Vogt und sind Duzfreunde».

117) BAB Bupo-Vernehmung Alois Vogt 1946, S. 3; Interview mit Klaus Huegel, 1. Mai 1997.

118) BAB Bupo-Vernehmung Alois Vogt 1946, S. 3. Auch in der Schweiz trat Klaus Huegel vor allem als Kulturbeauftragter des Promi oder als Wirtschaftsdelegierter auf. Als Nachrichtendienst-Offizier wurde Huegel erst Ende August 1942 von den schweizerischen Behörden aufgedeckt (siehe BAB E 27 11215-11230).

119) Siehe S. 57, Anm. 25. Dokumente in AA, PA Politische Schriftstücke 1923–1938.

120) AA, PA Inland II g 409, 25. Juli, 5. und 12. August 1940: Lageberichte zu Liechtenstein.

121) LLA O. S. Sammelakt NS, Dok. Nr. 484871-73. Dass. AA, PA Inland II g 409.

122) BAB Bupo Vernehmung Alois Vogt 1946, S. 6 f.

123) Führer: Spionage gegen die Schweiz, S. 63.

124) PAAV/524 Bupo-Vernehmung Klaus Huegel 1946, S. 5.

125) BAB E 2001 (E) 1969/262 Bd. 40, 14. April 1947, Bericht Benz: Wiedergabe Aussage Hauptmann Süss; BAB Bupo-Vernehmung Alois Vogt 1946, S. 7–9.

126) BAB Bupo-Vernehmung Alois Vogt 1946, S. 11 f.

127) Interview mit Klaus Huegel, 1. Mai 1997.

128) Siehe S. 66. Kontakt Hoop – Kommissar Schreieder.

129) Siehe S. 96–99.



Diplomatie vor den Kulissen: Staatsbesuch in Berlin März 1939, an der Spitze mit Zylinder Fürst Franz Josef II., im Hintergrund mit weissem Schal Regierungschef-Stellvertreter Dr. Alois Vogt

## UMSTÄNDE DER VERBINDUNGS-AUFNAHME: GEHEIMDIPLOMATIE UND NACHRICHTEN- DIENSTE

Alois Vogt war im Laufe des Jahres 1938 von Regierungschef Hoop in Liechtensteins Aussenvertretung einbezogen worden.<sup>130</sup> Als Regierungschef-Stellvertreter war Vogt auch beim offiziellen Berlin-Besuch am 2./3. März 1939 beteiligt, bei den Besprechungen mit Hitler, Göring und Ribbentrop waren nur Hoop und Fürst Franz Josef II. zugegen.<sup>131</sup> Der nationalsozialistische Putschversuch in Liechtenstein erfolgte nur drei Wochen nach Berlin. Er erwies, dass man sich bezüglich der bestimmenden deutschen Haltung auf persönliche Eindrücke, Stimmungsbilder und zugetragene Hinweise, im besten Falle von der Führungsebene, stützen musste. Der Berlin-Besuch vor Kriegsbeginn sollte der einzige offizielle Staatsakt in den deutsch-liechtensteinischen Beziehungen werden. Inoffizielle Linien wurden aufrechterhalten, für Beschwichtigungen und Informationszugänge im Umfeld der Reichsspitzen. Regierungschef Hoop hatte Mittelsmänner in Gauverwaltungen, Propagandaministerium und im Auswärtigen Amt. Sein Kontaktmann Konsul Sieger blieb bis nach Kriegsende in Liechtenstein. Vogt baute seine Verbindungen allmählich auf, im Amtsverkehr und im Rückgriff auf Bekanntschaften, die er während seines LHD-Engagements gemacht hatte. Ein wichtiger Anknüpfungspunkt lag in Stuttgart. Das dortige deutsche Auslandsinstitut war eine Anlaufstelle für volksdeutsche Aktivitäten im Ausland. Vogt hatte als LHD-Sekretär in Stuttgart Vertreter des VDA kennengelernt. Solche Bekanntschaften wurden durch den rechten VU-Flügel, Alois Vogt, VU-Präsident Otto Schaedler und nachmalige VDBL-Mitglieder weiterverfolgt. Den SD-Mann Klaus Huegel und dessen damaligen Vorgesetzten Dr. Ernst Peter lernte Vogt vor dem März 1939 als Bekannte von Otto Schaedler und Peter Rheinberger kennen. Auch der VOMI war Vogt zunächst durch Parteipräsident Schaedler und dessen deutschvölkische Forderungen im März 1938 empfohlen. In der Folge sollte Vogt die Verbindung zu Huegel selbständig

ausbauen; mit dem VOMI-Gesandten Stier verhandelte er anlässlich des Putschversuchs ebenfalls alleine, in Wahrnehmung deutscher und liechtensteinischer Interessen.<sup>132</sup> Vogt lernte Einzelpersonen kennen, zu deren Stellung im verflochtenen Behörden- und Parteiapparat Hitlerdeutschlands gewann er nur partiellen Einblick. Huegel und Peter traten in kulturell-publizistischer Mission auf, als Geheimdienstoffiziere hielten sie sich sowohl in der Schweiz wie in Liechtenstein bedeckt.<sup>133</sup>

1939 nutzte Alois Vogt seine Verbindung zu Klaus Huegel für die Abklärung eines liechtensteinischen Industrievorhabens bei deutschen Firmen.<sup>134</sup> Über Vermittlung Huegels und mit Hilfe Peter Rheinbergers konnte Vogt ab 1940 weitere Verbindungen zu liechtensteinbezogenen Dienststellen einleiten. Für 1940 und 1941 sind mehrere Kontaktvorstösse belegt. Vogt gab nach dem Kriegsende an, dass er über mehrere Monate vergeblich eine Erkundung der deutschen Haltung zur VDBL anstrebte.<sup>135</sup> In den deutschen Quellen erscheinen die Vorstösse problematischer, wird als Besprechungsgegenstand die «Einverleibung Liechtensteins ins Grossdeutsche Reich» angeführt.<sup>136</sup> Über Vermittlung eines Bekannten sprach Alois Vogt schliesslich im Reichsaussenministerium bei Otto von Erdmannsdorff und dessen Mitarbeiter «Geheimrat Strak» vor. Erdmannsdorff bestätigte den wohlwollenden Liechtenstein-Kurs und

---

130) Siehe S. 60–63.

131) PAAV/523 Zeugenaussage Alois Vogt, 18. Januar 1946, S. 10.

132) Siehe S. 66–67.

133) Vgl. Anm. 118.

134) PAAV/279, 6. Juni 1939: Schreiben Klaus Huegel an Torpedo Werke A.G. Es handelte sich um die industrielle Verwertung des Schreibmaschinenmodells «Orion» des deutschen Ingenieurs Otto Haas. Peter Rheinberger war ein Mitarbeiter von Haas. Alois Vogt vertrat seit den Dreissigerjahren die von Haas und Rheinberger gegründete «Orion Registered Manufactory». Die Idee einer Schreibmaschinenproduktion wurde von der liechtensteinischen Regierung unterstützt. 1939 und 1940/41 klärte Alois Vogt diesbezüglich im Deutschen Reich ab. Siehe auch Geiger: Krisenzeit 1, S. 276.

135) BAB Bupo-Vernehmung Alois Vogt 1946, S. 13.

136) LLA O. S. Sammelakt NS, Dok. Nr. 484851. Dass. AA, PA Inland II g 409.



Warnte Vogt vor Einwendungen der SS: Ministerialdirigent Otto von Erdmannsdorff. Aufnahme um 1936

soll vor diesbezüglichen Einwendungen der SS gewarnt haben.<sup>137</sup> Er empfahl Vogt, sich dort umzusehen.<sup>138</sup> Huegel nannte Vogt weitere Liechtenstein-Dienststellen von SS und Auswärtigem Amt.<sup>139</sup> Aufgrund von Erdmannsdorffs Empfehlung und der Einschaltung Huegels wurde Vogt zu einer Reihe von Besprechungen im Deutschen Reich beigezogen. Diese dauerten bis 1943 und galten der VDBL, damit immer auch der jeweiligen deutschen Haltung zu Liechtenstein.<sup>140</sup> Alois Vogt konnte sich nun, im Zuge von Folgekontakten der ersten Vorstösse 1940/41, einigermaßen über den Umfang volksdeutscher Aktivitäten orientieren. Letztere präsentierten sich aggressiver, aber auch uneinheitlicher als zu LHD-Zeiten. Bezeichnenderweise hatte der VDA, die zentrale Adresse für den LHD und den rechten VU-Flügel, nach 1937 an Bedeutung verloren. Dies wurde Vogt anscheinend erst im Jahre 1941 deutlich, als er auf Hinweis Huegels beim VDA in Berlin vorsprach.<sup>141</sup>

Alois Vogt gab nach dem Krieg an, dass er bei seinen Kontakten zu «ungewöhnlichen Mitteln»<sup>142</sup> griff, für Informationsgewinne einen Gesetzesverstoss in Kauf genommen hätte.<sup>143</sup> Vogt wies auch darauf hin, dass Liechtenstein über keine eigenen Nachrichtendienste verfügte. Die Kontaktdiplomatie beinhaltete, zumal für Vogt, auch dieses Element.<sup>144</sup>

Der Regierungschef-Stellvertreter bewegte sich gegenüber reichsdeutschen Adressaten von Anfang an in einer Grauzone. Das liechtensteinische «Spitzelgesetz» von 1937 sanktionierte politische Nachrichtenübermittlung auf liechtensteinischem Gebiet, sofern sie zugunsten einer fremden Macht und zum möglichen Schaden des Landes erfolgte.<sup>145</sup> Das Gesetz traf keine Unterscheidung zwischen Informationsweitergabe im vertraulichen Behördenverkehr und der beauftragten Informationsbeschaffung für ausländische Interessenten. Die meisten Stellen, an welche Vogt gelangte, waren dienstlich mit Nachrichtenbeschaffung zu Personen und Institutionen im In- und Ausland befasst. Bekannterweise galt dies für die Gestapo und Stellen der SS; aber auch das Auswärtige Amt, namentlich die Deutschlandabteilung unter Luther, war in den

Nachrichtenverkehr einbezogen. Für den laufenden Kontakt mit dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) war in Luthers Abteilung eine eigene Gruppe D II zuständig. Bereits 1938 wurden Lageberichte aus dem Raum Schweiz/Liechtenstein auch unter militärischen Aspekten beurteilt.<sup>146</sup> Vogt unternahm seine Kontaktvorstösse gerade in der Erwartung vertraulicher Informationszugänge und funktionierender Meldungslinien. Seine Nachfrage beim SD-Mann Peter im Vorfeld des Märzputsches 1939 machte erst unter dieser Voraussetzung Sinn.<sup>147</sup>

Auch die deutsche Gegenseite suchte, Auskünfte zu Vorgängen in Liechtenstein oder der Schweiz einzuholen. Die Gestapostellen in Vorarlberg protokollierten Dienstbesprechungen mit dem Regierungschef-Stellvertreter routinemässig und meldeten sie unter einer internen Verwaltungsnummer weiter.<sup>148</sup> Vogt scheint seinerseits Besprechungs-



Vogts Verbindungsmann für den Aufbau der liechtensteinischen Firma Hilti Maschinenbau: SD-Offizier Karl Wilhelm Busemann. Aufnahme um 1942

137) PAAV/639 Rede Alois Vogt, 15. Juli 1945, S. 8.

138) BAB Bupo-Vernehmung Alois Vogt 1946, S. 14 f.

139) Ebenda, S. 15.

140) Siehe S. 87–90.

141) BAB Bupo-Vernehmung Alois Vogt 1946, S. 12, 15.

142) BAB E 4320 (B) 1990/133 Bd. 52, 8. Juli 1946: Vogt an Dr. Alfred Zehnder (EPD).

143) BAB E 2001 (E) 1969/262 Bd. 40, 2. Dezember 1946: Vogt an Bundesrat Petitpierre (EPD); BAB E 4320 (B) 1990/133 Bd. 52, 6. April 1946: Aktennotiz Inspektor Benz (EJPD/Bupo).

144) BAB E 4320 (B) 1990/133 Bd. 52, 8. Juli 1946: Vogt an Dr. Alfred Zehnder (EPD).

145) LGBL 3/1937: Gesetz betreffend den Schutz der Sicherheit des Landes und seiner Bewohner.

146) Peter Geiger: Liechtenstein im Jahre 1938. In: JBL 88 (1990) S. 16.

147) Siehe S. 66.

148) Alois Vogt wurde diese «Decknummer» nach 1945 als Beleg für prodeutschen Nachrichtendienst vorgehalten. Vogt meinte, dass die Verwendung seiner Besprechungen Sache der Gestapo war, Geheimwissen habe er nicht preisgegeben (LLA LTP 6. September 1946 «Erhebungsbericht über Alois Vogt», S. 2). Andere Quellen besagen, dass Gestapo-Chef Kriener oftmals Belangloses weitergab (LLA RF 230/478, 23. Oktober 1945: Aussage von Gestapo-Mitarbeiter Emmerich Dünser; Interview mit Klaus Huegel, 1. Mai 1997) und dass «Decknummern» bei wiederholter Meldung einer als Auskunftsstelle geltenden Person intern eingeführt wurden (Aussage Emmerich Dünser).



Gegen Ende des Krieges:  
Alois Vogt (links) und der  
fürstliche Kabinetts-  
sekretär Dr. Rupert Ritter  
(rechts) auf Schloss Vaduz

mit Auskunftsangeboten verbunden zu haben.<sup>149</sup> Hierbei nahm er die nachrichtendienstliche Verwendbarkeit seiner Vorstösse – und damit einen Gesetzesbruch – in Kauf beziehungsweise setzte sie nach Kriegsbeginn zur Herstellung vertraulicher Sonderlinien ein.<sup>150</sup> Für deren Aufrechterhaltung blieben gegenseitige Nutzenerwägungen bestimmend. Vogts Entgegenkommen bemass sich hierbei an Gesprächspartnern und Besprechungsgegenständen. Gegenüber den SD- und Gestapo-Beamten in Innsbruck verhielt sich Vogt nach eigener Angabe reserviert, die Stellen im Gau Tirol schienen ihm in den Putschversuch 1939 involviert,<sup>151</sup> laut einem VOMI-Dokument vom Sommer 1942 war der SD Innsbruck Verbindungsstelle für die VDBL.<sup>152</sup> Andererseits liess sich Vogt auf einen Informationsaustausch mit dem Abwehr-Hauptmann Süss ein. Liechtenstein-Meldungen, die ihm dieser vorlegte, habe er berichtigt oder in ihrer Wichtigkeit heruntergespielt.<sup>153</sup> Vogt legitimierte Grenzausweise für Vertreter des SD Stuttgart, namentlich für Huegel und den Wirtschaftsreferenten Busemann. Der SD-Angehörige Karl Wilhelm Busemann wurde 1940 Vogts deutscher Verbindungsmann für den Aufbau der liechtensteinischen Firma Hilti Maschinenbau. In der VDBL-Frage stützte Huegel die Interventionen Vogts. Andererseits wurde der Vizeregierungschef von Huegel und dessen Vorgesetztem im RSHA, Eugen Steimle<sup>154</sup>, um Mithilfe bei nachrichtendienstlichen Aktivitäten angegangen.<sup>155</sup>

#### **ABSTIMMUNG VON VOGTS VERBINDUNGEN MIT REGIERUNGSCHEF HOOP UND FÜRST FRANZ JOSEF II.?**

Regierungschef-Stellvertreter Alois Vogt baute seine deutschen Verbindungen im Laufe des Jahres 1939 und verstärkt ab 1940 aus. Dies erfolgte nachdem es zwischen ihm und Regierungschef Hoop zu einer engeren Zusammenarbeit gegenüber deutschen Stellen gekommen war.<sup>156</sup> Während der Putschbereinigung 1939 stimmten Vogt und Hoop ihr Vorgehen mit deutschen Ansprechpartnern von Gestapo und VOMI ab. In die stille Abwicklung der

Putschfolgen war auch der Landesfürst einbezogen.<sup>157</sup> Vogt dürfte seine weiteren Kontakte im Reich mit Zutrauen des Regierungschefs und des Landesfürsten verfolgt haben. Für eine Missbilligung durch Hoop oder Fürst Franz Josef II. finden sich keine Hinweise. Vogts deutschvölkischer Parteihintergrund war Hoop bekannt, Besprechungen und Reisen des Vizeregierungschefs im Deutschen Reich wurden auch in Liechtenstein misstrauisch oder mit Anschlusservartungen verfolgt. Allerdings beanspruchten Hoop und Vogt ihre jeweiligen Kontaktleute «für sich». Vogts SD-Vertrauter Huegel erinnert, dass Vogt ihn nie mit Regierungschef Hoop zusammengebracht habe, sein «dezen-tes» Auftreten in Liechtenstein sei sehr wohl argwöhnisch vermerkt worden. Andererseits unterhielt Alois Vogt zu Hoops Mittelsmännern, etwa Konsul Sieger, keine vertrauliche Beziehung. Während Hoop und Vogt ihre freundliche Linie gegenüber Deutschland im Landtag gemeinsam vertraten, scheint sich Hoop nach 1941 aus den Kontakten im Reichsgebiet zurückzuziehen. Vogt blieb für Besprechungen verfügbar, nach Einschätzung Huegels wollte Regierungschef Hoop nicht mehr persönlich im Reich hervortreten, andererseits habe er Reisen nach Berlin aufgrund der Kriegseinwirkungen gescheut.<sup>158</sup> Die Reichshauptstadt wurde von den Alliierten stark bombardiert. Alois Vogt habe von einem Luftangriff 1944, bei Eintreffen seines Zuges nach Berlin, erzählt.<sup>159</sup>

Vogt setzte sich auch im Auftrag des Fürsten mehrmals mit Berlin in Verbindung,<sup>160</sup> zuletzt Ende 1944, um die Ausfuhr fürstlicher Kunstschatze zu erwirken.<sup>161</sup> Zu einer grösseren Verstimmung die auswärtigen Beziehungen betreffend kam es Ende 1944. Unmittelbarer Anlass war die eigenmächtige Errichtung einer liechtensteinischen Gesandtschaft in Bern durch Franz Josef II. Hierbei stellten sich die Gesamtregierung und der Landtag im Dezember 1944 gegen den Monarchen. Die Regierung legte ihre Argumente schriftlich nieder, sie befürchtete Komplikationen nicht zuletzt hinsichtlich «guter Beziehungen zu Deutschland».<sup>162</sup> Die Argumentation der Regierung deckte und bekräftigte nur fünf Monate vor Kriegsende die bisherige Linie gegen-

über dem Reich. Ein diplomatischer Verkehr mit Berlin über Gesandtschaften oder das EPD<sup>163</sup> wäre «als Mangel auch insofern zu werten, als der vielfach gepflogene Verkehr ein gewisses Vertrauensverhältnis geschaffen hat, das zur Erledigung der mannigfachen schwebenden Fragen sehr beigetragen hat.»<sup>164</sup>

149) Siehe S. 80–81.

150) Siehe S. 82–83.

151) BAB Bupo-Vernehmung Alois Vogt 1946, S. 24.

152) AA, PA Inland II g 409. 26. August 1942: Sichelschmidt (VOMI) an AA.

153) Laut Bupo-Bericht habe Süss über den Abwehr-Chef Admiral Wilhelm Canaris Verbindung mit Widerstandskreisen gehabt: BAB E 2001 (E) 1969/262 Bd. 40, 14. April 1947: Bupo-Bericht Inspektor Benz.

154) Eugen Steimle, geb. 1909, von September 1936 bis Februar 1943 Leiter des SD Stuttgart, danach Chef der Westeuropa-Gruppe des Auslands-SD im RSHA, ab Juni 1944 im Rang eines SS-Standartenführers (militär. Rang eines Oberst). Steimle unterbrach seine zivile SD-Tätigkeit zweimal für Kommandoübernahmen bei den berechtigten SD-Einsatzgruppen im Osten. Er wurde 1948 nach dem Einsatzgruppen-Prozess zum Tod verurteilt. Das Urteil wurde in eine 20-jährige Haftstrafe umgewandelt.

155) Siehe S. 99.

156) Siehe S. 67–68.

157) Siehe Anm. 105.

158) PAAV/524 Bupo-Vernehmung Klaus Huegel 1946, S. 6.

159) Mitteilung Rudolf Rheinberger, 1. September 1997.

160) BAB Bupo-Vernehmung Alois Vogt 1946, S. 12, 22: Alois Vogt erinnerte sich, vom Fürsten wiederholt zur Abklärung deutscher Liechtenstein-Einschätzungen aufgefordert worden zu sein. Im November 1942 korrigierte er eine Einschätzung des Fürsten als «deutschfeindlich» gegenüber Erdmannsdorff vom Auswärtigen Amt. Für einen inoffiziellen Fürstenbesuch im Juli 1943 klärte Vogt ebenfalls bei Erdmannsdorff ab (LLA O. S. Sammelakt NS. Dok. Nr. 192037/38, 192041. Dass. in AA, PA Büro des Staatssekretärs.)

161) Siehe Gustav Wilhelm: Der Weg der Liechtenstein-Galerie von Wien nach Vaduz. In: JBL 95 (1998) S. 23 f.; Peter Geiger: «Am Rande der Brandung». Kriegsende 1945 in Liechtenstein. In: JBL 95 (1998) S. 57.

162) LLA RF 227/228, 7. Dezember 1944: Regierungsmemorandum zur Frage der Gesandtschaftseinrichtung.

163) Auch gegenüber der Schweiz behielt man sich den von Hoop seit 1938 anvisierten Freiraum offen. Vgl. S. 62.

164) LLA RF 227/228.

# Kontaktnahmen Alois Vogts zur Zeit der deutschen Siege 1940 und 1941

Eine Dokumenten-Gruppe aus dem deutschen Dienstverkehr belegt mehrere Versuche des liechtensteinischen Vizeregierungschefs Alois Vogt, mit deutschen Stellen in Verbindung zu treten.<sup>165</sup> Die Quellen datieren aus dem Zeitraum September 1940 bis Mai 1941.<sup>166</sup> Sie können in einen chronologischen und inhaltlichen Zusammenhang gestellt werden.

Unter Beizug anderer zeitgenössischer Quellen und der Aussagen Vogts vor der schweizerischen Bundespolizei (Bupo) lassen sich bestimmende Momente der damaligen Geheimdiplomatie benennen. Sie erfolgte, als sich die VDBL verstärkt zu Wort meldete und die liechtensteinische Regierung Wirtschaftsverhandlungen in Bern führte; der für die Achsenmächte günstige Kriegsverlauf in Europa ist als Hintergrund merkbar. In einem der deutschen Dokumente werden die genannten drei Umstände angesprochen. Es handelt sich um das Gedächtnisprotokoll einer Unterredung Vogts mit einem EPD-Vertreter in Bern. Das Protokoll gelangte an Heinz Jost, den damaligen Leiter des Amtes VI, dem SD-Auslandsnachrichtendienst im RSHA Berlin. Von diesem Nachrichtenvorgang ausgehend können Vogts reichsdeutsche Verbindungen in den Jahren 1940/41 näher befragt werden.

## **ALOIS VOGTS KONTAKTVORSTÖSSE IN DEN DEUTSCHEN QUELLEN**

In den deutschen Berichten über die «Fühlungnahme» des Regierungschef-Stellvertreters Alois Vogt taucht der SD als erste Anlaufstelle auf. Im September 1940 meldet der Chef des RSHA, Reinhard Heydrich, dass Vogt «erneut» an eine seiner Dienststellen, den SD, herangetreten sei.<sup>167</sup> Heydrichs Mitteilung erfolgte im Zusammenhang mit einer vorgängig bekannt gewordenen «Auffassung liechtensteinischer Kreise über einen Zollanschluss Liechtensteins an das Reich».<sup>168</sup> Kurz darauf wird über einen Beauftragten Vogts, den Liechtensteiner SD-Verbindungsmann Peter Rheinberger, gemeldet, dass dieser für Verhandlungen «zwecks Einverleibung Liechtensteins ins Grossdeutsche

Reich» zur Verfügung stehe.<sup>169</sup> Rheinberger halte sich in Lindau auf. In Lindau befanden sich Aussenstellen der deutschen Geheimdienste von Wehrmacht und SS in München. Auch die dritte Benachrichtigung, vom 24. Oktober 1940, wurde vom SD unternommen. Der Leiter des SD-Auslandsnachrichtendienstes Heinz Jost übermittelte das Protokoll einer Besprechung Vogts in Bern an die Deutschlandabteilung im Aussenministerium.<sup>170</sup> Weitere Kontaktnahmen mit dem SD sind erst ein halbes Jahr später dokumentiert. Sie zielten explizit auf den Leitabschnitt München und sollen gleichfalls «die Frage der Eingliederung Liechtensteins in das Grossdeutsche Reich», aber auch «Schweizer Fragen» berührt haben.<sup>171</sup>

Untergeordnete Dienstebenen des SD waren die ersten Adressaten für die Vorstösse Vogts. Die Besprechungsangebote zielten aber nach Inhalt und Korrespondenzweg weiter. Sämtliche Schreiben aus 1940 und 1941 wurden dem Auswärtigen Amt zur Stellungnahme zugeleitet. Die dortige Deutschlandabteilung unter Martin Luther bearbeitete sie und entschied in Rücksprache mit Aussenminister Ribbentrop. Vogt beziehungsweise sein Beauftragter Rheinberger gingen den SD an, um für ihre Anfragen mit «zuständigen» oder «massgebenden» Stellen Kontakt zu nehmen. Letztere, namentlich die Deutschlandabteilung, machten sich erst gelegentlich der gemeldeten Vorstösse ein Bild ihres Gegenübers: Vogt könne «jetzt als nationalsoz. (bedingt) Teil der Regierung angesprochen werden»,<sup>172</sup> zur eigenen Orientierung wird angefügt: «Dr. Hoop ist Chef der Regierung (liberal)».<sup>173</sup> Vogt selbst hatte bis dahin kaum Verbindung mit dem Auswärtigen Amt unterhalten, Ribbentrop sah er erstmals anlässlich des Staatsbesuchs 1939 im Rahmen eines Dinners.<sup>174</sup>

In den Vorstössen der Jahre 1940/41 empfahl sich Vogt durch Einschätzungen der SD-Stellen. Alois Vogt – laut Notiz im Aussenministerium «Chef der Liechtensteinischen Regierung» – stehe «seit etwa einem Jahr [d. h. seit Frühjahr 1940, d. Verf.] mit dem SD in Verbindung, «dem er Nachrichten liefere».<sup>175</sup> Im Schreiben des SD-Führers Jost vom Oktober 1940 gilt Vogt als verdeckter VDBL-Mann,



dem man von deutscher Seite «Anweisungen» geben könne.<sup>176</sup> Gerade daran schien das Reichsausserministerium nicht interessiert, es reagierte auf die gemeldeten Vorstösse mit Zurückhaltung: Peter Rheinberger solle beruhigt werden, «Jeder Putsch könne sich sehr zu Ungunsten Liechtensteins auswirken.»<sup>177</sup> Zu den Fragen der liechtensteinisch-schweizerischen Beziehungen nehme man «Auf Anweisung des H. RAM», also Ribbentrops, «vorläufig», das heisst im Oktober 1940, keine Stellung<sup>178</sup> und auch im Mai 1941 solle «in der Sache selbst» – Anschlussfrage und Verhältnis zur Schweiz – «kurz getreten werden.»<sup>179</sup> Diese Position solle Vogt beziehungsweise Rheinberger wiederum vom SD vermittelt werden, an einer weiteren Nachrichtenverbindung mit Alois Vogt und einer diesbezüglichen Unterrichtung seiner Abteilungen war das Auswärtige Amt interessiert.<sup>180</sup>

## ZWIESPÄLTIGER EINDRUCK DER KONTAKT-DIPLOMATIE DER JAHRE 1940 UND 1941

Alois Vogt äusserte nach dem Krieg gegenüber der schweizerischen Bupo, dass er seit Herbst 1940 über mehrere Monate versuchte, «herauszubringen, wo die liechtensteinische Opposition, die Volksdeutsche Bewegung, in Deutschland ihre Stützpunkte habe», um der VDBL dort entgegenzutreten.<sup>181</sup> Als Adressaten seiner Vorstösse gab Vogt unter anderem den SD in München an. Hierbei habe ihm Peter Rheinberger geholfen.<sup>182</sup> Über Vermittlung eines Bekannten in Berlin sei schliesslich ein Treffen mit Erdmannsdorff im Auswärtigen Amt zustande gekommen.<sup>183</sup>

Vogts Angaben bestätigen den Zeitraum und decken sich teilweise mit den Inhalten der deutschen Korrespondenz. Beide Quellen bieten dennoch ein lückenhaftes und zwiespältiges Bild der damaligen Kontaktdiplomatie. Möglicherweise ging es Vogt darum, die Haltung der «massgebenden» Stelle zur VDBL, der liechtensteinischen Anschlussbewegung, einzuholen. Seine nächstliegenden Kontakte bestanden 1940 nicht zum Auswärtigen Amt, sondern zur VOMI und zu Vertretern des SD Stutt-

gart.<sup>184</sup> Auf Anfrage hatte bereits der SD-Mann Peter seinen Bekannten Alois Vogt zur Liechtenstein-Einstellung der Reichsführung orientiert. Dies erfolgte im Vorfeld des VDBL-Putschversuchs vom 24. März 1939.<sup>185</sup> Allerdings erscheint Vogt in den späteren deutschen Quellen exponierter, ja selbst, der VDBL-Linie folgend, zu Eingliederungsverhandlungen bereit. Sowohl die Erinnerung Vogts als auch die deutsche Wahrnehmung bleiben selektiv. Vogt erwähnte 1946 keine Besprechungsangebote zu Eingliederungs- oder «Schweizer Fragen».

165) LLA O. S. Sammelakt NS, Dok. Nr. 484850 – 484874. Dass. AA, PA Inland II g 409. Zur Bewertung in der Literatur siehe Krebs: Zwischen Fürst und Führer, S. 559 f.

166) Dok. Nr. 484874 enthält eine Handnotiz «betreffend Liechtenstein» vom 25. September 1941, ohne dass ein Zusammenhang mit den vorhergehenden Vorgängen deutlich würde.

167) LLA O. S. Sammelakt NS, Dok. Nr. 484850, 12. September 1940: Heydrich (SD) an Ribbentrop (AA).

168) Ebenda.

169) LLA O. S. Sammelakt NS, Dok. Nr. 484851, undat. Aktennotiz im Amt VI F (SD).

170) LLA O. S. Sammelakt NS, Dok. Nr. 484855 – 484865, 24. Oktober 1940: Jost (SD) an Luther (AA).

171) LLA O. S. Sammelakt NS, Dok. Nr. 484870 – 484874, Mai 1941.

172) Ebenda, Dok. Nr. 484852, undat. Handnotiz im AA, Abteilung Deutschland.

173) Ebenda.

174) PAAV/523 Zeugenaussage Alois Vogt, 18. Januar 1946, S. 10.

175) LLA O. S. Sammelakt NS, Dok. Nr. 484872 f., 14. Mai 1941: Handnotiz Neuwirth (AA). Tatsächlich hatte Alois Vogt mit Mitarbeitern des SD Stuttgart schon 1939 Bekanntschaft gemacht.

176) Ebenda Dok. Nr. 484855, 24. Oktober 1940.

177) Ebenda Dok. Nr. 484853, 9. Oktober 1940.

178) Ebenda Dok. Nr. 484855, 27. Oktober 1940: Handnotiz Luther (AA).

179) Ebenda Dok. Nr. 484870, 14. Mai 1941: Handnotiz Kieser (AA).

180) Ebenda Dok. Nr. 484866, 31. Oktober 1940: Picot (AA).

181) BAB Bupo-Vernehmung Alois Vogt 1946, S. 12 f.

182) Ebenda, S. 6 f.

183) Ebenda, S. 13.

184) Siehe S. 75.

185) Siehe S. 66.

Umgekehrt pflegten die SD-Meldungen eine optimistische, durch VOMI-Berichte 1938 und 1939 eingeführte Auffassung der liechtensteinischen Innenpolitik. Der Vizeregierungschef galt demnach als «Vertrauensmann», «Aussenposten»<sup>186</sup> und verdeckter Anschlusspolitiker, die VU als Haus der Umsturzbetreiber. Vogts Regierungsloyalität wäre in dieser Sicht nur vorgetäuscht gewesen.<sup>187</sup>

Lassen sich die je einseitigen Perspektiven der Beteiligten verbinden?

Alois Vogt kommt in den Besprechungsangeboten nur vermittelt zu Wort, auch die deutschen Interessen bleiben an wichtiger Stelle im Dunkeln. Zu einer Verständigung des zuständigen SD-Offiziers Bunsen im RSHA vermerkt der Korrespondent im Auswärtigen Amt, Picot: «Wir hätten an einem Putsch [in Liechtenstein, d. Verf.] nicht das geringste Interesse. Über die politischen Hintergründe habe ich Herrn Bunsen nicht orientiert.»<sup>188</sup>

## **DAS GEDÄCHTNISPROTOKOLL VOM 14. OKTOBER 1940 ALS NACHRICHTEN- VORGANG**

Zu Motiven und Absichten von Vogts Kontaktversuchen geben die Quellen keine direkten Aufschlüsse, allerdings können einige Begleitumstände und Hintergründe präzisiert werden. Als Schlüsseltext hierzu erweist sich das vom SD behändigte «Gedächtnisprotokoll» einer Besprechung Vogts im EPD in Bern vom 14. Oktober 1940.<sup>189</sup>

Alois Vogt besprach sich in Bern mit Legationsrat Dr. Peter Anton Feldscher zu einer von Liechtenstein gewünschten Gleichbehandlung liechtensteinischer Arbeitsuchender in der Schweiz. Wenig später, am 24. Oktober, verfügte der SD über eine «zusammengefasste Darstellung der über eine Stunde dauernden Besprechung».<sup>190</sup> Laut Heinz Jost, dem zuständigen SD-Führer, habe ein Verbindungsmann das Protokoll beschaffen können. Ohne auf dessen Inhalt näher einzugehen, wertet Jost den Nachrichtenvorgang als Gelegenheit, Vogt deutscherseits zu instruieren. Über die näheren Umstände der Protokollverfassung und -beschaf-

fung schweigen sich die Quellen aus, der von Jost erwähnte «VM» des SD bleibt anonym. Was spricht dafür, dass die Protokollzuspielung im Interesse und mit Wissen Alois Vogts erfolgte?<sup>191</sup>

Die Protokollbeschaffung für Jost fügt sich in die Reihe der deutscherseits registrierten Kontaktversuche Alois Vogts ein. In dem im September von Heydrich an Ribbentrop gemeldeten Herantreten Vogts an eine SD-Dienststelle firmiert die Nachrichtengruppe Westeuropa des SD als meldungszuständig.<sup>192</sup> Die Vorsprache Peter Rheinbergers und Josts Schreiben wurden ebenfalls in der Westeuropa-Gruppe behandelt. Auch im Protokolltext finden sich Entsprechungen zu den früheren und späteren SD-Berichten. Der EPD-Vertreter drängte gemäss Protokoll auf eine klare Loyalitätserklärung Liechtensteins gegenüber der Schweiz. Laut einer früheren SD-Meldung habe Vogts Beauftragter Rheinberger von einem bevorstehenden schweizerischen Ultimatum zu einem «wirtschaftlichen und politischen Anschluss» gesprochen.<sup>193</sup> Im Protokoll hegt Feldscher Zweifel an Liechtensteins aussenpolitischer Zuverlässigkeit. Er führt Umsturzgerüchte und Anschlussforderungen ins Treffen. Von Anschlussangeboten berichten auch die SD-Meldungen, Alois Vogt erscheint hier als deren inoffizieller Unterhändler; seiner Gesinnung nach ein VDBL-Mann.

Welche Personen und welche Wahrnehmungen bestimmten Vogts Meldungslinie zum SD?

Zu den SD-Führern in Berlin, dem damaligen Leiter der Westeuropa-Gruppe Bielstein und dessen Chef Heinz Jost, dürfte Vogt keine persönliche Verbindung gehabt haben. Allerdings kannte er Klaus Huegel. Zur Zeit der Kontaktvorstösse führte Huegel die schweizerisch-liechtensteinische Geheimdienstarbeit im SD Stuttgart und war Bielstein und Jost in Berlin unterstellt. Klaus Huegel teilte mit, dass er sich an den Nachrichtenvorgang im Oktober 1940 nicht erinnern könne,<sup>194</sup> er hätte sich damals in Stuttgart einarbeiten müssen. Diese Angaben sind mit Vorsicht aufzunehmen. Seiner Beauftragung nach war Huegel für die Auskundschaffung und Verbindungsaufnahme im Raum Schweiz/Liechtenstein eingesetzt. Mit Vertretern

der Erneuerungsbewegung und nationalkonservativen Kreisen in der Schweiz führte er im September und Oktober 1940 Besprechungen.<sup>195</sup> Im Herbst 1940, so Huegel, habe ihm Alois Vogt eine Grenzkarte nach Liechtenstein legitimiert.<sup>196</sup>

Der Zeitraum von Vogts Verbindungsaufnahmen kreuzte sich mit einer heissen Phase der deutschen Richtungseinstellung gegenüber der Schweiz und Liechtenstein. Heerführung und Nachrichtendienste schmiedeten Anschlusspläne.<sup>197</sup> Diese Dispositionen kannte Vogt nicht, als er sich den Deutschen näherte. SD-Ausland-Chef Jost befürwortete noch im April 1941 eine militärische Lösung. Anpassungssignale aus dem Raum Schweiz/Liechtenstein wurden auf seiner Dienststelle registriert und gelegentlich überzeichnet.<sup>198</sup>

Huegel gehörte zu jenen, die für eine deutsche Vormachtstellung arbeiteten und die dafür bei deutschnational geprägten Politikern wie Alois Vogt Entgegenkommen sahen.<sup>199</sup> Andererseits zählte sich Huegel einer Gruppe im SD zugehörig, die aufgrund genauer Stimmungskennntnis und schliesslich aus Eigeninteresse von einem militärischen Anschluss der kleinen Neutralen abriet.<sup>200</sup> Vogt fand in Huegel einen Verbindungsmann, dem er Vorbehalte zu völkischen Aufbau- und Anschlussplänen vermitteln konnte.<sup>201</sup> In den Kontaktaufnahmen von 1940 und 1941 schienen solche Vorbehalte keine Rolle zu spielen. Von Seiten des Regierungschef-Stellvertreters werden Unterredungsangebote gemeldet, die Protokollzuspielung an den SD relativiert die im Protokolltext verfolgte Anbindung an den schweizerischen Wirtschaftsraum. War gerade dieser abschwächende Eindruck von Vogt erwünscht? Zwei Umstände sprechen dafür: das analoge Auftreten gegenüber dem deutschen Reich und den schweizerischen Stellen sowie Vogts Reaktion auf die 1940 wiedererstarkte VDBL. In Bern diente Vogt die Befürchtung einer Deutschorientierung Liechtensteins als Druckmittel für wirtschaftliche Zugeständnisse. Im Deutschen Reich wiederum wurden die Kontaktvorstösse zur Anschlussfrage mit Hinweisen auf schweizerische Forderungen an Liechtenstein verknüpft.

Die Stellung Alois Vogts zur VDBL und ihren Anschlussbestrebungen in den Jahren 1940 und 1941 ist im folgenden näher zu beleuchten.

186) LLA O. S. Sammelakt NS, Dok. Nr. 484852, undat. Handnotiz im AA.

187) Dieser Auffassung war SD-Führer Heinz Jost: «Dr. Vogt hat sich bisher absichtlich nicht zur volksdeutschen Bewegung bekannt. er geniesst dadurch das Vertrauen des Fürsten von Liechtenstein und auch der Schweizer Stellen.» Zit. nach LLA O. S. Sammelakt NS, Dok. Nr. 484855, 24. Oktober 1940.

188) LLA O. S. Sammelakt NS, Dok. Nr. 484853, 9. Oktober 1940: Picot (AA).

189) Siehe Anm. 170.

190) Ebenda.

191) Gerhard Krebs vertritt die Ansicht, dass Alois Vogt die SS mit dem Protokoll belieferte, ohne den Vorgang selbst näher zu untersuchen. Siehe Krebs: Zwischen Fürst und Führer, S. 559.

192) Das entsprechende Aktenkennzeichen ist «VI F» – eines der Westeuropa-Referate galt dem Raum Schweiz/Liechtenstein. Leiter war 1940 und 1941 der SS-Offizier Bunsen. Ab Sommer 1941 firmierte die gesamte Westeuropa-Gruppe unter «VI B».

193) LLA O. S. Sammelakt NS, Dok. Nr. 484851, siehe Anm. 169.

194) Interview mit Klaus Huegel, 1. Mai 1997.

195) Am 23. September 1940 in Wülflingen (CH), siehe Huegel-Bericht BAB E 27 11223. Im Oktober 1940 fand eine Besprechung mit Vertretern des AA und RSHA sowie schweizerischen Frontistenführern in München statt, siehe Werner Rings: Schweiz im Krieg 1933–1945, 8. erw. Aufl. Zürich 1990, S. 298–302. Kurzbeleg: Rings: Schweiz im Krieg.

196) PAAV/524 Bupo-Vernehmung Klaus Huegel 1946, S. 5 f.

197) BAB E 4320 (B) 1968/195 Bd. 79, Einvernahme Klaus Huegel 16. November 1945; Führer: Spionage gegen die Schweiz, S. 65–68.

198) Siehe Führer: Spionage gegen die Schweiz, S. 66, 68.

199) Interview mit Klaus Huegel, 1. Mai 1997.

200) Führer: Spionage gegen die Schweiz, S. 68; Interview mit Klaus Huegel, 1. Mai 1997: Einen Bericht, wonach mit einer nennenswerten nationalsozialistischen Bewegung in der Schweiz nicht zu rechnen sei, sandte Huegel im Herbst 1940 nach Berlin.

201) Dies galt etwa für Vogts Ablehnung einer prodeutschen Presseagentur in Liechtenstein 1939 oder der von Reichsstellen erwünschten Fusion von VU und VDBL. Alois Vogt habe Huegel ausserdem erklärt, dass er mit der SS keine Gesinnungsgemeinschaft habe; siehe PAAV/524 Bupo-Vernehmung Klaus Huegel 1946, S. 5; BAB Bupo-Vernehmung Alois Vogt 1947, S. 4.

## **DAS GEDÄCHTNISPROTOKOLL VOM 14. OKTOBER 1940 ALS POLITISCHES VERHANDLUNGSDOKUMENT: RÜCKSICHTEN AUF DAS DEUTSCHE REICH UND DIE VDBL**

Die Besprechung zwischen Alois Vogt und Peter Anton Feldscher vom 14. Oktober 1940 betraf unmittelbar «eine bessere fremdenpolizeiliche Behandlung der Liechtensteiner in der Schweiz und vor allem die Zusicherung freier Arbeitsannahme.»<sup>202</sup> Bei den Verhandlungen zur Öffnung des schweizerischen Arbeitsmarktes waren Regierungschef Hoop und sein Stellvertreter Alois Vogt federführend.<sup>203</sup> Die Besprechung mit Feldscher war auf Vogts Ersuchen hin erfolgt. Eine verstärkte Integration Liechtensteins in den schweizerischen Wirtschaftsraum hatte politisches Gewicht. Die Koalitionsregierung von 1938 war auch unter dem Vorzeichen einer Beibehaltung der schweizerischen Zollunion angetreten. Im Herbst 1940 sahen beide Seiten in einer wirtschaftlichen Annäherung den Hebel, deutschorientierten Anschlussforderungen in Liechtenstein die Grundlage zu entziehen. Feldscher argumentierte, indem er diesen Zusammenhang umkehrte. Er konfrontierte Vogt wiederholt mit Zweifeln an der liechtensteinischen Vertragsloyalität, Feldscher führte jüngste nationalsozialistische Umtriebe und «Anschlusspropaganda» in Liechtenstein an.<sup>204</sup> In der Schweiz wäre, so der EPD-Vertreter, einiges Misstrauen zu beseitigen. Als politische Vorleistung für einen Vertragsabschluss insistierte Feldscher gegenüber Vogt auf einer «baldigen und klaren Loyalitätserklärung» von Regierung und Bevölkerung Liechtensteins.<sup>205</sup> Vogt taktierte, seinerseits auf schweizerisches Entgegenkommen bedacht. Feldschers Besorgnissen entgegnete er beschwichtigend, die liechtensteinische Regierung sehe «keinerlei Anlass zu irgendwelcher Nervosität».<sup>206</sup> Indirekt nährte er gleichwohl Feldschers Bedenken: «Es wird» – so Vogt – «wesentlich von der Haltung [der Schweiz, d. Verf.] abhängen, wie sich die Dinge entwickeln».<sup>207</sup> In der Verhandlungsführung setzte Alois Vogt am richtigen Punkt an. Dies wird aus einer Notiz Feld-

schers einen Monat nach dem Treffen mit Vogt<sup>208</sup> und aus einem späteren Bundesratsprotokoll<sup>209</sup> deutlich. Alle Departementsvertreter, insbesondere das Eidgenössische Militärdepartement (EMD), empfahlen ein Eingehen auf die liechtensteinischen Wünsche, um «alles zu vermeiden, was Liechtenstein in die Arme Deutschlands treiben könnte.»<sup>210</sup>

In der Besprechung vom 14. Oktober argwöhnte Feldscher, dass «hinter der Deutsch-Völkischen Bewegung» in Liechtenstein «deutsche Propaganda» stehe. Möglicherweise erfolge eine Stützung der VDBL nicht durch die Behörden, sondern durch mächtige Kreise im Reich.<sup>211</sup> Vogt beschwichtigte, sprach vom korrekten Verhalten der deutschen Behörden. Auch auf die von Feldscher angesprochenen Kreise in Deutschland werde er «sein persönliches Augenmerk» lenken.<sup>212</sup>

Im Besprechungsprotokoll belassen es Vogt und Feldscher in der Frage einer reichsdeutschen Rückendeckung der VDBL bei Andeutungen. Andere Quellen der Jahre 1940 und 1941 weisen darauf hin, dass Liechtensteins Regierung, namentlich Alois Vogt, sehr wohl «Anlass zur Nervosität» hatten.

Zur Zeit der deutschen Eroberungen setzte die Regierung Hoop deutliche Anpassungssignale.<sup>213</sup> Feldscher meinte später, Regierungschef Hoop und sein Stellvertreter Vogt hätten in den Jahren 1940 und 1941 «wohl mit dem deutschen Einmarsch in das Fürstentum und die Schweiz gerechnet und versucht, sich mit den deutschen Behörden möglichst gut zu stellen.»<sup>214</sup> Hoop bezog in die aussenpolitische Rücksichtnahme auch allfällige Massnahmen gegen die VDBL ein. Am 10. Oktober 1940 gab er im Landtag zu bedenken: «... wenn in Liechtenstein eine Bewegung unterdrückt würde, die ein enges Verhältnis zu Deutschland herbeizuführen beabsichtigt, so könnte das katastrophale Folgen haben.»<sup>215</sup>

Alois Vogt war von der VDBL persönlich herausgefordert, dieser Hintergrund der Besprechung vom 14. Oktober 1940 erhellt aus zeitgenössischen VDBL-Dokumenten.<sup>216</sup>

Nach ihrem Rückschlag infolge des gescheiterten Märzputsches 1939 wurde die VDBL im Juni

1940 reorganisiert. In ihrer Führung standen junge Akademiker, ihre Anhängerschaft wuchs, die nationalsozialistische Propaganda konnte deutsche Kriegserfolge ausbeuten. Basis der VDBL-Politik blieb nach Auffassung von Landesleiter Dr. Alfons Goop «das rassistisch und blutmässig, von Natur aus deutsche Völklein Liechtensteins.»<sup>217</sup> Der Wirtschaftsanschluss an das Deutsche Reich war in den VDBL-Statuten festgehalten, das Endziel des Totalanschlusses behielt man im Auge.<sup>218</sup> Landesleiter Goop versuchte wiederholt Alois Vogt, den er als «entschieden deutschfreundlich» einschätzte,<sup>219</sup> für die Sache der VDBL zu gewinnen. Diesbezügliche Gespräche mit Vogt führte Goop im Juli und August 1940. Die Versuche, über den Partei- und Regierungsmann Vogt zu einer völkischen Allianz von VU und VDBL zu kommen, dauerten letztlich bis ins Jahr 1943. Im Sommer 1940 machte Alois Vogt auf VDBL-Leiter Goop einen unentschlossenen und reservierten Eindruck. Von der «Notwendigkeit einer Erneuerung des Volkstumsgedankens» habe er Vogt nicht überzeugen können.<sup>220</sup>

Interessant ist Vogts Entgegnung zur Forderung eines Wirtschaftsanschlusses an das Deutsche Reich. Hier ging der Regierungschef-Stellvertreter auf die VDBL-Position ein und bezeichnete zwei Voraussetzungen. Die beste Lösung war gemäss Alois Vogt «wenn sich der Fürst auffaffen könnte, die Sache [den Wirtschaftsanschluss, d. Verf.] zu bereinigen.» Zweitens wies Vogt auf eigene Sondierungen hin, die er in Berlin vornehmen wolle. Abzuklären wäre, «ob das Deutsche Reich auf einen Wirtschaftsvertrag mit Liechtenstein eingeht oder nicht.»<sup>221</sup> Die Stellungnahme des Regierungschef-Stellvertreters erfolgte am 20. August 1940. Nur wenig später, am 12. September 1940, meldete der RSHA-Chef Heydrich einen erneuten Vorstoss Alois Vogts. Dieser galt, wie erwähnt, nicht dem SD selber, sondern über ihn einer «zuständigen Reichsstelle in Berlin». Heydrich nahm im Anschluss daran Bezug auf «die Auffassung liechtensteinischer Kreise über einen Zollanschluss Liechtensteins an das Reich». War damit die VDBL gemeint? Sie war die organisierte Verfechterin des Anschlussgedankens und seit 1938 reichsdeut-

schen Stellen bekannt. Goop sandte seine Berichte zur Anschlussfrage und zur Haltung Alois Vogts ebenfalls ins Reich.<sup>222</sup>

Kreuzten sich im September 1940 die Wege Vogts und der VDBL?

In der Wahrnehmung der deutschen Stellen beim SD gingen sie konform, Vogt erschien als Promotor des von Landesleiter Goop erstrebten An-

---

202) Zitat Feldscher in LLA O. S. Sammelakt NS, Dok. Nr. 484855 – 484865, S. 2. Im folgenden mit Seitenangaben zitiert als «LLA Gedächtnisprotokoll 1940».

203) Verhandlungsdokumente finden sich in LLA RF 199/416. Ein auf den Zollvertrag gestütztes fremdenpolizeiliches Abkommen trat am 1. Februar 1941 in Kraft.

204) LLA Gedächtnisprotokoll 1940, S. 3 f.

205) Ebenda, S. 6.

206) Ebenda, S. 5.

207) Ebenda.

208) BAB E 2001 (E) 1969/262 Bd. 8, 19. November 1940: Notiz Feldscher.

209) BAB E 2001 (E) 1969/262 Bd. 1, 14. Januar 1941: Sitzungsprotokoll des schweizerischen Bundesrates.

210) Ebenda.

211) LLA Gedächtnisprotokoll 1940, S. 7.

212) Ebenda.

213) Zu Beispielen hierfür siehe Krebs: Zwischen Fürst und Führer, S. 559: aufschlussreich sind auch die Landtagsvoten von Dr. Otto Schaedler (VU) und Regierungschef Hoop (FBP), wiedergegeben in LLA LTP 10. Oktober 1940.

214) BAB E 2001 (E) 1969/262 Bd. 40, 16. September 1947: Feldscher an EPD.

215) LLA LTP 10. Oktober 1940: Votum Regierungschef Hoop.

216) LLA O. S. Sammelakt NS, Berichte und Korrespondenz von VDBL-Landesleiter Dr. Alfons Goop, Schulungsblätter der VDBL 1940 und 1941.

217) LLA O. S. Sammelakt NS, vermutlich April 1941: Goop (VDBL) an Dr. Hermann Walser (VDBL).

218) Ebenda, 23. August 1940: Goop (VDBL) an Dr. Puls, Berlin; 25. Februar 1941: Bericht VDBL-Landesleiter Goop.

219) Ebenda, 25. Februar 1941: Bericht VDBL-Landesleiter Goop.

220) Ebenda, 27. Juli 1940: Goop (VDBL) an Kriener (Gestapo).

221) Ebenda, 23. August 1940: Goop (VDBL) an Dr. Puls, Berlin.

222) LLA RF 232/484 Strafsache Dr. Alfons Goop; diesbezüglicher Bericht im Volksblatt vom 26. Oktober 1946.

schluss. Diesem Eindruck steht Vogts Auftreten in Liechtenstein entgegen. Tatsächlich ging Vogt auf die von der VDBL angebotene Mitarbeit nicht ein, weder 1939 noch in den folgenden Jahren des Krieges. Über den Inhalt seiner Privatunterredung mit Goop vom Juli 1940 orientierte Alois Vogt Regierungschef Hoop.<sup>223</sup> Goop versuchte seinerseits, den VU-Politiker im Reich als massgeblichen Vertreter einer «nationalen Richtung» in Frage zu stellen.<sup>224</sup> Dies könnte Vogt erfahren haben, etwa durch Klaus Huegel, der sowohl Landesleiter Goop wie auch dessen Kontaktperson von der Feldkircher Gestapo, Karl Kriener, kannte.

Währenddem in Liechtenstein behördliche Abwehrmassnahmen gegen die VDBL getroffen wurden, schien Vogt im Reich selbst als Anschlussbefürworter zu gelten. Dafür gab es Gründe: Bei seinen Kontaktversuchen bewegte sich Alois Vogt in jenem deutschvölkischen Bekanntenkreis, den er einst selbst, als LHD-Politiker, mitinitiierte. Sein Verbindungsmann Peter Rheinberger war 1938 kurzzeitig VDBL-Mitglied gewesen, die Stuttgarter SD-Leute Peter und Huegel hatten ihrerseits persönliche Bekanntschaft mit VU- und VDBL-Vertretern. Vogt gab nach Kriegsende an, dass er zur Herstellung von Verbindungen im Reich sein deutschvölkisches Image einsetzte. Bei der VOMI und der Deutschlandabteilung, die ihm von Klaus Huegel als VDBL-Stützen bezeichnet wurden, habe er sich als «Nationalsozialist» einführen lassen.<sup>225</sup>

Alois Vogts spätere Angaben bieten einen Erklärungsansatz für den Eindruck, den seine gewagten «Fühlungnahmen» beim SD hinterliessen: Vogt als reichsdeutscher Vertrauensmann. Indem Vogt diese Rolle bestätigte, so das innenpolitisch motivierte Kalkül, überbot er die VDBL, die sich als einzige Trägerin des völkischen Gedankens sah und den VU-Politiker im Reich zu denunzieren suchte.<sup>226</sup> Vogt schickte sich 1940 an, der erste Ansprechpartner zu einer liechtensteinbezogenen Volkstumsarbeit im Reich zu werden. Und er tat dies mit dem grösstmöglichen «Spieleinsatz», zu welchem deutsche Reaktionen erwartbar waren: die staatliche Zukunft Liechtensteins. Die vom Auswärtigen Amt an die SD-Stellen übermittelten

Rückmeldungen bestätigten eine nichtinterventionistische Haltung zu Liechtenstein. Dies war eine der Auskünfte, um derentwillen Vogt nach eigenen Angaben seine gewagten Vorstösse unternahm. Das Desinteresse der Reichsführung an Putsch oder politischer Neuorientierung im Fürstentum stärkte Vogts Position gegenüber der VDBL. Zugleich bewahrte es den taktierenden Landespolitiker davor, sich für oder gegen die Eigenstaatlichkeit aussprechen zu müssen.

## Im Vorfeld und Nachgang zur Besprechung von Friedrichs- hafen am 13. und 14. März 1943

Im Kriegsjahr 1943 besprachen sich im Kurhotel Friedrichshafen am Bodensee führende Vertreter der VDBL und der VU. Dies war nach Teilnehmern und Ziel der Besprechung ein erstaunlicher Vorgang. Mitglieder einer liechtensteinischen Regierungspartei und die Führer der nationalsozialistischen Opposition verhandelten unter der Regie der VOMI, auf deutschem Boden, zu Fragen einer möglichen Zusammenarbeit in Liechtenstein.

Das Verhältnis der zwei Gruppierungen war seit der Bildung der VDBL im März 1938 keine bloss innenpolitische Angelegenheit. Die VDBL verfolgte den Anschluss an das Reich und erhoffte sich dort Stützung bei massgeblichen Stellen. Auch der VU-Mann und Regierungschef-Stellvertreter Alois Vogt suchte seit 1940 Verbindung mit Instanzen im Deutschen Reich, die für den Fortbestand eines souveränen Liechtenstein bestimmend waren. Infolge von Vorsprachen in Berlin und durch Vermittlung seines SD-Verbindungsmannes Klaus Huegel kam Vogt schliesslich mit Zuständigen für die nationalsozialistische Volkstumspolitik in Kontakt. Bei ihnen bestand Interesse an einer deutschvölkischen Zukunft Liechtensteins, über Zeitplan und Ausgestaltung waren sich die jeweiligen Funktionäre im Aussenministerium und den SS-Ämtern uneinig. Die Besprechung von Friedrichshafen markierte diesbezüglich einen Abschluss und eine Weichenstellung. Laut deutscher Quelle war die «Führung der Volkstumspolitik gegenüber Liechtenstein»<sup>227</sup> im Vorfeld von Friedrichshafen endlich geklärt. Eine von VOMI und VDBL erwünschte Zusammenarbeit mit der VU konnte aber nur in Vorschlägen umrissen werden. Als entscheidende Konsequenz der Besprechung sollte sich die Betrauung Klaus Huegels mit der weiteren Umsetzung jener Kooperationsvorschläge erweisen. Damit scheint, entgegen ihren früheren Ambitionen, der Rückzug der VOMI und anderer SS-Stellen aus einer eigenen «Liechtenstein-Politik» im März 1943 eingeleitet.

Deutsche Quellen datieren die Vorgeschichte der Friedrichshafener Besprechung ins Frühjahr 1942. Zeitgenössische Dokumente aus Liechtenstein und

die Aussagen Alois Vogts gegenüber schweizerischen Vernehmungsbehörden gestatten eine erweiterte Chronik des Treffens.

### **KONTAKTVORSTÖSSE ALOIS VOGTS IN DEN JAHREN 1940 UND 1941: VORSPRACHEN IM AUSWÄRTIGEN AMT UND BEI DER VOLKSDEUTSCHEN MITTELSTELLE (VOMI)**

Alois Vogt gab nach dem Krieg an, dass Beunruhigung über die Stellung des Reichs zur Anschlussbewegung VDBL das entscheidende Motiv seiner gewagten Kontaktversuche ab Spätsommer 1940 war. Aus liechtensteinischen Quellen ergeht, dass die Landesleitung der VDBL Vogt für einen gemeinsamen deutschorientierten Kurs zu gewinnen suchte. Das Vorhaben einer völkischen Allianz mit der VU, den die Friedrichshafener Besprechung reichsdeutsch abdecken sollte, wurde seit 1940 von der VDBL verfolgt. Vogt ging darauf nicht ein,<sup>228</sup> im Reich suchte er nach eigener Aussage Auskunft über die Einstellung zur VDBL und, gemäss deutschen Quellen, Verbindung mit zuständigen Stellen in der Anschlussfrage.<sup>229</sup> Im überlieferten Dienstverkehr reagierten die Deutschlandabteilung und durch sie der Reichsaussenminister mit Zurückhaltung auf Eingliederungswünsche, die in SD-Meldungen Alois Vogt zugeschrieben wurden. Vogt

223) Ebenda.

224) LLA O. S. Sammelakt NS, 27. Juli 1940: Goop (VDBL) an Kriener (Gestapo).

225) BAB Bupo-Vernehmung Alois Vogt 1947, S. 4.

226) LLA O. S. Sammelakt NS, 27. Juli 1940: Goop (VDBL) an Kriener (Gestapo).

227) AA, PA Inland II g 409, 19. März 1943: Besprechungsprotokoll Sichelschmidt (VOMI).

228) LLA O. S. Sammelakt NS, 25. Februar 1941: Bericht VDBL-Landesleiter Goop.

229) BAB Bupo-Vernehmung Alois Vogt 1946, S. 12 f.; LLA O. S. Sammelakt NS, Dok. Nr. 484850 – 484874. Dass. AA, PA Inland II g 409.

selbst erklärte, dass nach mehrmonatigen vergeblichen Kontaktversuchen ein erstes Treffen mit Otto von Erdmannsdorff im Auswärtigen Amt zustande kam.<sup>230</sup> In einem zweiten Treffen, vermutlich ebenfalls 1941,<sup>231</sup> vermittelte Erdmannsdorff eine wohlwollende Haltung der Reichsführung zu Liechtensteins Fortbestand in der schweizerischen Nachbarschaft. Allerdings habe der deutsche Offizial Vogts Vermutungen bezüglich einer auswärtigen Unterstützung der VDBL bestätigt. Erdmannsdorff verwies auf «SS-Kreise», welche seine Amtsstelle in der Liechtenstein-Frage kritisierten und empfahl Vogt, dort zu intervenieren.<sup>232</sup>

Alois Vogt wurden schliesslich von seinem SD-Vertrauten Klaus Huegel die fraglichen SS-Stellen bezeichnet. Vogt erinnerte sich an eine erste Vorsprache bei der VOMI, namentlich dem für die Schweiz und Liechtenstein zuständigen SS-Führer Dr. Hans Sichelschmidt, im Jahre 1941.<sup>233</sup> Die Aussagen Alois Vogts sind auch hier die einzige vorliegende Quelle; nach Zeitpunkt und Inhalt erscheinen sie plausibel. Vogt wies den VOMI-Vertreter darauf hin, dass gerade aus Sicht seiner Stelle eine Stützung der VDBL ungünstig sei. In der grundsätzlich deutschfreundlich eingestellten Bevölkerung Liechtensteins wirkten die «nach deutschem Muster angewandten Methoden» der VDBL eher abschreckend.<sup>234</sup>

Gemäss Erinnerung Vogts habe die VOMI aber unverdrossen an einer Verbindung zur Anschlussbewegung festgehalten. Tatsächlich scheint die VOMI ihre Wunschvorstellung eines nationalsozialistischen Liechtenstein erst im Zuge der Friedrichshafner Besprechung korrigiert zu haben.

### **KOOPERATIONSPLÄNE VU – VDBL: DEUTSCHE DIVERGENZEN UND ALOIS VOGTS LAVIEREN**

Gemäss zweier unabhängiger Quellen wurde ein politisches Zusammengehen von VU und VDBL mindestens seit Frühjahr 1942 gezielter verfolgt.<sup>235</sup> Der deutsche Dienstverkehr belegt, dass hierbei im Laufe des Sommers und im Herbst 1942 wenig-

tens dreimal unterschiedliche Positionen eingenommen wurden:

Im August 1942 berichtete der VOMI-Zuständige Sichelschmidt von «Verhandlungen über die Zusammenlegung der Volkdeutschen Bewegung und der Vaterländischen Union in Liechtenstein». Diese seien auf gutem Wege, «ausserpolitische Schwierigkeiten» gebe es nicht, der SD Innsbruck solle die Vorverhandlungen mit VU und VDBL soweit führen, dass deren Abschluss unter Leitung der VOMI «auf jeden Fall ein positives Resultat» ergebe.<sup>236</sup> In einer dem VOMI-Schreiben beigelegten Handnotiz schränkt ein Volkstumsreferent im Auswärtigen Amt die Zuversicht Sichelschmidts ein: Helmut Triska von der Deutschlandabteilung (Referat D VIII) hielt eine Besprechung im Amt fest, bei der Alois Vogt, Dr. Sichelschmidt von der VOMI, der SD-Mann Klaus Huegel und Legationsrat Franz Rademacher, ebenfalls von der Deutschlandabteilung, anwesend waren. In diesem Treffen vom 8. September 1942, also kurz nach der optimistischen VOMI-Meldung, wurde ein «Zusammenschluss» der VU mit der VDBL abgelehnt. Allerdings solle ein «gegenseitig abgestimmtes Vorgehen bei akuten Anlässen» in einer weiteren Besprechung abgeklärt werden.<sup>237</sup> Zwei Monate später habe sich Vogt entgegen der Abmachung in Berlin mit einem Vertreter des RSHA in Liechtenstein auf «ein Abkommen über eine Vereinbarung» zwischen der VU und der VDBL eingelassen. Dies berichtete Rademacher von der Deutschlandabteilung, bei dem Alois Vogt persönlich vorsprach.<sup>238</sup> Der liechtensteinische Regierungschef-Stellvertreter bestätigte die Meldung und rechtfertigte sich gegenüber Rademacher: «Vogt gab zu verstehen, dass er den Mann [vom RSHA, d. Verf.] habe loswerden wollen. Er habe die Vereinbarung aber so abgefasst, dass sie ihn praktisch nicht binde.»<sup>239</sup>

Das deutsche Besprechungsprotokoll des Friedrichshafner Treffens bestätigt das angesprochene Lavieren Vogts in völkischen Fragen. Auch dort erweist sich der liechtensteinische Regierungsmann als rhetorisch entgegenkommend, in der Konkretisierung einer VDBL-Zusammenarbeit aber praktisch unverbindlich.<sup>240</sup>



Vogts schwankendem Verhalten korrespondierenden Uneinheitlichkeit und Undurchsichtigkeit der reichsdeutschen Volkstumspolitik. Allein in der VDBL-Frage waren mindestens zwei Abteilungen des Auswärtigen Amtes, davon drei Referate der Deutschlandabteilung, involviert. Seitens der SS scheint die VOMI Hauptakteurin zu sein, im Dienstverkehr tauchen weitere Ämter auf: das RSHA mit den Gliederungen SD Ausland, SD Inland und Gestapo sowie das SS-Hauptamt. Dort war die Gruppe D I der «Germanischen Leitstelle» für den Raum Schweiz/Liechtenstein, insbesondere für illegal ins Reich Ausreisende und Waffen-SS-Freiwillige, zuständig.<sup>241</sup> Vogt war durch Huegel über ein Segment dieses Beteiligtenkreises informiert.<sup>242</sup> Konkret gelangte er 1942 an mehrere Instanzen, unter denen die Zuständigkeit für Volkstumsfragen fortlaufend ausgehandelt wurde; die jeweils höchsten Amtsspitzen blieben im Hintergrund.<sup>243</sup>

Der Umstand, dass sich Dienststellen aufgrund unklarer Führungsstellung in der «grossgermanischen Arbeit»<sup>244</sup> konkurrenzieren, wird durch Vogts Aussagen 1946 bestätigt.<sup>245</sup> Seine Vernehmung durch die Bupo ergab sowohl chronologisch wie inhaltlich Entsprechungen mit den deutschen Akten, ohne dass die Schweizer Behörden diese Vogt gegenüber vorgebracht hätten:

Laut den deutschen Quellen rückten die beteiligten Stellen in Berlin zwischen dem 26. August und dem 8. September 1942 von der Einschätzung der VOMI ab, wonach die Fusion von VDBL und VU aussenpolitisch unbedenklich und abschlussreif erschien. 1946 erinnerte Alois Vogt eine erste Vorsprache in der Deutschlandabteilung des Auswärtigen Amtes im Sommer 1942.<sup>246</sup> Aufgrund ihres Ablaufs und Inhalts könnte sie der Besprechung an nämlicher Stelle vom September 1942 vorausgegangen sein. Das Treffen sei durch Huegel vermittelt worden, Vogt war der Abteilung als «sehr deutschfreundlich» empfohlen.<sup>247</sup> Der empfangende Legationsrat habe in Anwesenheit von mehreren SS-Angehörigen Ausführungen zur deutschen Position gegenüber der Schweiz und Liechtenstein gemacht: «Die Schweiz werde schon eines schönen Tages eine Neuordnung Europas anerkennen müs-

230) BAB Bupo-Vernehmung Alois Vogt 1946, S. 13. Siehe auch S. 75, 76. Erdmannsdorff wurde Ende Juni 1941 vom Gesandtschaftsposten in Budapest abberufen und war ab September 1941 Dirigent der politischen Abteilung, eine höhere Sekretärs-, aber keine Entscheidungsposition.

231) Alois Vogts Zeiterinnerung gegenüber der Bupo ist eher grob, nach Jahreszeiten- und Monatsangaben sowie im Vergleich mit den deutschen Akten aber eingrenzbar.

232) BAB Bupo-Vernehmung Alois Vogt 1946, S. 14 f.

233) Ebenda, S. 15.

234) Ebenda.

235) AA, PA Inland II g 409, 19. März 1943: Besprechungsprotokoll Sichelschmidt, S. 1. PAAV/587, undat. (vermutlich 1943): «Gedächtnis-Protokoll über die Konferenz von Friedrichshafen», S. 1.

236) AA, PA Inland II g 409, 26. August 1942: Sichelschmidt (VOMI) an AA (Referat D VIII, Deutschtumsfragen).

237) AA, PA Inland II g 409, 9. September 1942: Handnotiz Triska (AA). Ebenfalls festgehalten in Inland II g 409, 4. Dezember 1942: Geiger (AA) an Müller (RSHA, Gestapo).

238) AA, PA Inland II g 409, 26. November 1942: Bericht Rademacher (AA). Zuvor war Vogt bei Erdmannsdorff gewesen, dem er sagte, dass er Gerüchte, wonach der Fürst deutschfeindliche Politik betriebe, bei Rademacher richtigstellen wolle, siehe AA, PA Büro des Staatssekretärs, 24. November 1942: Aufzeichnung Erdmannsdorff (AA).

239) AA, PA Inland II g 409, 26. November 1942: Bericht Rademacher (AA).

240) AA, PA Inland II g 409, 19. März 1943: Besprechungsprotokoll Sichelschmidt.

241) Siehe Führer: Spionage gegen die Schweiz, S. 72-74.

242) BAB Bupo-Vernehmung Alois Vogt 1946, S. 15.

243) In diesen Fällen Martin Luther (AA, Deutschlandabteilung), Werner Lorenz (VOMI) und Walter Schellenberg (SD Ausland) sowie deren Chefs in der Reichsführung: Joachim von Ribbentrop und Heinrich Himmler. Siehe auch Schaubild S. 70, 71.

244) Wortwahl Martin Luther aus AA, PA Inland II g 214, Mai 1942: Stellungnahme Luther (AA) zu Beschwerden der SS im Bereich der beidseitigen Volkstumspolitik.

245) Es war ein wesentliches Moment von Hitlers Machtausübung, keine klaren Kompetenzen zuzuweisen und sich die letzte Entscheidung vorzubehalten, dies galt auch für die «Rassen- und Volkstumspolitik»; aufschlussreich dokumentiert in AA, PA Inland II g 214: Volkstumsfragen 1938-1944.

246) BAB Bupo-Vernehmung Alois Vogt 1946, S. 16 f. Vogt erinnert keine Namen, er habe den Leiter der Abteilung, einen Legationsrat, gesprochen, d. h. vermutlich Franz Rademacher.

247) BAB Bupo-Vernehmung Alois Vogt 1946, S. 17.

sen und dann kriechen kommen ...».<sup>248</sup> Anders sehe es mit Liechtenstein aus; in einer kürzlichen Konferenz habe man beschlossen, Liechtenstein «als deutsches Land zu behandeln und die liechtensteinische Frage zu forcieren». Dies bedeutete damals, so Vogt, den Anschluss herbeizuführen. Alois Vogt teilte diese Eröffnungen umgehend Erdmannsdorff und Strak in der politischen Abteilung mit, damit diese bei der Reichsregierung intervenierten. Erdmannsdorff habe ihn beruhigt und eine Verständigung Ribbentrops zugesichert.<sup>249</sup> Möglicherweise, diese Deutung würde durch Vogts Erinnerung nahegelegt, stand die September-Besprechung im Auswärtigen Amt bereits unter dem Eindruck einer von der Ministeriumsspitze 1942 erneuerten Zurückhaltung in der Liechtenstein-Frage.

Im November 1942 traf Vogt in Liechtenstein eine über die Besprechungsergebnisse vom 8. September hinausgehende Abmachung mit einem RSHA-Vertreter. 1946 gab Vogt an, dass seitens einiger SS-Stellen die Idee einer Fusion der VDBL und der VU seit Herbst 1942 verfolgt wurde; der SD-Mann Klaus Huegel habe ihm dies mitgeteilt. Huegel meinte, dass die SS – welcher er ja selber angehörte – ein Interesse daran habe, das Randproblem VDBL «ohne Prestigeverlust» loszuwerden.<sup>250</sup> Vogt vermutete, dass seine Vorsprachen im Auswärtigen Amt den Fusionsplan mitbewirkten, dass er selber mit einem RSHA-Vertreter Absprachen traf, erwähnte er 1946 nicht. Allerdings hatte auch die Deutschlandabteilung im Auswärtigen Amt eine abschliessende Regelung der Volkstumspolitik offen gelassen, eine weitere Besprechung im Reich zu einem anlassfalls abgestimmten Vorgehen von VU und VDBL wurde «ins Auge gefasst».<sup>251</sup> Eine interne Folge von Vogts «Verstoss» war, dass nun die Deutschlandabteilung ihrerseits alarmiert wurde und über mehrere Monate im RSHA Nachfragen zu Gegenstand und Beteiligten jener Abmachung unternahm.<sup>252</sup>

### **DISPOSITION, VERLAUF UND FOLGEN DER FRIEDRICHSHAFNER BESPRECHUNG VOM 13. UND 14. MÄRZ 1943**

Ein Treffen zwischen den politischen Führern der VU und der VDBL wurde bereits im September 1942 im Aussenministerium in Aussicht genommen. Am Abend des 13. März 1943 und am darauffolgenden Tag fand es schliesslich im Kurgartenhotel in Friedrichshafen statt, von SS-Stellen erwünscht,<sup>253</sup> unter den Auspizien des Auswärtigen Amtes und unter Beteiligung eines Mitarbeiters des RSHA. Seitens der VU nahmen Parteiführer Dr. Otto Schaedler, der Verwalter des Parteiorgans «Liechtensteiner Vaterland» Gustav Schädler sowie, wortführend, Alois Vogt teil. Von der VDBL waren der ehemalige Landesleiter Dr. Alfons Goop, sein Nachfolger Dr. Sepp Ritter, Ingenieur Martin Hilti, bis 1942 «Schriftleiter» des VDBL-Organs «Umbruch», sowie der VDBL-Jugendführer und Lehrer Ernst Schädler anwesend. Goop war Vogts Besprechungspartner, seine Landesleiterstellung hatte er kurz zuvor mit Eintritt in die Waffen-SS an Sepp Ritter abgegeben. Vom SD Innsbruck nahm SS-Hauptscharführer Nockerl teil, aus Stuttgart waren der SS-Sturmbannführer Böhm und Hauptsturmführer Klaus Huegel in Begleitung einer Sekretärin, «Frl. Hacker», angereist. In der Person des SS-Sturmbannführers Hummitzsch vom SD Inland war auch das RSHA in Berlin beteiligt. Die VOMI vertrat der zuständige Referatsleiter Dr. Sichelschmidt, damals im Rang eines SS-Hauptsturmführers.<sup>254</sup>

Obwohl die Besprechung im März 1943 auf deutschem Boden und in Regie der VOMI durchgeführt wurde, galt sie keiner expansiven und aktivistischen Volkstumspolitik mehr. Vorabsprachen, insbesondere jene im Auswärtigen Amt vom September 1942,<sup>255</sup> schlugen sich in entsprechenden Dispositionen des Konferenzleiters Sichelschmidt nieder: Erwünscht war eine «Zusammenarbeit der beiden deutsch-orientierten Gruppen in Liechtenstein», eine Parteienfusion von VU und VDBL schien wegen der fortdauernden Aussetzung der Landtagswahlen innenpolitisch nicht angezeigt.<sup>256</sup>

Im Deutschen Reich habe, laut Sichelschmidt, nunmehr die VOMI die Führung einer völkischen Liechtenstein-Politik übernommen, freilich musste diese nach Massgabe des Auswärtigen Amtes erfolgen. Von den zwei Gruppen solle «nichts verlangt werden, was gegen die Anerkennung des Liechtensteinischen Staates verstosse».<sup>257</sup> Im Verlauf der Besprechung sollte sich erweisen, dass die von der VOMI und der VDBL erhofften deutschvölkischen Gemeinsamkeiten mit der VU nicht weit trugen. Dies belegen die beiden ausführlichsten Quellen zum Verhandlungsverlauf in Friedrichshafen: das Protokoll Sichelschmidts und ein zeitgenössisches Gedächtnisprotokoll der VU-Leitung<sup>258</sup>.

Goop von der VDBL hatte schon 1940 einen Anschlusskurs mit legalen Mitteln verfolgt, in Friedrichshafen kam er der VU entgegen und machte Vorschläge zur Zusammenarbeit. Die VDBL erklärte sich bereit, Liechtensteins Souveränität als gegeben hinzunehmen und von ihren offenen Anschlussforderungen abzurücken. Aufschlussreich ist die in den Protokollen unterschiedlich wiedergegebene Reaktion Alois Vogts. Im VU-Protokoll sah er «keine Möglichkeit der Zusammenarbeit». Vogts Auftreten wird ins Grundsätzliche gewendet, eine Zusammenarbeit von VU und VDBL berühre wegen deren Anschlusswünschen die Existenz des Landes.<sup>259</sup> Schliesslich habe sich Sichelschmidt für die Position Goops eingesetzt. Er empfahl der VU eine Umstellung ihrer Presse auf eine «rein antikommunistische Haltung» und verwies auf mögliche Verstimmungen in Berlin, falls keine Einigung zustande komme. Vogt habe empört reagiert: «Weder Berlin noch Bern hat uns in diese Frage etwas hineinzureden.»<sup>260</sup> Diese Protokollierung entspricht im Stimmungseindruck den Schilderungen Sichelschmidts: die VDBL sei den Herren der VU auf die Nerven gefallen. Inhaltlich wirkt Vogts Entgegnung patriotisch stilisiert. Gerade er zielte in seiner Kontaktdiplomatie zur Schwächung der VDBL auf den Rückhalt deutscher Stellen. Plausibler wohl ist Sichelschmidts drohendes Drängen auf eine Vereinbarung, laut Alois Vogt hätten seine VU-Begleiter bei Rückkehr nach Liechtenstein befürchtet, verhaftet zu werden.<sup>261</sup>

Die Protokollierung Sichelschmidts ist differenziert und illusionslos: «Das greifbare Ergebnis der Verhandlungen ist also gering» lautet die nüchterne Bilanz des VOMI-Referenten. Sichelschmidt, der Alois Vogt mindestens seit 1941 aus Begegnungen kannte, stützt seine Einschätzung des Gegenübers auf aufmerksame Beobachtungen. Anders als im VU-Protokoll festgehalten, sei Alois Vogt auf die

248) Diese drohende Haltung gegenüber der Schweiz im Sommer 1942 wird von anderer Seite bestätigt. Dem schweizerischen Nachrichtenoffizier Meyer-Schwertebach wurde im Juli 1942 in Berlin eröffnet, dass sich die Schweiz entweder durch Zwang oder freiwillig in das «neue Europa» einfügen könne. Siehe Rings: Schweiz im Krieg, S. 377–380.

249) BAB Bupo-Vernehmung Alois Vogt 1946, S. 17 f. sowie PAAV/1064 Rede Alois Vogt 1963, S. 5. Laut eigener Angabe kam Erdmannsdorff nach Abberufung aus Budapest 1941 nie mit Ribbentrop zusammen. Allerdings stand er an einer Schnittstelle der auswärtigen Informationsdurchgänge, im Arbeitskontakt mit dem Leiter der Polit. Abt. und dem Staatssekretär. Siehe STAN KV-Interrogations E 42 (Einvernahmen Erdmannsdorff 1947).

250) BAB Bupo-Vernehmung Alois Vogt 1947, S. 5.

251) AA, PA Inland II g 409, 4. Dezember 1942: Geiger (AA) an Müller (RSHA, Gestapo).

252) Der letzte diesbezügliche Vorgang in AA, PA Inland II g 409, 16. April 1943: Hummitzsch (RSHA, SD Inland) an AA (Deutschlandabteilung).

253) Alois Vogt gab 1947 an, dass Huegel ihm das Drängen von SS-Stellen auf eine Erledigung der VDBL-Frage durch Zusammenschluss mit der VU noch Anfangs 1943 vermittelt habe. Siehe BAB Bupo-Vernehmung Alois Vogt 1947, S. 5.

254) Zur Teilnehmerschaft siehe die Angaben im Besprechungsprotokoll Sichelschmidt, die durch das «Gedächtnis-Protokoll über die Konferenz von Friedrichshafen» bestätigt werden. Die höchsten SS-Ränge bekleideten Böhm und Hummitzsch; «Sturmabführer» entsprach dem militärischen Majorsrang, «Hauptsturmführer» dem des Hauptmanns.

255) Siehe Anm. 237.

256) Fürst Franz Josef II. verlängerte im Februar 1943 die Amtsdauer der seit Januar 1939 über eine Einheitsliste von VU und FBP zusammengesetzten Volksvertretung auf unbestimmte Zeit.

257) AA, PA Inland II g 409, Besprechungsprotokoll Sichelschmidt, S. 2.

258) PAAV/587, 1943: «Gedächtnis-Protokoll über die Konferenz von Friedrichshafen»; s. Anm. 235.

259) Ebenda, S. 4.

260) Ebenda, S. 6.

261) BAB Bupo-Vernehmung Alois Vogt 1947, S. 8.

Idee einer antibolschewistischen Allianz eingegangen, die «Schaffung eines Heimatbundes auf überparteilicher Grundlage» habe er begrüsst.<sup>262</sup> Die praktische Umsetzung solcher Kooperationsvorschläge liessen Alois Vogt und seine Begleiter von der VU-Führung allerdings in der Schwebe. Zum Erstaunen Sichelschmidts stellte Vogt Kalkül und Ressentiment der Landespolitik in den Vordergrund: Er und Dr. Schaedler hätten kein Programm für die VU, diese Partei sei «lediglich das Instrument zur Unterbauung ihrer persönlichen Positionen in der Regierung und im Landtag». Ausserdem habe Vogt den nationalsozialistischen Charakter der VDBL bestritten, «sie [die VDBL, d. Verf.] sei lediglich ein Sammelbecken der grundsätzlich oppositionell Eingestellten.»<sup>263</sup> Sichelschmidts abschliessende Einschätzung der VU-Haltung dokumentiert Realitätssinn und Verachtung des «grossdeutsch» gesinnten SS-Führers gegenüber den unentschlossenen Liechtensteinern:

«Es zeigt sich, dass Männer wie Dr. Vogt und Dr. Schaedler einfach nicht in der Lage und Willens sind, direkt auch nur die kleinsten Entschlüsse zu fassen. Neben der liberal-parlamentarischen Grundeinstellung dieser Männer tragen daran natürlich die engen Verhältnisse in Liechtenstein schuld, die aus jedem kleinen Problem gleich eine Staatsfrage erster Ordnung machen. Hinzu kommt, dass sie offenbar klare Festlegungen aus politischen Gründen nicht wollen, dass ihre Verhandlungsbereitschaft mit der Volksdeutschen Bewegung und Reichsstellen also nur dem Gebot der politischen Klugheit entspricht, sich für alle Fälle nach der nationalsozialistischen Seite hin den Weg offen zu halten.»<sup>264</sup>

Sichelschmidt gab die Hoffnung auf eine völkische Zusammenarbeit in Liechtenstein nicht ganz auf. Bereits vor der Besprechung war Klaus Huegel vom SD Stuttgart zum «ständigen Verbindungsführer» der VOMI für Liechtenstein bestellt worden. Nun war es an Huegel, für die Umsetzung der besprochenen Kooperationsanregungen – «Heimatbund» und «Antibolschewistisches Komitee» – besorgt zu sein. Huegels Beauftragung dürfte das Ende einer vom Reich beförderten, anschlussorien-

tierten Volkstumspolitik in Liechtenstein besiegelt haben. Das Vorhaben einer Fusion von VDBL und VU scheint durch Absprachen zwischen Auswärtigem Amt und RSHA im April 1943, einen Monat nach Friedrichshafen, aktenmässig abgeschlossen.<sup>265</sup> Zur selben Zeit wurde Klaus Huegel nach Berlin ins RSHA berufen und Leiter des Schweiz/Liechtenstein-Referates des SD.

Im Arbeitsgebiet Huegels war der neutrale Kleinstaat vorab nachrichtendienstlich interessant. Seit Sommer 1942 streckte Huegels Chef im RSHA, Walter Schellenberg, vorsorgliche Friedensfühler in der Schweiz aus.<sup>266</sup> Huegel konnte seinen liechtensteinischen Vertrauten Alois Vogt 1942 und 1943 in dieser Angelegenheit gewinnen, als Mittelsmann zum englischen Generalkonsul Cable.<sup>267</sup> Vogt wurde ausserdem in zwei Fällen um nachrichtendienstliche Hilfestellung angegangen. Solches erfolgte nach Friedrichshafen, im Sommer 1943; auch mit Verweis auf die Unterstützung des SD bei der Ausschaltung der VDBL. In Liechtenstein selbst wurden Herausgabe und Vertrieb des VDBL-Organes «Der Umbruch» am 8. Juli 1943 per Regierungsverfügung eingestellt.

## Alois Vogts Involvierung in deutsche Geheimdienstunter- nehmen 1942 bis 1944

Der liechtensteinische Regierungschef-Stellvertreter Alois Vogt wurde in den Jahren 1942 bis 1944 in unterschiedlicher Weise mit deutschen Geheimdienstoperationen konfrontiert. Zwei Vorgänge sind durch interne Gestapo- und SD-Protokolle gut dokumentiert. Im Dezember 1942 wurde das Regierungskollegium und die Justiz Liechtensteins für die Abwicklung einer gescheiterten Devisentransaktion des SD angegangen. Im zweiten Fall – der sogenannten Aktion Rosl – wurde Alois Vogt persönlich von seinem SD-Vertrauten Klaus Huegel um Mithilfe bei einem Agentenunternehmen gebeten. Vogt berichtete nach dem Krieg eine weitere Begebenheit, bei der ihn der SD-Chef Westeuropa im RSHA, Eugen Steimle, um Auskünfte zur Schweiz und ihrer Haltung gegenüber den Alliierten bat. Eugen Steimles Anfragen datieren aus dem Sommer 1943.

Die Nachrichtendienst-Operationen der zweiten Kriegshälfte dokumentieren ein strategisches Interesse an der intakten Staatlichkeit des Fürstentums. Diese war den Deutschen nützlich: einmal als neutrales Devisenland im schweizerischen Wirtschaftsraum, zum anderen als rechtsstaatlicher Schirm für die Durchführung geplanter oder die Bereinigung gescheiterter Geheimunternehmen.

### **VERHAFTUNG DES DEUTSCHEN DEWISEN- HÄNDLERS RUDOLF BLASCHKE: EIN SCHWEIZERISCH-LIECHTENSTEINISCHER KRIMINALFALL**

Am Morgen des 30. November 1942, einem Montag, wurde der 42-jährige deutsche Staatsbürger Rudolf Blaschke, nachdem er mit dem Zug von Feldkirch im Bahnhof Schaan angekommen war, von der liechtensteinischen Polizei aufgehalten, auf dem Posten Vaduz einvernommen, vormittags «bei bestehender Fluchtgefahr» festgenommen und ins Gefangenenhaus eingeliefert.<sup>268</sup> Blaschke hatte gefälschte Ausweispapiere auf den Namen «Hans Hacker» bei sich. Zwei Tage später, am 2. Dezember, leitete die liechtensteinische Staatsanwaltschaft das Strafverfahren gegen Blaschke wegen

Geldfälschung, Betrug und Falschmeldung ein. Verfahrenszuständig war das liechtensteinische Landgericht. Dort übernahm Landrichter Dr. Hermann Risch den Fall.<sup>269</sup> Die Vorwürfe gegen Blaschke stützten sich auf ein Telefonat und einen entsprechenden Bericht des Polizeikommandos Zürich an die liechtensteinische Landespolizei vom 27. und 28. November 1942.<sup>270</sup> Rudolf Blaschke habe versucht, bei der American Express Co. in Zürich falsche Pfundnoten in Schweizerfranken beziehungsweise Gold einwechseln zu lassen. Ein Kassier der American Express liess die von Blaschke unter anderem Namen (nämlich «Schwend») nach Zürich gesandten Pfundnoten von der Nationalbank prüfen; diese habe mitgeteilt, dass es sich um ausgezeichnete Fälschungen handle. Blaschke habe den Devisenchef der American Express, Josef Dommen, telefonisch ersucht, den Geldwechsellös an die Bank in Liechtenstein (BiL) in Vaduz zu schicken. In Kenntnis dieser Mitteilungen stellte die Landespolizei am 28. November fest, dass Blaschke bei der BiL unter dem Namen «Hans Hacker» bekannt war und sich seit einigen Tagen wiederholt in Liechtenstein aufgehalten hatte.<sup>271</sup> Bei seinen Einvernahmen am 30. November und 1. Dezember 1942 wies Rudolf Blaschke die Vorwürfe der Herstellung wie des absichtlichen Vertriebs von

262) AA, PA Inland II g 409. Besprechungsprotokoll Sichelschmidt, S. 2 f.

263) Ebenda, S. 3.

264) Ebenda, S. 5.

265) AA, PA Inland II g 409, 16. April 1943: Hummitzsch (RSHA, SD Inland) an AA (Deutschlandabteilung, Referat D II).

266) Vergleiche hierzu: Rings: Schweiz im Krieg, S. 377–380, sowie Erwin Bucher: Zur Linie Masson-Schellenberg. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 3 (1988) S. 285–287.

267) PAAV/524 Bupo-Vernehmung Klaus Huegel 1946, S. 1.

268) LLA RF 238/194 Strafsachen Rudolf Blaschke.

269) Ebenda.

270) Verarbeitet in LLA RF 238/194, 30. November 1942: FL-Polizei an FL-Landgericht, Haftanzeige vs. Rudolf Blaschke.

271) Ebenda.

Falschgeld zurück.<sup>272</sup> Schwend sei ein Freund, über dessen BiL-Konto er, Blaschke, verfügen könne, deshalb habe er die Geldnoten unter dem Namen Schwend an den ihnen beiden persönlich bekannten Dommen von der American Express abgeschickt. Die namensgefälschte Grenzkarte («Hans Hacker») habe er von Schwends Sekretärin erhalten und erneuern lassen. Der Betrag, den Rudolf

Blaschke nach Zürich sandte, war anscheinend ordnungsgemäss eingeführt und deklariert: 10 000 britische Pfund in Fünfer- und Zehner-Noten zum damaligen Kurswert von etwa 90 000 bis 100 000 Schweizerfranken. Die Schweizer Banken mit Bezug der «Bank of England» bemühten sich während der Inhaftierung von Rudolf Blaschke um die Prüfung der von ihm eingesandten Pfundnoten. Die Ergebnisse wurden dann jeweils den Polizeistellen in der Schweiz und in Liechtenstein mitgeteilt, zuletzt am 26. Dezember, vier Tage vor der Haftentlassung Blaschkes. Sowohl American Express als auch die Nationalbank und schliesslich die «Bank of England» beurteilten die Noten als gefälscht.<sup>273</sup>

Auch zur Person des Schwend erhielten die Liechtensteiner Auskunft: aus einer eidesstattlichen Aussage von «Friederico Schwend» geht hervor, dass dieser umfangreiche Handels- und Devisengeschäfte tätigte und im vorliegenden Fall seinen «Angestellten» Blaschke mit dem Transport und Verkauf der angeblich aus dem Iran stammenden Pfundnoten betraute. Den Schweizer Banken und auch der BiL war Schwend aus mehrjährigen, bislang unverdächtigen Devisengeschäften bekannt. Allerdings meldete die Polizei Zürich, ein Direktor Schwab von der Schweizer Nationalbank habe gemeint, dass Blaschke nur vorgeschoben sei und Schwend interessanter gewesen wäre.<sup>274</sup> Zum namensgefälschten Ausweispapier gab Blaschke amtlich zu Protokoll, dass ihm dieses jeweils ausgehändigt wurde. Bei der Behörde «Landrat Feldkirch», deren Stempel in der Grenzkarte auftaucht, sei er nie gewesen. Die Falschangabe «Hans Hacker» erklärte er mit einer bürokratischen Verwechslung; er gab zu, sich dadurch strafbar gemacht zu haben.<sup>275</sup>

Am 17. Dezember stellte Blaschke ein Haftentlassungsgesuch an das Obergericht, worin er sich auch zur Stellung einer Kautions bereit erklärte. Das Gericht hatte nun Gelegenheit, die ihm und der Regierung mittlerweile bekannten Umstände zu würdigen. Tags darauf, am 18. Dezember, wurde das Gesuch Blaschkes abgewiesen.<sup>276</sup> Das Obergericht deutete eine grössere Dimension des Falles

**Geheime Staatspolizei**  
Staatspolizeistelle Samsbruck

Maßnahmen  
Wann? Uhr  
Wo? Nr.  
Durch  
Geführt  
Tag  
Monat  
Jahr  
Geführt  
Tag  
Monat  
Jahr

Stamm für Eingangsstempel

Geschäftszeichen

Bezugsangabe

GEHEIM

GREPO FELDKIRCH, NR. 2086 17.12.42 21.10 = AB

DRINGEND SOFORT VORLEGEN

AN SD-LA MÜNCHEN. Z. HD V. SS-STUBAF. BUCHBERGER,  
NACHRICHTLICH AN GEKO BREGENZ.

BETRIFFT: SACHE HACKER

BEZUG: BEKANNT

BEI DER HEUTE STATTGEFUNDENEN BESPRECHUNG ZWISCHEN  
DR. VOGT UND MIR, HAT MICH DR. VOGT ERSUCHT, DIE SOFORTIGE  
GERICHTLICHE EINVERNAHME DES HR. SCHWEND ZU VERANLASSEN  
UND DAS PROTOKOLL UNVERZÜGLICH HIERHER ZU LEITEN, WEIL DIESES  
IM HAFTPRÜFUNGSMETHODEN HACKER DRINGEND GEBRAUCHT WIRD.  
DIE IN FELDKIRCH GDTÄTIGTE VERNEHMUNG DES HR. SCHWEND  
KANN FÜR DEN RICHTSAKT IN LIECHTENSTEIN NICHT VERWENDET  
WERDEN. ICH BITTE UM UMGENENDE ERLEDIGUNG.

FERNER BITTE ICH, HRM. SCHWEND ZU VERANLASSEN, DASS ER  
BIS ZUR RUECKKEHR DES SS-OSTUF. DAUSER IN MÜNCHEN BLEIBT.

Gestapo-Fernschreiben vom 17. Dezember 1942, abends 21.10 Uhr: Nach Besprechung mit Dr. Vogt in Vaduz telegraphiert Karl Kriener (Grepo Feldkirch) an den SD München und ersucht um dortige gerichtliche Einvernahme des Friedrich Schwend. Ein diesbezügliches Protokoll soll nach Liechtenstein übermittelt werden. SS-Obersturmführer («SS-OSTUF») Dauser hatte München unterdessen Richtung Feldkirch verlassen.

an: Aufgrund des frühen Abklärungsstadiums, ungeklärter Beziehungen zwischen den Geschäftspartnern Blaschke und Schwend, falscher Ausweispapiere und der «offenbar bestehenden internationalen Beziehungen der Beteiligten» sei auch bei Leistung einer Kautions von 20 000 Franken weiterhin Verabredungs- und Fluchtgefahr gegeben. Fünf Tage später, am 23. Dezember 1942, wurde Blaschke der Obergerichtsentscheid durch Landrichter Risch mitgeteilt. Am 28. Dezember erhielt die liechtensteinische Polizei einen weiteren Bericht vom Polizeikommando Zürich «mit dem Ersuchen um weitere Abklärung.»<sup>277</sup>

Tags darauf erfolgte eine letzte Einvernahme Blaschkes; er blieb dabei, die Noten korrekt in Verkehr gebracht zu haben. Am 30. Dezember wurde Rudolf Blaschke in Anwesenheit von Landrichter Risch «gegen Gelöbnis» aus der Haft und ausser Landes gelassen. Blaschke kehrte ins Deutsche Reich zurück. Die liechtensteinische Regierung informierte am 9. Januar 1943 die dortigen Behörden offiziell über die Entlassung.<sup>278</sup> Den schweizerischen Behörden wurde davon keine Meldung gemacht. Am 11. Mai 1943 ersuchte das Polizeikommando Zürich das Landgericht in Liechtenstein, über den Schlussentscheid in der Angelegenheit Blaschke und Schwend zu orientieren.<sup>279</sup> Das Landgericht antwortete, dass nach Prüfung der Aussagen Blaschkes angenommen werden müsse, «dass zumindest er [wenn schon nicht Schwend, d. Verf.] die Noten gutgläubig in Verkehr gebracht hat.»<sup>280</sup>

### **GESTAPO FELDKIRCH: «WEIL UNS DIE LIECHTENSTEINISCHE REGIERUNG TATSÄCHLICH HILFT WIE SIE NUR KANN»**

Als Liechtensteins Staatsanwalt in der causa Blaschke fungierte im Dezember 1942 Ferdinand Nigg, zugleich Sekretär der Regierung. Tatsächlich musste sich diese und über sie Mitglieder der beteiligten Justizbehörde mit einem dringlichen Interesse deutscher Stellen an der Freilassung Blaschkes befassen. Bereits einen Tag nach dessen Inhaf-

tierung erkundigte sich Kriminalkommissar Hübner von der Gestapo-Stelle Grenzpolizeikommissariat («Greko») Bregenz bei Regierungschef Hoop über den Vorfall. Alois Vogt sei bei dieser ersten Vorsprache ebenfalls anwesend gewesen.<sup>281</sup> Die Unterrichtung durch die Regierung in Vaduz gab Hübner umgehend an höhere Dienststellen weiter, an die Gestapo Innsbruck, die SD-Aussenstelle Bregenz und das RSHA. Die Verhaftung des deutschen Devisenhändlers in Liechtenstein beunruhigte insbesondere die SD-Zentrale in Berlin. Hübner liess an diese Adresse weitermelden, dass der einvernommene Blaschke «keinerlei Angaben bezüglich seines Auftrages» gemacht habe.<sup>282</sup> Das RSHA sei-

272) LLA RF 238/194 Einvernahmen Rudolf Blaschke vom 30. November und 1. Dezember 1942.

273) Die Aussage Blaschkes, die Schweizerische Kreditanstalt (SKA) Basel habe seine Noten noch im November als echt bezeichnet, wurde in Basel abgeklärt. Laut dem zuständigen Bankbeamten habe Blaschke keine 5- oder 10-Pfund-Noten vorgelegt, wie er behaupte, sondern 50- und 100-Pfund-Noten, die echt waren. Siehe LLA RF 238/194, 26. Dezember 1942: Polizei Zürich an FL-Polizei und -Landgericht.

274) LLA RF 238/194, 3. Dezember 1942: Ermittlungsbericht Polizei Zürich, Angaben Direktor Schwab.

275) LLA RF 238/194, 1. Dezember 1942: Aussage Rudolf Blaschke.

276) Die Verhandlung zum Fall Blaschke präsiidierte Dr. Jakob Eugster aus der Schweiz, im Kollegium sass Richter Dr. Walter Murr (aus dem Deutschen Reich) sowie die liechtensteinischen Beisitzer Alois Wille, Gemeindevorsteher in Balzers, Lehrer Hugo Büchel und Ersatzrichter Alois Ospelt, beide aus Vaduz. Vgl. LLA RF 238/194 Beratungsprotokoll des Obergerichts vom 18. Dezember 1942.

277) LLA RF 238/194, 26. Dezember 1942: Polizei Zürich an FL-Polizei.

278) LLA RF 214/312, 9. Januar 1943: Hoop (FL-Regierung) an Grenzpolizeikommissariat (Greko) Bregenz.

279) LLA RF 238/194, 11. Mai 1943: Polizei Zürich an FL-Landgericht.

280) LLA RF 238/194, 13. Mai 1943: FL-Landgericht an Polizei Zürich.

281) BAB E 4320 (B) 1984/29 Bd. 57, Dossier «Blaschke Rudolf», SBA 6. November 1945, Fernschreiben 5. Dezember 1942: Hübner (Greko Bregenz) an Hilliges (Gestapo Innsbruck); im folgenden zitiert als BAB Dossier Blaschke, Datum des Fernschreibens/Korrespondenten.

282) BAB Dossier Blaschke, Fernschreiben 1. Dezember 1942: Hübner (Greko Bregenz) an Gestapo Innsbruck.

nerseits befürchtete eine Aushändigung des Inhaftierten an die Schweizer Behörden.<sup>283</sup>

Auf Nachfrage wurde Hübner von Alois Vogt über einen legalen Weg orientiert, Blaschke in Vaduz zu enthaften. Vogt habe vertraulich empfohlen, dass Deutschland einen Auslieferungsantrag stelle «für den Fall, dass an der Auslieferung des Hackert [alias Rudolf Blaschke, d. Verf.] an deutsche Behörden Interesse bestünde.»<sup>284</sup> Hübner und ihm zur Seite Karl Kriener, der Gestapochef in Feldkirch, waren im Dezember 1942 die lokalen Unterredungspartner der liechtensteinischen Behörden. Zu seiner Vorgangsweise in Liechtenstein sprach sich Hübner weiterhin mit höheren SD- und Gestapo-Stellen ab. Vom RSHA erhielt der Gestapo-Kommissar Rückendeckung für die Stellung eines Auslieferungsbegehrens. Im internen deutschen Dienstverkehr stand dieses Vorgehen zeitweise in Konkurrenz zu waghalsigeren Erwägungen. Der ebenfalls durch Blaschkes Verhaftung alarmierte SS-Führer Dauser vom SD-Leitabschnitt München meldete sich am 5. Dezember telefonisch bei Gestapo-  
chef Kriener. Dauser wünschte eine Unterredung mit Alois Vogt, «um diesen zu veranlassen gegen eine Bezahlung von 30 000 bis 50 000 sfr. den H. [Hacker, d. Verf.] freizulassen bzw. ihm die Flucht zu ermöglichen.»<sup>285</sup> Der förmliche Weg, so telegraphierte die lokale Gestapo an München zurück, sei «erfolgsversprechender und ungefährlicher».<sup>286</sup> Hübner und Kriener standen zwar unter Erfolgsdruck, wünschten aber im Verkehr mit der liechtensteinischen Regierung, «dass der offizielle Charakter unserer Dienststelle gewährleistet bleibt».<sup>287</sup>

Die liechtensteinische Regierung hielt den informellen Weg zur Gestapo offen, agierte aber ebenfalls vorsichtig. Hübner, der aus München einen eigens für Blaschke gefertigten Haftbefehl und fingierte Ermittlungsakten zur Übergabe in Vaduz erhielt, gab zu bedenken, «dass die Regierung in Liechtenstein diesen Weg als formell falsch ablehnt.»<sup>288</sup> Ein amtliches Auslieferungsgesuch wurde am 10. Dezember von Kommissar Hübner an Regierungschef Hoop ausgefolgt.<sup>289</sup> Alois Vogt habe Hoop daraufhin geraten, den «ad hoc» gestellten Antrag zu schubladisieren.<sup>290</sup> Andere Wege wurden

besprochen, die ein Eingehen auf das deutsche Gesuch schliesslich erübrigten. Der «Geschäftspartner» Blaschkes, Friedrich Schwend, tauchte in Begleitung eines SS-Offiziers, Dr. Wilhelm Groebl vom RSHA, in Feldkirch auf. Dort traf sich der Regierungschef-Stellvertreter mit Schwend, mit Groebl, so Vogt, sei er nicht zusammengekommen. Schwends Ansuchen, ihm eine Grenzkarte zur Einreise nach Liechtenstein und dortigen Zeugenaussage, zu legitimieren, lehnte Vogt ab. Ein anderes Vorgehen wurde gewählt. Auf Anraten Vogts und nach Vorschlag von Gestapo-  
chef Kriener begab sich der zuständige Untersuchungsrichter Dr. Hermann Risch in Begleitung eines Polizeibeamten nach Feldkirch und führte eine Einvernahme Schwends durch.<sup>291</sup>

Die gegenseitigen Bemühungen um eine rechtsförmige und stille Abwicklung des Falles Blaschke mündeten schliesslich in eine bemerkenswerte Lagebesprechung in Vaduz. Diese fand am Donnerstag den 17. Dezember 1942 statt, am Vortag der Obergerichtssitzung zu Blaschkes Enthaftungsgesuch. Quellenmässig festgehalten ist die Besprechung durch eine diesbezügliche Verständigung zwischen den Gestapostellen Feldkirch und Bregenz.<sup>292</sup> Kriener war frühmorgens nach Vaduz geladen und wurde über die bevorstehende Sitzung des Obergerichts und ein mögliches Vorgehen zugunsten Blaschkes orientiert. Anwesend waren Regierungschef Hoop, dessen Stellvertreter Vogt sowie Dr. Risch als Untersuchungsrichter. Risch, der in der fraglichen Sache als Landrichter, Untersuchungsrichter und Verteidiger in einem (!) fungierte, schätzte die Aussichten des Gesuchstellers Blaschke als gut ein. «Es handelt sich aber darum, dem Obergericht die Sache günstig darzustellen» erinnerte Kriener Rischs Ansicht. Zwei Dinge wären von deutscher Seite erforderlich: eine Kautionsstellung sowie eine ordentliche gerichtliche Einvernahme des Friedrich Schwend, jene in Feldkirch genügte nicht. Alois Vogt habe diesen Punkt unterstrichen und die Gestapo-Beamten um Erledigung der Angelegenheit ersucht. Diese erwogen nach der Besprechung in Vaduz, sich an Vogt zu wenden, damit er das Telegramm zur Kautions-



überweisung aufgabe und sie nicht in Erscheinung treten müssten. Mit einem entsprechenden Vorschlag Krieners war Hübner einverstanden, für ihn war Alois Vogt «der einzige Mann, der die Sache auf sich nehmen könnte.»<sup>293</sup> Parallel zur liechtensteinischen Absprache suchten Hübner und Kriener das reichsdeutsche Obergerichtsmitglied Dr. Walter Murr zu beeinflussen.<sup>294</sup> Mit Untersuchungsrichter Risch wurde vereinbart, das Resultat der Obergerichtssitzung vom 18. Dezember ebenfalls über Murr der Gestapo durchzugeben. Als das Haftentlassungsgesuch Rudolf Blaschkes vom Obergericht abgewiesen wurde, informierte Gestapochef Kriener am Morgen des darauffolgenden Tages, dem 19. Dezember, den SD in München, ebenso die Gestapostellen in Bregenz und Innsbruck.<sup>295</sup>

Für die Zeit zwischen dem 20. Dezember und der Haftentlassung Blaschkes am 30. Dezember 1942 ist keine deutsche Fernmelde-Korrespondenz mehr erhalten. Die hintergründigen behördlichen Enthaltungsbemühungen dürften angehalten haben. Von Seiten der Gestapo wurde «nun anheimgestellt, die Angelegenheit mit Dr. Vogt weiter zu regeln.»<sup>296</sup> Ausserdem wünschte Kommissar Hübner für den 22. Dezember, sich mit Regierungschef Hoop in Feldkirch zu treffen.<sup>297</sup>

Am 23. Dezember 1942 wurde dem inhaftierten Rudolf Blaschke der abweisende Entscheid des Obergerichts mitgeteilt. Nur eine Woche später, am 30. Dezember, sollte Blaschke auf freien Fuss gesetzt werden. Landrichter Risch erklärte ihm, dass er gegen Gelöbnis, sich gerichtlich verfügbar zu halten, entlassen werde.<sup>298</sup>

Das juristische Vorgehen von Untersuchungsrichter Risch war von der liechtensteinischen Regierung politisch erwünscht.<sup>299</sup> Gemäss Alois Vogt wurde Regierungssekretär Ferdinand Nigg Ende Dezember durch die liechtensteinische Regierung bevollmächtigt, als Staatsanwalt einen Einstellungsantrag einzubringen. An einer diesbezüglichen Sitzung hätten Vogt selber, Regierungschef Hoop, Landrichter Risch, Regierungssekretär Nigg und eventuell auch Regierungsrat Anton Frommelt teilgenommen.<sup>300</sup>

## «DER FALL IST EINER DER DELIKATESTEN ÜBERHAUPT»

Alois Vogt erklärte der schweizerischen Bundespolizei nach dem Krieg, dass er in der Angelegenheit «Blaschke» weder mit den SD-Leuten Groebl und Dauser verhandelt noch Kenntnis von den internen Vorgängen bei SD und Gestapo gehabt

283) Ebenda, Fernschreiben 2. Dezember 1942: RSHA/Amt VI an Hübner (Greko Bregenz).

284) Ebenda, Fernschreiben 3. Dezember 1942: Hübner (Greko Bregenz) an Bernhard (RSHA).

285) Ebenda, Fernschreiben 5. Dezember 1942: Kriener (Grepo Feldkirch) an Hübner (Greko Bregenz).

286) Ebenda, Fernschreiben 5. Dezember 1942: Kriener (Grepo Feldkirch) an Dauser (SD München).

287) Ebenda, Fernschreiben 5. Dezember 1942: Kriener (Grepo Feldkirch) an Hübner (Greko Bregenz).

288) Ebenda, Fernschreiben 8. Dezember 1942: Hübner (Greko Bregenz) an Gestapo Innsbruck.

289) LLA RF 214/312, 10. Dezember 1942: Auslieferungsgesuch Oberstaatsanwaltschaft München.

290) BAB Bupo-Vernehmung Alois Vogt 1946, S. 42.

291) BAB Bupo-Vernehmung Alois Vogt 1946, S. 42 f.: LLA RF 238/194 «Vernehmungsprotokoll Friederico Schwend».

292) BAB Dossier Blaschke, Fernschreiben 17. Dezember 1942: Kriener (Grepo Feldkirch) an Greko Bregenz.

293) Ebenda, Fernschreiben 17. Dezember 1942 (18.30 Uhr): Hübner (Greko Bregenz) an Kriener (Grepo Feldkirch).

294) Ebenda, Fernschreiben 17. Dezember 1942: Kriener (Grepo Feldkirch) an Greko Bregenz.

295) Ebenda, Fernschreiben 19. Dezember 1942 (9.55 Uhr): Kriener (Grepo Feldkirch) an SD München, «nachrichtlich an die Stapo Innsbruck und Greko Bregenz».

296) Ebenda.

297) Ebenda, Fernschreiben 17. Dezember 1942: Kriener (Grepo Feldkirch) an Greko Bregenz.

298) LLA RF 238/194, 30. Dezember 1942: FL-Landgericht.

299) Die offizielle Einstellung des Verfahrens gegen Blaschke erfolgte auf Antrag von Staatsanwalt Nigg am 23. Dezember 1943 «mangels hinreichender Verdachtsgründe für einen strafbaren Tatbestand»: desgleichen endete «wegen Landesabwesenheit» das Verfahren gegen Friedrich Schwend, der mitbeteiligt erschien. Vgl. LLA RF 238/194, 30. November 1942, rückseitige Vermerke.

300) BAB Bupo-Vernehmung Alois Vogt 1946, S. 43.

habe.<sup>301</sup> Aus den Gestapo- und SD-Meldungen wird ersichtlich, dass für die deutschen Stellen, insbesondere das RSHA, die Bereinigung der Angelegenheit Blaschke «ausserordentlich eilig» war.<sup>302</sup> Die Beziehung Blaschkes zum SD stand unter Geheimhaltung, auf seine Person bezogen sich die internen Korrespondenzen unter stereotyper Verwendung des Decknamens «Hacker(t)». Als eine Zusammenarbeit mit den liechtensteinischen Behörden erforderlich wurde, sollte Blaschke als normaler Kriminalfall gelten; gegenüber dem Unterhändler Karl Kriener von der Gestapo Feldkirch unterstrich der SD-Führer Dauser: «Dr. Vogt soll nicht erfahren, was hinter der ganzen Angelegenheit steckt».<sup>303</sup> Woher rührte die alarmierte Stimmung beim RSHA und die wiederholte Befürchtung, die Schweizer Behörden würden Rudolf Blaschke in Gewahrsam nehmen? In der ersten Meldung des Gestapokommissars Hübner wurde lapidar von der «Festnahme des im Auftrage des Amt VI des RSHA tätigen Hans Hackert» gesprochen. Eine gute Woche später begab sich dessen «Geschäftspartner» Friedrich Schwend nach Feldkirch, ebenso der SS-Führer Groebl vom RSHA Amt VI (SD Ausland).

Aufgrund der damaligen Korrespondenz und der nach dem Kriege erhobenen Auskünfte zu deutschen Geheimdienstunternehmen lässt sich die Dimension des Falschgeldfalles «Blaschke-Swend» abschätzen. Friedrich Schwend war einer der erfolgreichsten deutschen Devisenvertreiber und -beschaffer im Dienste der SS, des Reichsfinanzministeriums und der militärischen Abwehr.<sup>304</sup> Sein Deckname war «Wendig» (sic!).<sup>305</sup> Rudolf Blaschke war einer von Schwends Agenten. Seit Sommer 1942 ging eine Spezialabteilung des Amtes VI daran, falsche Pfundnoten in grosser Auflage zu drucken.<sup>306</sup> Damit sollten einerseits das britische Währungssystem gestört, andererseits Devisen zur Finanzierung eigener Geheimoperationen beschafft werden. Friedrich Schwend organisierte als logistischer Kopf des Unternehmens «Bernhard» den Vertrieb in Europa. Der damals 27-jährige SS-Obersturmführer Wilhelm Groebl war Schwend vom Amt VI als «Führungsmann» zugeteilt.<sup>307</sup> Als der Pfundvertrieb Blaschkes in Liech-

tenstein und der Schweiz aufflog, war auch Groebl beunruhigt und instruierte die lokalen Stellen. Huebner berichtete am 10. Dezember, dass Groebl mit ihm gesprochen habe: «Der Fall ist einer der delikatesten überhaupt. Ausser dem Reichsführer [Heinrich Himmler, d. Verf.] ist nur er [Wilhelm Groebl, d. Verf.] und ein SS-Führer der SD-Leitstelle München orientiert. Selbst Dauser kennt die Zusammenhänge nicht.»<sup>308</sup> Allerdings deckte der SD noch weitere Verbindungen. In einem Bericht des Reichsfinanzministeriums wird zum Fall «Blaschke» nach Abschluss dem Auswärtigen Amt gemeldet: Blaschke sei Ende November 1942 in die Schweiz gereist, um unter anderem «einen Auftrag zu erledigen, der unmittelbar vom Reichswirtschaftsministerium ausging und sich auf Devisen bezog.»<sup>309</sup> Die SD-Führung in Berlin dürfte nach Bekanntwerden der «Panne» in Liechtenstein das grösste Interesse an einer Bereinigung in ihrem Sinne gehabt haben. Eine Auslieferung des Devisenagenten an die Schweizer Behörden hätte das laufende Falschgeld-Unternehmen einschliesslich der damit betrauten Personen gefährdet. Diese Dimensionen des Falles Blaschke blieben den Liechtensteinern verborgen. Allerdings war auch ihnen, der Regierung und dem Landrichter Risch, klar, dass mit Blaschke kein gewöhnlicher Straftäter einsass. Alois Vogt erinnerte sich, dass Kriener bei seinen Vorsprachen immer andeutungsweise geäussert habe: «man glaubt bei uns, man hofft bei uns».<sup>310</sup> Die Übergabe des ad hoc ausgestellten Auslieferungsantrags gab Hoop und Vogt Anlass, die Rechtswege der Gestapo als vorgeschützte Formalie einzuschätzen und die Justiz für eine baldige Erledigung einzubinden. Schliesslich habe die Regierung Landrichter Risch um die Beschleunigung der Untersuchung gebeten.<sup>311</sup> Indem zugleich der Schein der Legalität gewahrt wurde, suchten sich die Liechtensteiner gegenüber den Schweizer Behörden abzusichern. Alois Vogt habe bei der Lagebesprechung am 17. Dezember darauf hingewiesen, dass eine Kautionsstellung und ein Einvernahmeprotokoll von Schwend vorliegen sollten, «falls die Schweizer Akteneinsicht verlangen würden».<sup>312</sup>

## ZWEI ANFRAGEN DES SD-AUSLANDS- GEHEIMDIENSTES AN ALOIS VOGT: AKTION ROSL UND STEIMLE

Aufgrund der Aktenlage scheint Vogts SD-Vertrauter Klaus Huegel an der Affäre um die Devisenschieber Schwend und Blaschke nicht direkt beteiligt. Allerdings soll ihn Alois Vogt auf den Vorgang angesprochen haben, mit dem Wunsch, Huegel möchte seinen Einfluss zur Verhinderung ähnlicher Aktionen von Liechtenstein aus einsetzen.<sup>313</sup> Huegels persönliche Beziehung zum liechtensteinischen Regierungsmann war nicht uneigennützig. Für Hilfestellung bei nachrichtendienstlichen Unternehmen des Amtes VI gelangte er seinerseits an Alois Vogt. Zwei Vorgänge sind aus Huegels und Vogts Erinnerungen rekonstruierbar. In deutschen

301) Ebenda, S. 45–47.

302) BAB Dossier Blaschke, Fernschreiben 9. Dezember 1942: Schmid (Gestapo Innsbruck) an Hübner (Greko Bregenz).

303) Ebenda, Fernschreiben 5. Dezember 1942: Kriener (Grepo Feldkirch) an Hübner (Greko Bregenz).

304) AA PA, Inland II g 515 a, 2. Oktober 1942: Notiz Picot (AA) zu Angaben der Zollfahndung München über Schwend: Dank seiner Mitwirkung hätten Millionenbeträge in ausländischer Währung für Deutschland sichergestellt werden können.

305) Zur Person Friedrich Schwend siehe Walter Hagen (= Wilhelm Höttl): Unternehmen Bernhard, Wels 1955, S. 102–122.

306) BAB E 4320 (B) 1968/195 Bd. 79, aus dem Bericht des «Secret Counter Intelligence War Room London»; siehe auch Peter Ferdinand Koch: Geheim-Depot Schweiz. München/Leipzig, 1997, S. 201–206.

307) PAAV/524 Bupo-Vernehmung Klaus Huegel 1946, S. 3.

308) BAB Dossier Blaschke, Fernschreiben 10. Dezember 1942: Hübner (Greko Bregenz) an Schmid (Gestapo Innsbruck).

309) AA, PA Inland II g 515 a, 11. Februar 1943: Dr. Galleiske (Finanzministerium) an Siedler (AA).

310) BAB Bupo-Vernehmung Alois Vogt 1946, S. 45.

311) Ebenda, S. 43.

312) BAB Dossier Blaschke, Fernschreiben 17. Dezember 1942: Kriener (Grepo Feldkirch) an Gebhardt (Greko Bregenz).

313) PAAV/524 Bupo-Vernehmung Klaus Huegel 1946, S. 3.



Traf Alois Vogt im Sommer  
1943 in Berlin:  
Eugen Steimle, Leiter des  
SS-Auslandsnachrichtendienstes für Westeuropa

Fernmeldeprotokollen ist insbesondere die sogenannte Aktion Rosl gut dokumentiert.<sup>314</sup>

«Rosl» war der Deckname einer Operation, die von der SD-Amtsgruppe VI D im RSHA ausging. VI D bearbeitete die «englisch-amerikanischen Einflussgebiete». Gedacht war, einen deutschen Agenten mit falscher Identitätsangabe per U-Boot in die Vereinigten Staaten einzuschleusen. Klaus Huegel wurde angefragt, Dokumente für eine Tarnidentität in Liechtenstein zu beschaffen. Daraufhin habe sich Huegel nach eigener Aussage an Alois Vogt gewandt, «ohne auf Zweck und Ziel näher einzugehen».<sup>315</sup> Vogt sollte Papiere zustellen, die eine Anfertigung von Passfälschungen ermöglicht hätten. Für die technische Durchführung war die nämliche SD-Abteilung zuständig, die auch gefälschte Pfundnoten fabrizierte.<sup>316</sup> Der deutsche Agent, so war gedacht, wäre aufgrund liechtensteinischer Dokumente mit der Identität eines Amerika-Auswanderers der Dreissigerjahre versehen worden. Laut Alois Vogt sei Huegel im Frühherbst 1943 in der fraglichen Sache an ihn gelangt.<sup>317</sup> Gemäss den deutschen Protokollen setzten erste Kontakte mit Vogt Ende August 1943 ein. Vogts Anlaufadresse für die Überbringung der gewünschten Dokumente war die Gestapostelle Feldkirch. Die lokale Gestapo sandte Papiere und Situationsmeldungen nach Berlin, die dortige RSHA-Abteilung VI D sowie Klaus Huegel von der Auslandsgruppe VI B instruierten im Gegenzug den Posten Feldkirch. Alois Vogt überbrachte der Gestapo bis zum November 1943 Passunterlagen sowie Personendaten eines Josef Büchel aus der liechtensteinischen Gemeinde Balzers. Diese waren für die Planung des RSHA aber unzureichend. Der deutsche USA-Agent benötigte einen auf 1936 rückdatierten Ausweis Büchels, gefragt waren Ausstellungsdatum und Passnummer aus den Dreissigerjahren. Am 3. November 1943 teilte der Gestapo-Mann Kühnlein dem RSHA mit, dass Alois Vogt betreffend der früheren Daten Schwierigkeiten sehe.<sup>318</sup> Am 18. November wurde dem RSHA gemeldet, dass «Nach Mitteilung des H. Dr. Vogt» die gewünschten Angaben nicht erhältlich seien, da die alten Passregister bis zum Jahre 1938 vernichtet wurden.<sup>319</sup>

In den Fernmeldeprotokollen zogen sich die deutschen Nachfragen bis in den April 1944 hin und liefen dann ohne Erfolg aus. Wie lassen sich Vogts Verzögerungen gegenüber dem RSHA erklären? In den Fernschreiben wurde seit Beginn der Aktion wiederholt nach Berlin gemeldet, dass Dr. Vogt «Schwierigkeiten» bei der Datenbeschaffung sehe, auch dass er sich in Liechtenstein dabei «gefährden» würde. Vogt bestätigte den schweizerischen Vernehmungsbehörden, dass ihn Klaus Huegel um die Übermittlung von Passmuster und Heimatschein für einen deutschen Agenten gegangen war. Huegel habe auf bisherige Dienste «im Interesse Liechtensteins» hingewiesen. Nach anfänglicher Kooperation habe er, Vogt, dann die Sache «wochen- und monatelang» hinausgezögert.<sup>320</sup> Die Mitteilung, dass die benötigten Passformulare vor 1938 vernichtet wurden, entsprach nicht den Tatsachen. Sie erschien Alois Vogt aber geeignet, die Ausstellung des Passes durch den SD zu verhindern. Auch den Grenzübertritt des deutschen Agenten Feeser, der im April 1944 in Feldkirch auftauchte, habe er schliesslich verweigert.<sup>321</sup> Huegel gab zu Protokoll, dass der besagte Agent, «um später einem Verhör gewachsen zu sein, auch seine angebliche Heimat [Liechtenstein, d. Verf.] in Augenschein nehmen» sollte.<sup>322</sup> «Dieses Ansinnen erklärte Dr. Vogt unmöglich durchführen zu können.»<sup>323</sup> Für Huegel endete die Aktion Rosl im April 1944. Gemäss Fernmeldekorrespondenz bemühten sich Gestapo und RSHA noch bis in den August 1944 um die Beschaffung liechtensteinischer Personendaten und -dokumente. Alois Vogt scheint in diesen späteren Quellen nicht mehr auf.<sup>324</sup>

Neben der Aktion Rosl kam der SD im Sommer 1943 in einem anderen Zusammenhang auf den liechtensteinischen Vizeregierungschef zu.<sup>325</sup> Alois Vogt erinnerte ein Zusammentreffen in einem SS-Heim am Wannsee in Berlin, wohin ihn Klaus Huegel gelegentlich eines Berlinbesuchs einlud. Durch Huegel lernte Vogt damals dessen Vorgesetzten, den SS-Führer Eugen Steimle, Leiter der gesamten Westeuropa-Gruppe im Auslands-SD, kennen. Steimle sei nach einem ungezwungen und allgemein gehaltenen Gespräch konkreter geworden. Er

habe seine Unterstützung gegen die VDBL zugesagt und Vogt dafür um Auskünfte aus dessen Verkehr mit schweizerischen Behörden gebeten. Alois Vogt habe erst ausweichend auf seine Arbeitsbelastung in Liechtenstein hingewiesen, über die Schweiz sei er «selbst auch sehr schlecht informiert.»

Steimle drängte nicht. Später, seiner Erinnerung nach «etwa September oder Oktober 1943», also parallel zur Aktion Rosl, wurden Vogt durch die Gestapo Feldkirch Fragebogen zu «Politik und Wirtschaft in der Schweiz» und zu «Auffassungen über den Kriegsverlauf» zugestellt. Vogt konnte sich nach Kriegsende an konkrete Frageinhalte erinnern, derart ob ein Sektionschef im EPD zu Wirtschaftsverhandlungen in die USA fahre oder ob auf einem bestimmten Flugplatz in der Schweiz alliierte Kursflugzeuge landeten.<sup>326</sup> Nach anfänglicher Überlegung, die Fragebogen den Schweizer Behörden vorzulegen, habe sie Vogt schliesslich zerrissen. Bei seinem letzten Zusammentreffen mit Steimle im Frühjahr 1944 sei dieser nicht mehr auf die Anfragen zurückgekommen.<sup>327</sup>

325) Einzige diesbezügliche Quelle sind die Vernehmungsaussagen Vogts 1946. Die Angaben stützen sich also auf: BAB Bupo-Vernehmung Alois Vogt 1946, S. 19–23.

326) Alois Vogts Erinnerung erscheint in Datierung und Details glaubhaft. Die deutschen Geheimdienste hatten 1943 in Erwartung einer alliierten Landung auf dem europäischen Festland ein starkes Interesse an der politisch-militärischen Haltung der Schweiz.

327) BAB Bupo-Vernehmung Alois Vogt 1946, S. 22.

---

314) BAB E 4320 (B) 1984/29 Bd. 57, Dossier «Aktion Rosl», SBA 6. November 1945; im folgenden zitiert als BAB Dossier Rosl. Datum des Fernschreibens/Korrespondenten.

315) PAAV/524 Bupo-Vernehmung Klaus Huegel 1946, S. 1.

316) Das war die Abteilung VI F unter Doerner. Einer von Doerners Mitarbeitern war der für die Falschgeld-Operation «Bernhard» zuständige SS-Führer Bernhard Krüger, ein «Krueger» vom Amt VI taucht auch in den Fernmeldeprotokollen zur Aktion Rosl auf.

317) BAB Bupo-Vernehmung Alois Vogt 1946, S. 36.

318) BAB Dossier Rosl, Fernschreiben 3. November 1943: Kühnlein (Grepo Feldkirch) an Carstenn (RSHA). Der SD-Führer Friedrich Carstenn war zur Zeit der Aktion Rosl zuständig für den Bereich Nordamerika.

319) Ebenda, Fernschreiben 18. November 1943: Kühnlein (Grepo Feldkirch) an Carstenn (RSHA).

320) BAB Bupo-Vernehmung Alois Vogt 1946, S. 36.

321) Ebenda, S. 36 f.

322) PAAV/524 Bupo-Vernehmung Klaus Huegel 1946, S. 1.

323) Ebenda. Vgl. auch BAB Dossier Rosl, Fernschreiben 20. April 1944: Kriener (Grepo Feldkirch) an Hohmann (Grepo Bregenz).

324) BAB Dossier Rosl, Fernschreiben 27. Juli 1944 und 4. August 1944.

## Resümee: Zu Umständen und Interessen- lagen der reichsdeutschen Kontakte Alois Vogts

Alliierte Untersuchungsbehörden sprachen von den Anstrengungen Dr. Vogts, Liechtenstein dem Deutschen Reich einzuverleiben.<sup>328</sup> Sie stützten ihr Urteil auf Akten aus dem deutschen Dienstverkehr. Demgegenüber erklärte die Zeitung «Liechtensteiner Vaterland» kurz nach Kriegsende Alois Vogt mit Blick auf die Putschabwehr 1939 zum Retter des Landes vor einem drohenden Anschluss.<sup>329</sup> Beide Beurteilungen hatten zweierlei gemeinsam: der Beurteilte selber, Alois Vogt, kam nicht oder nur vermittelt zu Wort. Schliesslich wurden in beiden Fällen einzelne Vorgänge aus Vogts Regierungsmitarbeit herausgehoben. Und auch diese waren einseitig, allein aus deutschen Einschätzungen beziehungsweise der Patriotismuspflge von Vogts Partei, der VU, zur Kenntnis gebracht. Ein Teil wurde fürs Ganze genommen, Legendenbildung setzte ein. Der Wunsch nach eindeutigen Identifikationsfiguren, Übeltätern oder Helden, erschwerte, ja verhinderte eine differenzierte Betrachtung. Letztere kann mittlerweile an Vogts umfangreich festgehaltene Aussagen vor dem liechtensteinischen Landgericht und der schweizerischen Bundespolizei nach 1945 anknüpfen. Unter dem Druck informierter Vernehmungsbeamter war Vogt um Rechtfertigung seiner Geheimkontakte bemüht, zugleich aber genötigt, deren genauere Umstände auszuführen. Seine protokollierten Erinnerungen an einzelne Phasen der Kriegsdiplomatie ermöglichen aufgrund ihrer Detaillierung und Vergleichbarkeit mit anderen Dokumenten ein genaueres Bild der jeweiligen Vorgänge.

Was lässt sich zum Ablauf der Geheimdiplomatie aussagen? In welchen Interessenlagen handelte Vogt, welche Rücksichten wurden im Laufe des Krieges massgebend? Eine Diplomatie der informellen, persönlichen Kontaktpflege im Deutschen Reich war von Liechtensteins Regierungschef Dr. Josef Hoop bereits in den Dreissigerjahren eingesetzt worden. Aus einer Position der strukturellen Schwäche heraus, bestimmt von prekärer Wirtschaftslage und dem Abstimmungsbedarf mit dem Zollvertragspartner Schweiz, wurde um reichsdeutsche Gunst geworben. Ein vertraulicher Gestus der staatlichen Selbstverkleinerung, äusserliche

Anpassung und – mit Rücksicht auf die Schweiz – Zurückhaltung gegenüber institutionellen Bindungen finden sich sowohl bei Regierungschef Hoop als auch bei dessen Stellvertreter Vogt. Solches ist nicht Beleg für konspirative Linien, sondern Ausdruck einer liechtensteinischen Verlegenheit, das grösstmögliche Verständnis des Mächtigeren mit kleinstmöglicher Rückwirkung zu verbinden. Hoop und Vogt behaupteten ihre freundlich-entgegenkommende Diplomatie im Deutschen Reich sowohl im Inland wie gegenüber den schweizerischen Behörden. Misstrauen begegnete ihnen auf beiden Seiten.<sup>330</sup> Bei heiklen Absprachen mit Gestapo, SD- oder VOMI-Beamten im Grenzraum traten Hoop und Vogt gemeinsam in Aktion, der gegen das Hitlerregime eingestellte Regierungsrat und katholische Priester Anton Frommelt, Parteigänger Hoops, blieb hierbei weitgehend unbeteiligt. Dennoch exponierte sich Alois Vogt ungleich stärker als Hoop, galt bei Gestapo, Auswärtigem Amt und SS als «Vertrauensmann» und war ab 1941 bis Kriegsende wohl der einzige Vertreter der Kollegialregierung im Reichsgebiet jenseits Vorarlbergs. In seiner Anpassungs- und Verständigungsbereitschaft ging der deutschnational geprägte Landespolitiker weiter als sein konservativer Chef. Laut den SD-Meldungen des Sommers und Herbstes 1940, zur Zeit der deutschen Siege im Westen, soll Vogt an Anschlussbesprechungen interessiert gewesen sein.

War für Vogt, anders als für Hoop, Liechtensteins Eigenstaatlichkeit eine historisch erledigte Kategorie? Die deutschen Quellen der Jahre 1940 und 1941 sind die einzigen, in denen Vogt Angliederungsangebote explizit zugeschrieben werden. Bei genauerer Analyse zeigt sich, dass Vogt im schmalen Horizont des Krieges mit einem absehbar deutschbestimmten Europa rechnete. Er wog taktierend verschiedene Loyalitäten ab und wurde gerade in jenen Jahren, und vehementer als Regierungschef Hoop, von unterschiedlichen Interessenten beansprucht: von der VDBL, die den Anschluss verfolgte, Vogt persönlich bedrängte und ihrerseits Verbindung mit Reichsstellen suchte; von den schweizerischen Behörden in Bern, die das Lavie-



ren der Liechtensteiner beargwöhnten und Vertragstreue forderten; von Funktionären im SD, der Gestapo und im Auswärtigen Amt, die profilierungsbedacht und in teilweiser Konkurrenz den

Spähen über die Reichsgrenze im Mai 1945: Rechtsanwalt Dr. Johannes Fäh aus Uznach (SG), Hauptmann und seit August 1945 VBI-Präsident (links) sowie Dr. Alois Vogt (rechts), beide einen Hut tragend

328) LLA O.S. Sammelakt NS, Dok. Nr. 484836, 20. Juni 1947: U.S. Foreign Office/State Department: «The documents on the Principality of Liechtenstein reveal the efforts of its Deputy Prime Minister (Dr. Vogt) to incorporate it in the Reich ...».

329) LVaterland 12. Mai 1945.

330) BAB E 2001 (E) 1969/262 Bd. 40, 28. Mai 1947: Schreiben Dr. Robert Jezler (EJPD, Polizeiabt.) an Bundesrat von Steiger (EJPD): Hoop und Vogt hätten im Mai 1942 ohne triftigen Grund in Bern vorgespochen und Hoop hätte sich abschliessend auf Wunsch eines hohen deutschen Parteifunktionärs nach dem aus Deutschland geflohenen General Henri Honoré Giraud erkundigt. Jezler kommentierte: «Die frühere liechtensteinische Regierung liess sich, gern oder ungern, von deutschen Behörden in deren Interessen «einspannen».

Nebenschauplatz Schweiz/Liechtenstein bearbeiten. In dieser Konstellation handelte Vogt eigenmächtig und gewagt, seine Bindung an das landespolitische Reservat und dessen Regierungschef blieb bestehen: Die für Liechtenstein essentielle Arbeitsmarktöffnung der Schweiz wurde mit Geschick ausgehandelt, die de facto verfolgte Annäherung an den Zollvertragspartner mit weitgehenden Unterredungsangeboten im Reich heruntergespielt. Über das ihn betreffende Drängen der VDBL-Landesleitung setzte Vogt Regierungschef Hoop in Kenntnis.

Vogt begann im Sommer 1940 seine eigenen Verbindungen zu Stellen im Deutschen Reich auszubauen als sich Hoop aus eben diesem Feld zurückzog. Weder war Vogts Kontaktnetz planvoll geknüpft noch zeigte sich darin über die Kriegsjahre die Linie einer eigenen, die Haltung des Fürsten und des Regierungschefs hintertreibenden Anschlusspolitik. Vogt suchte Anhaltspunkte zur deutschen Position gegenüber Liechtenstein und verliess sich dabei auf seine nächstliegenden persönlichen Verbindungen zu lokalen Stellen des SD. Zur Einfädelung erster Kontakte wurden Erwartungen genährt und das von der VOMI gepflegte Bild des loyalen Aussenpostens im Fürstentum bestätigt. In der deutschen Wahrnehmung wurden Vogts anfängliche «Fühlungen» mit den VDBL-Anschlussbestrebungen identifiziert. Nachdem Vogt weiteren Einblick in diverse Instanzen der liechtensteinbezogenen Volkstumspolitik erhielt, änderten sich das Auftreten und die Einschätzung des Politikers durch seine deutschen Ansprechpartner. Vogt eröffnete sich zwischen rivalisierenden Abteilungen der SS und des Auswärtigen Amtes in Berlin ein kleiner Spielraum taktischer Reserven. Liechtenstein, diesen Eindruck mag Vogt seit 1941 *mehrheitlich* erhalten haben, hatte zusammen mit der Schweiz keine strategische Priorität. Entscheidungen und Absprachen galten aber auch auf deutscher Seite «vorläufig»: In den Vorzimmern der Macht wurden Vogt gegenüber Beruhigungen und Drohungen ausgesprochen. Der Vizeregierungschef zeigte sich bereit zur völkischen Zusammenarbeit. Bei konkreten Forderungen

wurde er unverbindlich, verzögerte und distanzierte sich vom anfänglichen Entgegenkommen. Gewagt waren seine informellen Treffen auch hinsichtlich seiner persönlichen Sicherheit. Seit 1942 war Deutschland alliierten Flächenbombardements ausgesetzt, hinter den Kooperationswünschen höherer SS-Offiziere stand ein gewaltbereiter Apparat.

Vogts Verbindungen zu Reichsvertretern wurden über persönliche Sympathien und in Erwartung gegenseitiger Nützlichkeit aufrechterhalten. Hilfestellung in liechtensteinischen Belangen fand Vogt insbesondere bei seinem SD-Vertrauten Klaus Huegel. Dieser vermittelte jene Kontakte, die im Frühjahr 1943 zur «Entsorgung» der VDBL führten. Vogt gab seinerseits den Deutschen dienliche Dokumente und für diese verwertbare Einschätzungen der politischen Lage weiter. Den Bruch mit gesetzlichen Bestimmungen nahm er dabei in Kauf. Für reichsdeutsche Funktionäre unter Erfolgsdruck war insbesondere die kooperative Bereinigung von «Störfällen» am Rande von Nutzen: die Abwicklung des Märzputsches 1939 oder die Enthftung des Devisenagenten Blaschke Ende 1942.

Alois Vogt rechtfertigte im Juli 1945 in einer Parteiversammlung seine und Regierungschef Hoops Verstrickungen mit deutschen Stellen. Wenig heroisch meinte er: «Wir haben das Land ... in aller Form, das möchte ich einmal sagen, durch die Weltgeschichte durchgeschwindelt.»<sup>331</sup>

---

331) PAAV/639 Rede Alois Vogt, 15. Juli 1945, S. 7.



## QUELLENVERZEICHNIS

### ÖFFENTLICHE ARCHIVE

Liechtensteinisches Landesarchiv Vaduz (LLA)

Österreichisches Staatsarchiv Wien (ÖStA)

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn (AA, PA)

Schweizerisches Bundesarchiv Bern (BAB)

Staatsarchiv Nürnberg (StAN)

Vorarlberger Landesarchiv Bregenz (VLA)

Universitätsarchiv Wien (UAW)

### PRIVATARCHIVE UND ZEITZEUGEN- INTERVIEWS

Privatakten Alois Vogt (PAAV)

Interview mit Dr. Klaus Huegel, Tettnang, 1. Mai 1997.

Interview mit Dr. Rudolf Rheinberger, Vaduz, 23. Januar 1997.

Interview mit Emanuel Vogt †, alt Gemeindevorsteher, Balzers, 27. November 1996.

## QUELLENEDITIONEN

Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP. Hrsg. Institut für Zeitgeschichte.

München/London/New York/Paris, 1983–1992, Bde. 1–4.  
Kurzbeleg: Akten PK NSDAP.

Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945. Archiv des Auswärtigen Amtes. Baden-Baden 1953–1970, Serie D, 1937–1941.  
Kurzbeleg: ADAP D.

Diplomatische Dokumente der Schweiz 1848–1945. Bd. 13: 1939–1940. Bern, 1990–1992.  
Kurzbeleg: DDS.

## VERWENDETE LITERATUR

Angst, Kenneth (Hrsg.): Der Zweite Weltkrieg und die Schweiz. Zürich, 1997.

Bedürftig, Friedemann; Zentner, Christian: Das grosse Lexikon des Dritten Reiches. München, 1985.

Biedermann, Klaus: Der Liechtensteiner Heimatdienst 1933–1935. Drei Jahre Kampf gegen den Parteienstaat für eine berufsständische Ordnung. Seminararbeit Univ. Bern, 1991.

Boatner, Mark M.: Biographical Dictionary of World War II. Navato Cal., 1996.

Brunhart Arthur: Vaterländische Union 1936–1986 – 50 Jahre für Liechtenstein. Hrsg. Vaterländische Union. Vaduz, 1986.

Bucher, Erwin: Zur Linie Masson-Schellenberg. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 3 (1988), S. 276–302.

Burger, Adolf: Unternehmen Bernhard. Die Fälscherwerkstatt im KZ Sachsenhausen (Reihe deutscher Vergangenheit. Bd. 82). Berlin, 1992.

Carl, Horst: Liechtenstein und das Dritte Reich. Krise und Selbstbehauptung des Kleinstaates. In: Liechtenstein – Fürstliches Haus und staatliche Ordnung. Hrsg. Volker Press, Dieter Willoweit. Vaduz/München/Wien 1. Aufl. 1987, S. 419–464.

Carl, Horst: Vom Handlungsspielraum eines Kleinstaates – Zu Gerhard Krebs: Zwischen Fürst und Führer. Liechtensteins Beziehungen zum «Dritten Reich». In: GWU 8 (1989), S. 486–493.

Egger, Gernot: Ins Freie? Die vorarlbergisch-schweizerische Grenze 1933–1945. In: Von Herren und Menschen – Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933–1945 (Beiträge zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 5). Hrsg. Johann-August-Malin-Gesellschaft. Bregenz, 1985, S. 234–257.

Führer, Hans Rudolf: Spionage gegen die Schweiz. Die geheimen deutschen Nachrichtendienste gegen die Schweiz im Zweiten Weltkrieg 1939–1945. Frauenfeld, 1982.

Gehler, Michael: Studenten und Politik. Der Kampf um die Vorherrschaft an der Universität Innsbruck 1918–1938 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte. Hrsg. Rolf Steininger, Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck. Bd. 6, 1990).

Geiger, Peter: Liechtenstein im Jahre 1938: In: JBL 88 (1990), S. 1–36.

Geiger, Peter: Anschlussgefahren und Anschlussendenzen in der liechtensteinischen Geschichte. In: Liechtenstein. Kleinheit und Interdependenz (LPS 14). Hrsg. Peter Geiger, Arno Waschkuhn. Vaduz, 1990, S. 51–90.

- Geiger, Peter: Das Jahr 1933 und die Anfänge autoritärer und nationalistischer Bewegungen in Liechtenstein und in der Schweiz. In: Geschichte und Region. Die NSDAP in den 30er Jahren im Regionalvergleich. Hrsg. Thomas Albrich, Werner Matt. Dornbirn, 1995, S. 35–51.
- Geiger, Peter: Kriegsende in Liechtenstein 1945. In: «Endlich Friede!». Kriegsende 1945 in der Bodenseeregion – Vorarlberg, Süddeutschland, Ostschweiz, Fürstentum Liechtenstein. Rorschach, 1995, S. 59–66.
- Geiger, Peter: «Liechtenstein in den Dreissigerjahren und im Zweiten Weltkrieg». Zeitgeschichtliches Projekt, gegenwärtiger Stand, Perspektiven. In: Historiographie im Fürstentum Liechtenstein. Grundlagen und Stand der Forschung im Überblick. Hrsg. Arthur Brunhart. Zürich, 1996, S. 183–194.
- Geiger, Peter: Krisenzeit. Liechtenstein in den Dreissigerjahren 1928–1939, 2 Bde. Vaduz/Zürich, 1997.
- Geiger, Peter: «Am Rande der Brandung». Kriegsende 1945 in Liechtenstein. In: JBL 95 (1998), S. 49–74.
- Hagen, Walter (= Wilhelm Höttl): Unternehmen Bernhard. Ein historischer Tatsachenbericht über die grösste Geldfälscheraktion aller Zeiten. Wels, 1955.
- Itin, Treumund E.: Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg. Spionage und Gegenspionage. In: Schweizer Soldat 72 (1997), S. 12–17.
- Jäckel, Eberhard; Longenrich, Peter; Schoeps, Julius H. (Hrsg.): Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. 3 Bde. Berlin, 1990–1993.
- Juen, Markus: Waffenstudenten und katholische Korporationen an der Universität Wien 1918–1938. Versuch einer Bestandsaufnahme. Diplomarbeit Univ. Wien, 1994.
- Kahn, David: Hitler's Spies. German Military Intelligence in World War II. New York, 1978.
- Koch, Peter Ferdinand: Geheim-Depot Schweiz. Wie Banken am Holocaust verdienen. München/Leipzig, 1997.
- Krebs, Gerhard: Zwischen Fürst und Führer. Liechtensteins Beziehungen zum «Dritten Reich». In: GWU 9 (1988), S. 548–567.
- Küng, Heribert: Rheingrenze 1945. St. Gallen, Liechtenstein und Vorarlberg am Ende des Zweiten Weltkrieges. Buchs, 1989.
- Kurz, Hans Rudolf: Unser Nachrichtendienst im Zweiten Weltkrieg. Die Verbindungen Massons zur obersten deutschen SS-Führung. In: Der Fourier 9 (1989), S. 333–336.
- Ospelt, Werner: Rheinmark 1925–1985. Hrsg. Liechtensteinische Akademische Verbindung Rheinmark. Vaduz, 1985.
- Paine, Luran: German Military Intelligence In World War II. The Abwehr. New York, 1984.
- Rathkolb, Oliver: Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Wien zwischen Antisemitismus, Deutschnationalismus und Nationalsozialismus 1938, davor und danach. In: Willfähige Wissenschaft: die Universität Wien 1938–1945. Hrsg. Gernot Heiss, Siegfried Mattl, Sebastian Meissl, Edith Saurer, Karl Stuhlpfarrer. Wien, 1989, S. 197–232.
- Rings, Werner: Schweiz im Krieg 1933–1945. 8. erw. Auflage. Zürich, 1990.
- Schönherr, Margit: Die Eingliederung Vorarlbergs in das Deutsche Reich 1938/39. Diss. Univ. Innsbruck, 1978.
- Waeger, Gerhart: Die Sündenböcke der Schweiz. Die Zweihundert im Urteil der geschichtlichen Dokumente 1940–1946. Olten, 1971.
- Walk, Josef: Liechtenstein 1933–1945. Nationalsozialismus im Mikrokosmos. In: Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus. Hrsg. Ursula Büttner. Hamburg, 1986, S. 376–425.
- Walser, Harald: Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg 1933–1938. Wien, 1983.
- Wilhelm, Gustav: Der Weg der Liechtenstein-Galerie von Wien nach Vaduz. In: JBL 95 (1998), S. 1–48.

## ABKÜRZUNGEN

AA Auswärtiges Amt	LGBL. Landesgesetzblatt	SBA Schweizerische Bundesanwaltschaft (EJPD)
AA, PA Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes	LHD Liechtensteiner Heimatdienst	SD Sicherheitsdienst der SS
ADAP Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik	LLA Liechtensteinisches Landesarchiv	SD LA Sicherheitsdienst Leitabschnitt
BAB Bundesarchiv Bern	LPS Liechtenstein Politische Schriften	SS Schutzstaffeln der NSDAP
Bupo Bundespolizei (schweizerische)	LTP Landtagsprotokoll(e)	StAN Staatsarchiv Nürnberg
DDS Diplomatische Dokumente der Schweiz	LVaterland Liechtensteiner Vaterland	UAW Universitätsarchiv Wien
EJPD Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement	LVolksblatt Liechtensteiner Volksblatt	VBI Verwaltungsbeschwerdeinstanz im Fürstentum Liechtenstein
EMD Eidgenössisches Militärdepartement	NS/ns. Nationalsozialismus (Nationalsozialisten)/nationalsozialistisch	VDA Volksbund für das Deutschtum im Ausland
EPD Eidgenössisches Politisches Departement	NSDAP Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	VDBL Volksdeutsche Bewegung in Liechtenstein
FBP Fortschrittliche Bürgerpartei	O. S. Ohne Signatur	VLA Vorarlberger Landesarchiv
Gestapo Geheime Staatspolizei	ÖStA Österreichisches Staatsarchiv	VOMI Volksdeutsche Mittelstelle (SS)
Greko Grenzpolizeikommissariat (Gestapo)	PAAV Privatakten Alois Vogt	VP Volkspartei (Christlich-soziale)
Grepo Grenzpolizei-posten (Gestapo)	PK Partei-Kanzlei (NSDAP)	VU Vaterländische Union
GWU Geschichte in Wissenschaft und Unterricht	Polit. Abt. Politische Abteilung (AA)	
JBL Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein	Promi Propagandaministerium	
	RAM Reichsaussenminister	
	RSHA Reichssicherheitshauptamt (Zentrale von SD, Kriminalpolizei und Gestapo)	

## **ABBILDUNGSNACHWEIS**

S. 52: PAAV  
S. 61 oben: PAAV  
S. 61 unten: LLA B 273/1/  
128  
S. 69: Bundesarchiv Berlin  
S. 73: Bundesarchiv Berlin  
S. 74: PAAV  
S. 76: Bundesarchiv  
Koblenz  
S. 77: Bundesarchiv Berlin  
S. 78: PAAV  
S. 94: Schweizerisches  
Bundesarchiv Bern  
S. 99: Bundesarchiv Berlin  
S. 103: LLA BS 6/39 u.

## **ANSCHRIFT DES AUTORS**

Mag. Jürgen Schremser  
Pradafant 24  
FL-9490 Vaduz